

piratenpartei

Winterkongress Aarau

Antragskommission, AG ROA

Liebe Piraten

Herzlich Willkommen in Aarau. Wir die Antragskommission und die AG ROA präsentieren euch hier die Infobroschüre zum Winterkongress. Es erwarten euch zwei abwechslungsreiche Tage, wir blicken auf ein sehr bewegtes Vereinsjahr zurück, wir haben einige Wahlen zu bewältigen und wir haben mehrere spannende Keynote für euch organisiert. Die Antragskommission hat euch in diesem Booklet alle zu behandelnden Anträge dieser Piratenversammlung zusammengestellt. Wir hoffen euch damit eine gute Übersicht geben zu können.

Die AG ROA hat sich um ein vielseitiges Kongressprogramm bemüht und für all die anderen kleinen feinen Dinge gesorgt, die eurem Wohlbefinden zugute kommen. Als unsere Gäste dürfen wir Birgitta Jonsdottir, Präsidentin der Isländischen Piratenpartei und Fraktionvorsitzende von The Movements im isländischen Parlament, Richard Stallmand, Gründer der Free Software Foundation und Gerd Leonhard ganz herzlich willkommen heissen.

Auch alle anderen Gäste aus nah und fern heissen wir herzlich willkommen und wünschen ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Aarau. Ich freue mich schon sehr darauf mit Euch hier in der Auhalle zu diskutieren und gute Entscheide zu fällen. Die AG ROA wünscht allen Teilnehmern viel Spass, möge jeder etwas finden was ihm besonders gefällt.

Mit piratigen Grüßen

Moira Brülisauer

Vize-Präsident der Antragskommission, Leitung AG Organisation und Administration



piratenpartei

www.piratenpartei.ch

Teil I.

Einleitung



Liebe Kongressteilnehmer

In diesem umfassenden Booklet zu unserem Winterkongress stellen wir euch alle Materialien bereit, die ihr in diesen beiden Tagen brauchen werdet. Leider haben wir auch diesmal keinen Uplink erstellen könne, da die Auenhalle immer noch über keinen Festnetzanschluss verfügt, trotz anderweitiger Ansage des Abwartes im Vorfelde. Für diese Unannehmlichkeit bitten wir um Entschuldigung.

Auch dieses mal gibt es wieder ein paar Regeln die ich euch zu beachten bitte: Im ganzen Haus ist **Rauchverbot**, Aschenbecher hat es vor dem Eingang, die Küche ist für alle Personen tabu, die dort nicht explizit Aufbagen zu erfüllen haben. Ab **22:00 CET gilt die allgemeine Nachtruhe** in der und vor allem um die Halle, die ersten Leute möchten ab der Zeit schlafen, danke für die Rücksichtnahme. **Müll** bitte in die vorgesehenen Behälter entsorgen und schmutziges Geschirr direkt in die Gitter auf dem Geschirrwagen stellen, die Küche dankt. Sollte etwas beschmutzt werden oder zu Bruche gehen ist dies unverzüglich Moira Brülisauer oder Rudolf Sommer zu melden. Fotografen und Kameraleute bitten wir die **Privatsphäre** der Leute zu achten und keine Bildschirme in Nahaufnahme zu filmen. Jeder ist dafür verantwortlich dass seine Stimmkarte nicht in andere Hände gerät.



Programm

Freitag

- Aufbau
- Raclette Plausch ab 20:00

Samstag

- Akkreditierung 9:00
- **Beginn: 10:00 Uhr**
- Einführung durch AG ROA
- Eröffnung der PV durch den Präsident Thomas Bruderer
- Änderungsantrag VO Art 3.1 Antragsrecht
- Änderungsantrag VO Art 23bis OA Verweis an Organ
- Bestimmung Versammlungsleiter
- Genehmigung der Tagesordnung
- Wahl Protokollanten
- Wahl Stimmzähler und Stimmzählleiter
- Genehmigung des Protokolls der letzten Piratenversammlung (Seite 195 ff.)
- Bericht des Präsidium
- Bericht der GL (30mins)
- Bericht des Schatzmeister und Jahresrechnung (10mins)
- Bericht der GPK (30mins)
- Entlastung des Präsidium
- Entlastung der GL
- Abnahme der Jahresrechnung
- Entlastung des Schatzmeisters



- Statutenänderungsantrag Delegiertenversammlung
- Eventualersatzwahlen im Präsidium
- Ersatzwahl des Koordinators
- Ersatzwahl des Registrars
- Eventualersatzwahl des Aktuar
- Bericht der ANK
- Wahl des Präsidenten der ANK
- Wahl der Mitglieder der ANK
- **Mittagspause 12:30 bis 14:00 Uhr**
- Positionspapier Informationsnachhaltigkeit
- Ergänzung Positionspapier Urheberrecht I-III
- Austritt PPI
- PPI Delegierter Thomas Bruderer
- PPI Delegierter Stefan Thöni
- PPI Delegierter Denis Simonet
- PPI Delegierter Patrick Mächler
- Keynote von **Gerd Leonard** ab 15:00-16:00
- Änderung Parteiprogramm: einschränkung aufheben
- Vereinsbeitritt "Nein zum Angriff auf die Fristenregelung"
- Berichterstattung Anlässe national
- Statutenänderung Art 10.1 Schiedsgericht
- Statutenänderung Art 10.1 ANK ergänzen
- Statutenänderung Art 8.4n ANK Wahl
- Statutenänderung Art 21.1 Ausschluss Sektionen
- UAOänderung Art 10 Urabstimmung vs PV
- PGOänderung Klageschrifteinreichung
- PGOänderung Aufsicht
- Berichterstattung von Veranstaltungen im nationalen Auftrag
- Varia
- Ende der Versammlung
- Workshop: Einführung in die Arbeit der Schatzmeister



- **Abendessen im Hotel Sternen**

Sonntag

- **Frühstück ab 9:00**
- Vorstellung FAB: Freiheitliche Allianzpartei der Bürgerrechte ab 10:00
- Speech *Birgitta Jonsdottir* ab 10:30
- Vision and identity accross the Geneva campaign ab 11:30
- **Mittagessen 12:00-13:00**
- Speech *Richard Stallman* ab 13:00
- Ende des Kongress ca 16:00



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	2
Programm	4
Freitag	4
Samstag	4
Sonntag	6
II. Congress Speakers	15
Gerd Leonhard	16
Abstract seines Vortrags	16
Kurzbiographie Gerd:	16
weitere Informationen	16
Birgitta Jonsdottir	18
Richard Stallman	19
Abstract seinen Vortrags	19
Kurzbiographie Richard	19
III. Berichte, Entlastung und Wahlen	20
Änderungsantrag VO Art 3.1 Antragsrecht	21
Antragstext	21
Übergangsbestimmungen	21
Begründung	22
Änderungsantrag VO Art 23bis Verweis an Organ	23
Antragstext	23
Übergangsbestimmungen	23
Begründung	24
Berichte des Vorstandes und Jahresrechnung	25
Bericht der GPK	26



Statutenänderung Delegiertenversammlung	27
Antragstext	27
Begründung	31
Anmerkung	31
Antrag auf Nichteintreten auf Antrag zur Delegiertenversammlung	31
Eventualersatzwahl Präsidium	33
Ersatzwahlen Geschäftsleitung	34
Bericht der ANK	35
Neuwahl der ANK und des ANK Präsidenten	36
IV. PPI und Inhalt	37
Positionaspapier Informationsnachhaltigkeit	38
Antragstext	38
Begründung	38
Ergänzung Position Urheberrecht I	39
Antragstext	39
Begründung	39
Ergänzung Position Urheberrecht II	40
Antragstext	40
Begründung	40
Ergänzung Position Urheberrecht III	42
Antragstext	42
Begründung	42
Austritt PPI	43
Antragstext	43
PPI Delegation	44
Patrick Mächler	44
Denis Simonet	44
Thomas Bruderer	44
Stefan Thöni	45
Änderung Parteiprogramm: Einschränkung aufheben	46
Antragstext	46
Begründung	46
Vereinsbeitritt „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“	47
Antragstext	47



Begründung	47
V. Statuten und Regelungen	48
Berichterstattung Anlässe national	49
Antragstext	49
Begründung	49
Statutenänderung Art 10.1 Schiedsgericht	50
Antragstext	50
Alt	50
Übergangsbestimmungen	50
Begründung	51
Statutenänderung Art 10.1 ANK ergänzen	52
Antragstext	52
Begründung	53
Statutenänderung Art 8.4n ANK Wahl	54
Antragstext	54
Begründung	55
Statutenänderung Art 21.1 Ausschluss Sektionen	56
Antragstext	56
Begründung	57
UAOänderung Art 10.3 Abstimmung vs PV	58
Antragstext	58
Begründung	59
PGOänderung Klageschrifteinreichung	60
Antragstext	60
Begründung	61
PGOänderung Art 8 Absetzung Schiedsrichter	62
Antragstext	62
Begründung	63
Nicht Traktandierter Antrag	64
Antrag auf Aussetzung Bereinigung der Mitgliederdatenbank	64
Begründung:	64
VI. Berichte des Vorstandes	66
Bericht des Präsidiums 2012-2013	67
Vorwort	67



Medienpräsenz	67
International	68
Strategie	68
Highlights	69
Kritik	70
Einfluss der Deutschen Piraten	72
pp-eu	73
Personalprobleme	74
Motivation	75
Konsequenzen	76
Bericht der Geschäftsleitung 2013	77
Erreichtes	77
Probleme	79
Berichte der GL Mitglieder	82
Bericht: Koordinator	83
Bericht: Geschäftsleiter	85
Bericht: Registrar	86
Bericht: Schatzmeister	87
Autoren	90
Ziele für 2013 der Geschäftsleitung	91
Ziele der Geschäftsleitung	91
Ziele der Mitglieder	91
Langzeitziele	92
Autoren	93
Jahresrechnung	94
AG Berichte	98
AG PR	98
AG DI	99
AG TNT	102
AG FUND	104
AG ROA	105
AG FIN	107
AG PPP	107
VII. Berichte der Geschäftsprüfungskommission	109
Die Geschäftsprüfungskommission	111
Aufgaben	111
Organisation	112
Strategie des Parteipräsidiums	113
Politische Schwerpunkte	113



Ziele	114
Bewertung	116
Empfehlungen	117
Ausstieg aus der Transparenzinitiative	118
Verlauf	118
Kommunikation	118
Empfehlungen	119
Abläufe des Vorstands	120
Aufgabendelegation	120
Aufgabenteilung	121
Empfehlungen	121
Urabstimmung	123
Fehler in der ersten Hälfte des Vereinsjahres	123
Urabstimmungsordnung	123
Fehlender Widerruf von Zertifikaten	123
Schatzmeisterei	125
Entwicklung der Buchführung	125
Revision	125
Abrechnung der Mitgliederbeiträge	126
Empfehlungen	126
Wahlkampfunterstützung	128
Kantonsratswahl St. Gallen	128
Kantonsratswahl Basel-Stadt	129
Empfehlungen	129
Unregelmässigkeiten in Urabstimmungen	130
Entdeckung	130
Fakten	130
Bewertung	134
Empfehlungen	134
Reflektion	135
VIII. Bericht der Antragskommission 2012/13	136
Antragkommission	137
Einleitung oder das erste Jahr	137
Aufgaben oder die Jagd aufs Chaos	137
Bürokratie oder ein schmerzhafter Prozess	137
Die Pflicht	139
ANK und das Schlamassel	139



Antragsbuch und sein nicht-extistenter Vorgänger	139
Die Kür	140
ANK und das Meisterwerk	140
UAO und die Revolution der Usability	140
Der Tjost	142
Die Obrigkeit und die Legislative	142
Beharrlichkeit und ihr Nutzen	142
Die Herausforderung	144
Antragsteller und der Fleischwolf	144
Ausblick und Empfehlungen	144
 IX. Berichte des internationalen Engagement	 145
Bericht Bundesparteitag Neumünster	146
Bundesparteitag	146
Logistik	146
Versammlungsleitung	147
Versammlungsinhalte	148
PP-EU	150
Reise und Übernachtung	151
Bericht PP-EU Konferenz Potsdam	152
Einleitung	152
II. Potsdamer Konferenz	152
PP-EU Konferenz	153
Reise	155
Empfehlungen	156
Bericht PP-EU Konferenz Barcelona	157
Veranstaltung	157
Empfehlungen	161
Bericht BGV Graz	162
Veranstaltung	162
Rahmenprogramm	163
Bundesgeneralversammlung	163
Programmatisch	164
Empfehlungen	165
Report PP-EU Conference Manchester	166
PP-EU Conference	166
Journey and stay	168



Bericht 1. Parteitag PP Südtirol	169
Danksagung	169
Parteitag	169
Presse	170
Empfehlungen an die PPS	170
 X. Statuten und Reglemente	 171
Statuten vom 11.11.2012	172
Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen	172
Kapitel 2: Mitgliedschaft	172
Kapitel 3: Organisation	174
Kapitel 4: Verfahrensordnung	179
Kapitel 5: Finanzen	183
Kapitel 6: Kantonale Sektionen	184
Kapitel 7: Schlussbestimmungen	186
 Versammlungsordnung vom 3.3.2012	 187
Kapitel 1: Allgemeines	187
Kapitel 2: Anträge	187
Kapitel 3: Versammlung	188
Kapitel 4: Ordnungsanträge	189
 XI. Protokoll	 194
Protokoll Piratenversammlung 11. November 2012	195
Einführung durch AG ROA	195
Eröffnung der PV durch den Vizepräsidenten <i>Alexis Roussel</i>	195
Talk zu Clean IT	196
Bestimmung Versammlungsleiter	196
Wahl Protokollanten	197
Wahl Stimmzähler und Stimmzählleiter	197
Genehmigung des Protokolls der letzten Piratenversammlung	197
Genehmigung der Tagesordnung	197
Positionspapier Energie	198
Vortrag Marktmodell zum Datenschutz	199
Positionspapier Datenschutz	200
Positionspapier Laizismus	201
Finanzordnung Teil 1	202
Mittagspause von 12:58 bis 14:15 Uhr	202
Finanzordnung Teil 2	202
Sympathisantenantrag	204
Befugnisse der Gebietsparteien	205
Mitgliederbeiträge und Budget für 2013, sowie provisorisches Budget für 2014	205



Berichte des Vorstandes und der Sektionen	206
Parolenfassung Abzockerei	208
Positionspapier Bankgeheimnis	209
Urabstimmungsordnung	209
Vorstand-Veto-Neuformulierung	210
Amtszeit Antragskommission auf 2 Jahre erhöhen	210
Varia	210

Anhang	211
Bericht der Sektion Zürich	211
Bericht der Sektion Bern	212
Bericht der Sektion Fribourg	213
Bericht der Sektion Vaudois	213
Bericht der Sektion St. Gallen und beide Appenzell	213
Bericht der Sektion beider Basel	214
Bericht der Sektion Aargau	216
Bericht der Sektion Ticino	217



Teil II.

Congress Speakers



Gerd Leonhard

Abstract seines Vortrags

Die nächsten 5 Jahre: Die wichtigsten Megatrends in Kultur, Politik, Technologie, Business und Gesellschaft Futurist und Autor Gerd Leonhard wird einen Überblick geben, was uns in den nächsten 5 Jahren erwartet und was diese Entwicklungen speziell für uns in der Schweiz und ggf. auch für die Piratenpartei bedeuten könnten. Gerd wird dabei Themen wie Social Media, Mobility, die vernetzte Gesellschaft, Human-Machine Interfaces, 'Big Data', die Zukunft der Medien, Politik 2.0, Digitaler Aktivismus und vieles mehr mit einbeziehen.

Kurzbiographie Gerd:

Gerd Leonhard ist ein weltweit vielbeachteter Redner, und bekannt für seine provokativ-direkten und gleichzeitig inspirierenden Keynotes. Vom Wall Street Journal als einer der führenden Medienfuturisten der Welt bezeichnet, gilt Leonhard als Experte für die Zukunft der Medien und deren Inhalte, für Technologie, Marketing, Werbung, Markenaufbau, Kommunikation und Kultur. 2011 erweiterte er sein Portfolio um wichtige "grüne" Themen. Während der vergangenen 10 Jahre hat Leonhard vor mehr als 200'000 Führungskräften und Fachleuten an 1'300+ Veranstaltungen in 43 Ländern referiert. Aufgrund seines packenden Redestils wird er gerne für die Eröffnungsrede an wichtigen Konferenzen, Kongressen und Seminaren gebucht. Für 2013 ist die Veröffentlichung seines neuen Buchs "From Ego to Eco - why business as usual will kill us, and what to do about it" geplant. Leonhards Domizil ist in Basel.

weitere Informationen

- Portraitfotos in hoher Auflösung -> https://dl.dropbox.com/u/10265119/GerdLeonhard_Photos.zip
- Weitere PR Fotos hier -> https://dl.dropbox.com/u/10265119/GerdLeonhard_PR_Archive_2012new.zip
- Live Videomitschnitte diverser Vorträge -> <http://www.gerdtube.com>
- Titel für's Programm „Gerd Leonhard, Futurist, Autor und CEO The Futures Agency“
- mit Links zu <http://www.thefuturesagency.com> und <http://www.twitter.com/gleonhard> und <http://www.futureof.biz>



- Kostenlose PDFs der letzten 3 Bücher (E) -> <http://gerd.fm/freepdfs>
- Weitere kostenlose Publikationen (E) auf <http://www.gerdcloud.com>



Birgitta Jonsdottir

Birgitta Jónsdóttir *noch unbestätigt* ist Vorsitzende der Isländische Píratar Partei und Mitglied des Isländischen Parlaments. Sie wurde im April 2009 gewählt für "The Movement" welche auf eine demokratische Reform abseits von linker und rechter Parteipolitik abzielt. Birgitta war Aktivistin und has been an activist and a Wortführerin für verschiedene Gruppierungen wie Wikileaks, Saving Iceland und Friends of Tibet in Iceland. Sie ist die Ansprechpartnerin für die IMMI-Initiative (Icelandic Modern Media Initiative), die darauf abzielt Voraussetzungen für investigativen Journalismus und Pressefreiheit im digitalen Zeitalter zu schaffen.



Richard Stallman

Abstract seinen Vortrags

Copyright vs Community in the Age of Computer Networks

Copyright developed in the age of the printing press, and was designed to fit with the system of centralized copying imposed by the printing press. But the copyright system does not fit well with computer networks, and only draconian punishments can enforce it. The global corporations that profit from copyright are lobbying for draconian punishments, and to increase their copyright powers, while suppressing public access to technology. But if we seriously hope to serve the only legitimate purpose of copyright--to promote progress, for the benefit of the public--then we must make changes in the other direction. Additionally there will be a part about data protection within Europe.

Kurzbiographie Richard

Richard Stallman initiierte die Entwicklung des GNU Betriebssystems 1984 und ist Hauptautor der bekannten GPL Lizenz für freie Software (Freiheit zum Nutzen, Kopieren, Verbreiten und Verändern). Das GNU/Linux-System, welches im Grundsatz das GNU Betriebssystem mit Zusatz von Linux ist, wird heutzutage auf dutzend millionen Rechnern eingesetzt. An Stallman wurde der ACM Grace Hopper Award, eine MacArthur Foundation fellowship, der Electronic Frontier Foundation's Pioneer Award, und der Takeda Award for Social/Economic Betterment, sowie zahlreiche Ehrendoktorwürden verliehen.



Teil III.

Berichte, Entlastung und Wahlen



Änderungsantrag VO Art 3.1 Antragsrecht

Antagsteller: *Thomas Bruderer*

Antragstext

Thomas Bruderer beantragt im Auftrag des Präsidiums die Versammlungsordnung wie folgt zu ergänzen

Alt

Art. 3	Antragsrecht
1	Antragsberechtigt sind alle Piraten.

Neu

Art. 3	Antragsrecht
1	Antragsberechtigt sind alle Piraten und alle Organe .

Übergangsbestimmungen

Art. A	Allgemeines
1	Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.

Frage

- Soll die Versammlungsordnung wie oben beschrieben geändert werden?



Begründung

Bis anhin konnten nur natürlichen Personen die Mitglied der Piratenpartei Schweiz sind, Anträge an diese Versammlung stellen. Der Vorstand und einige Arbeitsgruppen wünschen sich, dass sie auch Anträge direkt an die Versammlung stellen können.



Änderungsantrag VO Art 23bis Verweis an Organ

Antagsteller: *Moira Brülisauer*

Antragstext

Moira Brülisauer beantragt im Auftrag der Antragskommission die Versammlungsordnung wie folgt zu ändern

Alt

nicht verhanden

Neu

Art. 23bis Ordnungsantrag auf Verweisen an ein Organ

- 1 Der Antragsteller schlägt das Nichteintreten und Verweisen an ein Organ auf eines oder mehrerer Geschäfte vor.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.
- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages werden die betreffenden Geschäfte nicht mehr behandelt und das entsprechende Organ ist beauftragt und ermächtigt die Geschäfte zu entscheiden.

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

- 1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.



Frage

- Soll die Versammlungsordnung wie oben beschrieben geändert werden?

Begründung

Wenn es Anträge an die PV gibt, die diese nicht behandeln möchte weil sie sich dafür nicht zuständig sieht, oder denkt ein anderes Organ könne das besser, so ist es nur recht und billig dass die PV diesen Antrag an ein Organ delegieren kann.



Berichte des Vorstandes und Jahresrechnung

Die Berichte des Vorstandes findet ihr angehängt. Den Bericht des Präsidiums 2012-2013 findet ihr auf Seite 67ff. Den Bericht der Geschäftsleitung 2013 auf Seite 77ff. Der Koordinator hat die AG Berichte auf Seite 98ff für euch zusammen gestellt und den Jahresabschluss findet ihr auf Seite 94ff.



Bericht der GPK

Im Anhang ist der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Vereinsjahr 2012/13 auf Seite 110ff nachzulesen.

Er enthält im ersten Kapitel eine einführende Beschreibung der Aufgaben der GPK, sowie deren Auslegung. Die folgenden Kapitel beschreiben die Einschätzung der GPK zur Strategie des Präsidiums, den Ablauf beim Ausstieg aus der Transparenzinitiative „unbestechlich.ch“, die Einschätzung der Zusammenarbeit zwischen Präsidium und Geschäftsleitung, die Prüfung der Urabstimmung, der Buchführung und der Wahlkampfunterbeiträge; hierzu werden jeweils einzelne Empfehlungen an die Piratenversammlung zur Optimierung vermerkt.



Statutenänderung Delegiertenversammlung

Antagsteller: *Thomas Bruderer, Präsident der Piratenpartei Schweiz, Leiter AG Digitale Infrastruktur*
Jos Doekbrijder, Vize-Präsident der Piratenpartei Schweiz, Leiter AG Policy

Antragstext

Vorschlag: Eine Anpassung unsere Partei an erhöhte professionelle Anforderungen. Wir schlagen der Piratenpartei Schweiz vor, sich im Rahmen der strategischen Interessen der Piratenbewegung zu professionalisieren und sich effizienter und transparenter zu gestalten. Wir sind überzeugt, dass ein Delegierten-System, welches wir als Statutenänderung vorschlagen, dies bewerkstelligt und empfehlen der Piratenversammlung dringlichst dieses Anliegen zu unterstützen.

Alt

Art. 8 Piratenversammlung

- 1 Die Piratenversammlung (PV) bildet das oberste Organ des Vereins.
- 2-5 [...]
- 6 Im Beisein aller Piraten kann eine Universalversammlung abgehalten werden. In diesem Falle können auch Beschlüsse gefasst werden, die vorher nicht angekündigt wurden.

Art. 9ter Geschäftsleitung

- 1-4 [...]
- 5 Der Registrar führt das Mitgliederverzeichnis und betreut die Mitglieder und organisiert die Urabstimmung.
- 6-11 [...]

Art. 10bis Antragskommission

- 1-9 [...]
- 10 Die Antragskommission entscheidet, auf Antrag, innert Wochenfrist über die Durchführung einer Urabstimmung. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigt sie:



- a. die Vereinbarkeit des Antrags mit übergeordnetem Recht,
- b. die Durchführbarkeit des Antrags,
- c. die Wichtigkeit des Antrags, wenn sehr viele Anträge vorliegen.

Art. 13bis Referendumsfähige Vorstandsbeschlüsse

1-8 [...]

Art. 14 Versammlungsordnung an der Piratenversammlung

1-3 [...]

- a. [...]
- b. das Sammeln, Zusammenstellen und Versenden der Traktanden sowie nicht traktandierter Anträge an alle Mitglieder per E-Mail oder Briefpost bis 7 Tage vor der Versammlung.

6-9 [...]

- a. [...]
- b. Einreichung an den Vorsitzenden mindestens 14 Tage vor der Piratenversammlung.

10 [...]

Art. 15 Urabstimmung

1-11 [...]

Art. 28 Auflösung der Partei

1 Für die Auflösung der Piratenpartei Schweiz, ist die Zweidrittelmehrheit eines 20% Quorums sämtlicher Piraten erforderlich.

2 [...]

Neu**Art. 8 Piratenversammlung**

1 [...]

1bis Die Piratenversammlung wird gebildet von:

- a. Den Delegierten der kantonalen Sektionen
- b. Den durch Vorstandes bestimmten Delegierten für die Mitglieder ohne Sektion;



- c. den Vertreterinnen und Vertretern der Partei in der Bundesversammlung.
- 2-4 [...]
- 5 Die Piratenversammlung muss mindestens 20 Tage im Voraus per E-Mail oder Briefpost den Sektionen angekündigt werden mit allen Traktanden und nötigen Informationen.
- 5bis Die Termine für die ordentlichen Versammlungen werden im Publikationsorgan frühzeitig publiziert.
- 5ter Anträge an die Versammlung müssen mindestens 30 Tage vor der Versammlung traktandiert werden.
- 5ter Die Sektionen geben mindestens 7 Tage vor der Piratenversammlung ihre Delegierten und eventuelle Stellvertreter bekannt. Andernfalls werden sie ausschliesslich von Ihrem Präsidenten und weiterer Vorstandsmitglieder vertreten.
- 6 *aufgehoben*
- 7 Alle Abstimmungen an einer Piratenversammlung sind öffentlich.
- 8 Alle Wahlen an einer Piratenversammlung sind geheim.

Art. 8bis Delegierte der kantonalen Sektionen

- 1 Jede Sektion bestimmt zwischen 3 und 5 Delegierte.
 - a. Die kleinsten Sektionen bis und mit dem ersten Terzil bestimmen 3 Delegierte.
 - b. Die mittleren Sektionen bis und mit dem zweiten Terzil bestimmen 4 Delegierte
 - c. Die grossen Sektionen im dritten Terzil bestimmen 5 Delegierte
- 2 Jede Sektion kann den Modus zur Wahl ihrer Delegierten selbst wählen
- 3 Jede Sektion kann selbst Entscheiden in welcher Form sie den Delegierten einen Auftrag erteilt.
- 4 Die Mitglieder welche in keiner Sektion sind werden durch den nationalen Vorstand vertreten.
- 5 Die Sektionen melden der Piratenpartei Schweiz die von ihnen bestimmten Delegierten und deren Ersatzdelegierte falls welche bestimmt wurden.

Art. 8ter Teilnehmer mit beratender Stimme

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission und Revisionsstelle
- 2 Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission
- 3 Die Mitglieder des Schiedsgerichts



4 Die Mitglieder der Antragskommission

5 Durch den Vorstand geladene Gäste

Art. 9ter Geschäftsleitung

1-4 [...]

5 Der Registrar führt das Mitgliederverzeichnis und betreut die Mitglieder.

6-11 [...]

Art. 10bis Antragskommission

1-9 [...]

10 *aufgehoben*

Art. 13bis *aufgehoben*

Art. 14 Versammlungsordnung an der Piratenversammlung

1-3 [...]

a. [...]

b. das Sammeln, Zusammenstellen und Versenden der Traktanden sowie nicht traktandierter Anträge an alle Mitglieder per E-Mail oder Briefpost bis 20 Tage vor der Versammlung.

6-9 [...]

a. [...]

b. Einreichung an den Vorsitzenden mindestens 30 Tage vor der Piratenversammlung.

10 [...]

Art. 15 Urabstimmung

1-11 [...]

Art. 28 Auflösung der Partei

1 Für die Auflösung der Piratenpartei Schweiz, sind 75% der Delegiertenstimmen der Piratenpartei Schweiz nötig.

2 [...]

Frage

- Wollen wir die Statuten wie oben genannt ändern?



Begründung

Effizienz Ein Ende des Chaos. Keine Situationen so wie in Biel 2012, oder die Deutschen PV's in welcher es nicht mehr möglich war zu diskutieren. Einem medialen Gesichtverlust wird somit in der Schweiz vorgebeugt.

Professionalisierung Die Sektionen müssen sich organisieren, entscheiden, delegieren, kontrollieren und das alles pro-aktiv und nicht reaktiv.

Transparenz Möglichst viele offene, wohl dokumentierte und nachvollziehbare Prozesse. Verantwortung übernehmen: Die Delegierten müssen ihren Sektionen Rechenschaft ablegen und über ihr Stimmverhalten und lernen so für ihre Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen.

Bewährt Die Statutenänderung lehnt sich an Statuten anderer professioneller Parteien, Organisationen und Vereinen an.

Förderung der politischen Erfahrungen Die Delegiertenversammlung zwingt sämtliche Teilnehmende sachlich zu debattieren und die Positionen ihrer Sektionen mit stichhaltigen politischen Argumenten zu präsentieren und/oder zu verteidigen.

Verhinderung eines Takeovers Eine Manipulation der Partei ist nicht mehr so einfach möglich. Momentan könnte eine organisierte Gruppe die PV übernehmen und somit die gesamte strategische, finanzielle, politische und mediale Ausrichtung der Partei ändern.

Planbarkeit Die Schwankungen bezüglich Anzahl teilnehmender erschwert das Planen, wir können bei bekannter Grösse der Versammlung auch günstigere PVs veranstalten weil wir kleinere Räumlichkeiten mieten können.

Anmerkung

Thomas Bruderer Falls Art. 8.1bis.c) noch Probleme bereiten sollte, würden wir diesen Absatz schlicht weglassen, er ist aber in mehreren Statuten anderer Parteien genauso drin.

Antrag auf Nichteintreten auf Antrag zur Delegiertenversammlung

Begründung:

Antragsteller: **Monzambano**

Motion #4578 verstösst gegen wichtige Parteigrundsätze.

1. Die basisdemokratische Organisation unserer Partei wird aufgegeben.
2. Der Basispirat wird pauschal als "verantwortungslos" abgestempelt.



3. Die Einflussmöglichkeiten des Basispiraten auf die Parteimeinung werden drastisch beschnitten.
4. Durch die Aufgabe unserer "Mitmachorganisation" verlieren wir ein wichtiges Abgrenzkriterium zu anderen Parteien.
5. Die Piratenpartei soll eine Volksbewegung bleiben und direkte Demokratie vorleben.
6. Durch ein Delegiertensystem die Sektionen zu Professionalisierung und Übernahme von Verantwortung zu zwingen, ist bevormundend. Stattdessen sollen die Sektionen vermehrt beratend unterstützt werden. Ausserdem muss vor einer Sektionsgründung besser über die Anforderungen an eine effiziente Sektion informiert werden.
7. Die Aufgabe wesentlicher Parteigrundsätze der Mitbestimmung wird zu einem nachhaltigen Imageschaden führen.
8. Ein Delegiertensystem schadet der Transparenz, indem die Meinungen der einzelnen Basisdemokraten nicht mehr zuverlässig ermittelt und wiedergegeben werden können.
9. Die Verantwortung soll nicht bei einem Delegierten, sondern bei den Basispiraten liegen. Ansonsten würden problematische Machtzentren bei den Delegierten geschaffen.
10. Ein Delegiertensystem beraubt die Basispiraten einer wertvollen Chance, an den Piratenversammlungen politische Erfahrungen zu sammeln.
11. Ein Delegiertensystem hemmt den direkten persönlichen Kontakt sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Basispiraten, indem die PV als Plattform dazu wegfällt.
12. Eine Manipulation der Partei wird einfacher, weil zu wenige Delegierte zu viel Macht erhalten. Die Kontrolle der Delegierten ist nicht gewährleistet.
13. Das Argument der besseren Planbarkeit zieht nicht. Das Planen und Organisieren einer PV gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Vorstands. Funktioniert das nicht, muss der Vorstand durch besser qualifizierte Vertreter ersetzt werden!



Eventualersatzwahl Präsidium

Antragsteller *Stefan Thöni*

Ich beantrage, falls nötig, Ersatzwahlen für das Präsidium.



Ersatzwahlen Geschäftsleitung

Der Koordinator tritt am heutigen Tage und der Registrar per Ende Vereinsjahr am 31. März zurück.

Es stellen sich folgende Kandidaten zur Wahl

- Moira Brülisauer als Registrar
- Mario Graf als Aktuar
- Simon Rupf als Koordinatorss



Bericht der ANK

Die Piratenpartei Schweiz hat Anfang März 2012 an der ordentlichen Piratenversammlung in Visperterminen einige Veränderungen in ihrer Struktur vorgenommen, damit wurde Antragskommission (ANK) geboren. Ihre vier Mitglieder (Marc Schäfer, Moira Brülisauer, Stefan Thöni, Pat Mächler) traten per 1. April mit dem neuen Vereinsjahr ihr Amt an. Die Antragskommission sieht sich in der Tradition der AG Statutenrevision (STAR) und hat fortgeführt was diese begonnen hatte. Nun neigt sich unsere Amtszeit dem Ende und wir blicken zurück auf ein ereignisreiches und bewegtes Jahr. In diesem Bericht möchten wir euch eine Übersicht über unser Tun und einen Einblick in unsere Arbeitsweise geben.

Den Rest des Bericht der Antragskommission 2012/13 findet sich im Anhang ab **Seite 137ff.**



Neuwahl der ANK und des ANK Präsidenten

Wie von der Statuten vorgesehen ist an dieser Versammlung die Antragskommission neu zu wählen. Folgende Kandidaten stellen sich zur Wahl.

- Moira Brülisauer
- Marc Schäfer
- Stefan Thöni



Teil IV.

PPI und Inhalt



Positionspapier Informationsnachhaltigkeit

Antagsteller: *Patrick Stählin, Marc Schäfer, David Herzog und Simon Rupf*

Antragstext

Die Antragssteller, Patrick Stählin, Marc Schäfer, David Herzog und Simon Rupf ersuchen die Piratenversammlung das nachfolgende Positionspapier zur Informationsnachhaltigkeit als offizielle Position der Piratenpartei Schweiz zu den Themen Free/Libre Open Source Software, Open Hardware, Open Standards, Open Data und Open Access zu verabschieden.

Frage

- Nimmt die Piratenpartei Schweiz das Positionspapier Informationsnachhaltigkeit an?
 - Ja
 - Nein, das Positionspapier soll überarbeitet werden
 - Nein, die Grundrichtung ist abzulehnen
 - Enthaltung

Begründung

Lies das ?? auf Seite ??ff.



Ergänzung Position Urheberrecht I

Antagsteller: *Patrick Mächler*

Antragstext

Im Positionspapier "Modernisierung des Urheberrechts" wird der Abschnitt "Public Domain" um folgenden Unterabschnitt ergänzt.

Staatlich rechtsverbindliche Normen sind frei zugänglich

Forderung:

- Sämtliche für die Schweiz verbindlichen Normen müssen frei zugänglich sein

Gemäss Schweizer Urheberrecht sind amtliche Erlasse frei zugänglich. Allerdings kann der Gesetzgeber Normen als rechtsverbindlich erklären, die etwa durch den Schweizerischen Normenverband kostenpflichtig vertrieben werden. Dies ist nicht akzeptabel; aus Sicht der Piratenpartei sollen Normen entweder frei zugänglich sein oder dürfen durch den Staat nicht rechtsverbindlich erklärt werden.

Frage

- Soll das Positionspapier zum Urheberrecht wie oben genannt ergänzt werden?

Begründung

Gemäss Art. 5 Abs. 1 des Schweizer Urheberrecht (SR 231.1) erhalten u.a. „a. Gesetze, Verordnungen, völkerrechtliche Verträge und andere amtliche Erlasse“ keinen Urheberrechtsschutz. Diese für einen Rechtsstaat grundsätzlich sinnvolle Regelung kann aber dadurch unterlaufen werden, dass der Gesetzgeber Normen für rechtsverbindlich erklärt, die einen entsprechenden Schutz genießen. Ein entsprechender Fall wurde 2011 durch den «Gaht's no!-Priis» 2011 der FDP bekannt (siehe http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/stadt_region/artikel-1.13493057). Entsprechenden Entwicklungen gilt es Einhalt zu gebieten: Entweder dürfen derartige Normen nicht als rechtsverbindlich erklärt werden oder sie müssen frei zugänglich (besser: tatsächlich gemeinfrei) sein.



Ergänzung Position Urheberrecht II

Antagsteller: *Patrick Mächler*

Antragstext

Im Positionspapier „Modernisierung des Urheberrechts“ wird im Abschnitt „Vereinfachte Lizenzierung von kombinierten Werken“ folgender Text geändert:

Alt

Kombinierte Werke, welche man auch kommerziell verwerten will, erfordern eine vereinfachte Einwilligung durch den Urheber. Die Beschränkung der Schutzdauer würde in diesem Bereich bereits vieles vereinfachen. Während das Urheberrecht aber noch gültig ist, sollte die Lizenzierung vereinfacht werden, jedoch nicht zu Lasten der Intention von Copyleft-Lizenzen.

Neu

Kombinierte Werke, welche man auch kommerziell verwerten will, erfordern eine vereinfachte Einwilligung durch den Urheber. Die Beschränkung der Schutzdauer würde in diesem Bereich bereits vieles vereinfachen. Während das Urheberrecht aber noch gültig ist, sollte die Lizenzierung vereinfacht werden, jedoch nicht zu Lasten der Intention von Copyleft-Lizenzen, jedoch nicht zu Lasten der Intention von Copyleft-Lizenzen

Frage

- Soll das Positionspapier zum Urheberrecht wie oben genannt ergänzt werden?

Begründung

Im entsprechenden Abschnitt ging es - gemäss meiner Erinnerung - primär darum sehr störende Einzelfälle zu beseitigen, in denen Remix-Künstler (wie GirlTalk oder DJ DangerMouse) praktisch unüberwindbare Hürden durch Rechteverwerter (nicht KünstlerInnen) in den Weg gelegt wurden,



da die Lizenzierung dutzender Schnipsel praktisch abgeblockt wurde. Nicht berücksichtigt wurde, wie sich diese Forderung im Gesamtbild auf andere Bereiche auswirken kann. Da die Forderung sehr unspezifisch ist, gibt es etwa Umsetzungsvarianten welche Copyleft-Konzepte vollständig untergraben könnten. Mit dieser Ergänzung soll präzisiert werden, dass wir die Intention der Copyleft-Lizenzen im Grundsatz unterstützen und nicht durch jede denkbare Umsetzung dieser Forderung nicht untergraben wollen.



Ergänzung Position Urheberrecht III

Antagsteller: *Patrick Mächler*

Antragstext

Im Positionspapier "Modernisierung des Urheberrechts" wird im Abschnitt "Technische Schutzmassnahmen" folgender Text geändert wie folgt:

Alt

Die Umgehung technischer Zugangsbeschränkungen soll explizit erlaubt werden.

Neu

Die Umgehung technischer Zugangsbeschränkungen, sowie die Herstellung und Verbreitung entsprechender Werkzeuge soll explizit erlaubt werden.

Frage

- Soll das Positionspapier zum Urheberrecht wie oben genannt ergänzt werden?

Begründung

Die Forderung lässt sich aus dem nachfolgenden Fliesstext bereits ableiten und ist in der Form eigentlich zentral. Gemäss dem Schweizer Urheberrecht (SR 231.1), ist die Umgehung der Schutzmassnahmen für den entsprechenden Gebrauch nach Art. 39a Abs. 4 bereits für die gesetzlich erlaubten Bereiche vorgesehen. Das derzeitig zentrale Problem dabei findet sich jedoch in Art. 39a Abs. 3 die Herstellung und Verbreitung entsprechender Werkzeuge (Vorrichtungen, Erzeugnissen oder Bestandteilen) durch Dritte verbietet. Somit kann das Recht der erlaubten Umgehung nach Abs. 4 praktisch nicht wahrgenommen werden. Daher ist die Forderung für die erlaubte Verbreitung dieser Werkzeuge genauso wichtig.



Austritt PPI

Antragsteller: *Thomas Bruderer*

Antragstext

Im Namen des Vorstandes beantrage ich die Evaluation der Mitgliedschaft in der PPI.

1. Die Internationalen Koordinatoren und das Präsidium stellen die nächste PPI GA vor.
2. Der Plan soll vorstellen wie die PPI reformiert werden soll um in Zukunft schlagkräftig zu sein.
3. Die PV soll evaluieren ob diese Schritte praktikabel und durchdacht sind.

Frage

- Wollen wir mit dem Konzept für Kazan annehmen und weiterhin Mitglied in der PPI bleiben?



PPI Delegation

Folgende Piraten möchten als Delegierte der Piratenpartei Schweiz nach Kazan an die nächsten PPI General Assembly reisen.

Patrick Mächler

Ich möchte mich gerne als Mitglied der PPS-Delegation zur PPI GA 2013 in Kazan bewerben.

Als ehemaliger Co-Präsi, Mitbegründer (2009) und Schatzmeister (2011) der PPI kann ich Kenntnisse über die Organisation vorweisen. Im Weiteren werde ich ohnehin an der GA teilnehmen, da ich hier als ehemaliger Schatzmeister in der Pflicht stehe, da der Schatzmeister-Jahresbericht an der letzten GA aufgrund zeitlicher Engpässe nicht abgesegnet wurde und ich eine Remote-Teilnahme dafür als nicht opportun einschätze.

- Entscheid ob Pat Delegation übernehmen soll?
- Entscheid ob PPS Reisekosten (teilweise) zurückerstattet soll (Flug 256.-, Zug noch unklar)

Denis Simonet

Ich möchte mich gerne als Mitglied der PPS-Delegation zur PPI GA 2013 in Kazan bewerben.

Als Mitglied des PPI-Boards und Teilnehmer der Gründungsversammlung der PPI kenne ich die Organisation sowie viele Delegierte und ich werde Zwecks Jahresbericht und Wiederwahl sowieso teilnehmen. Antrag

- Entscheid, ob ich an der Delegation teilnehmen soll?
- Entscheid, ob die PPS die Reisekosten (teilweise) zurückerstattet soll?

Thomas Bruderer

Falls die PV entscheidet das die PPS nach Kazan reisen soll, stelle ich mich als Delegierter zur Verfügung. Alle kosten werde ich selbst übernehmen.

- Entscheid ob Pat Delegation übernehmen soll?



Stefan Thöni

Falls die PV entscheidet das die PPS nach Kazan reisen soll, findet das Präsidium dass ein Internationaler Koordinator an der Konferenz teilnehmen sollte.

Stefan Thöni stellt sich dafür gerne zur verfügung.

- Entscheid, ob ich an der Delegation teilnehmen soll?
- Entscheid, ob die PPS die Reisekosten (teilweise) zurückerstattet soll?



Änderung Parteiprogramm: Einschränkung aufheben

Antagsteller: *Thomas Bruderer*

Antragstext

Thomas Bruderer beantragt letzten Abschnitt aus dem Parteiprogramm zu streichen:

Im Bezug auf die genannten Punkte konzentriert sich unsere Arbeit jetzt auf parlamentarische Mittel und daher streben wir ein Mandat durch das Volk an, um es in diesen Themen zu vertreten. Um uns zu einer starken Bewegung zu vereinen, haben wir es vorgezogen bezüglich politischer Themen, die nicht mit den hier erklärten Grundsätzen in Verbindung stehen, keine Position zu beziehen.

Frage

- Wollen wir diese Änderung des Parteiprogramms annehmen?

Begründung

Widerspricht dem Stauts Quo den wir bereits haben.



Vereinsbeitritt „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“

Antagsteller: *Thomas Bruderer*

Antragstext

Im Auftrag des Präsidiums beantrage ich den Beitritt zum Verein "Nein zum Angriff auf die Fristenregelung".

Frage

- Wollen wir dem Verein "Nein zum Angriff auf die Fristenregelung" beitreten?

Begründung

Das Präsidium empfiehlt einstimmig die Annahme.



Teil V.

Statuten und Regelungen



Berichterstattung Anlässe national

Antagsteller: *Marcel Bauer*

Antragstext

Ich beantrage, dass von Treffen und Anlässen, die von Mitgliedern im Nationalen Auftrag besucht werden, jeweils schriftlich Bericht erstattet und dieser im offiziellen Publikationsorgan zeitnah veröffentlicht wird.

Dieser Bericht ist freiwillig sofern der Delegierte die Kosten für die Veranstaltung selber trägt. Bei einer Kostenübernahme durch die Nationale Partei (Spesen, Anmeldegebühren usw.) ist die Erstellung eines Berichts und dessen Veröffentlichung zwingend.

Frage

- Willst du diese Regelung so annehmen

Begründung

Weshalb diese Motion? Es fanden in der Vergangenheit einige solche Besuche statt. Diese sind sehr wertvoll für die Erweiterung des Horizontes und für die Kommunikation mit Fachleuten, Organisationen und anderen Parteien.

Damit dieser Austausch aber nicht nur wenigen bekannt ist, sollen alle Mitglieder, aber auch die Öffentlichkeit von solchen Treffen in Kenntnis gesetzt werden.

Zudem ist es selten ersichtlich, was wir ausserhalb von Abstimmungen und gelegentlichen Statements wirklich tun. Ich verspreche mir daraus eine breitere öffentliche Wahrnehmung der Piratenpartei



Statutenänderung Art 10.1 Schiedsgericht

Antagsteller: *Stefan Thöni*

Antragstext

Es wird beantragt, der Statuten wie folgt zu ändern.

Alt

Art. 10 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandes, der Arbeitsgruppen, des Schiedsgerichts und der anderen Träger von Parteaufgaben aus. Die Geschäftsprüfungskommission legt dabei den Schwerpunkt auf die Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.

Neu

Art. 10 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandes, der Arbeitsgruppen, des **Piratengerichts** und der anderen Träger von Parteaufgaben aus. Die Geschäftsprüfungskommission legt dabei den Schwerpunkt auf die Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

- 1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.



Frage

- Sollen die Statuten wie oben beschrieben geändert werden?

Begründung

Die GPK hat in keinem Fall das Recht die Schiedsgerichte zu beaufsichtigen, sie kann nur Geschäfte des Piratengericht begutachten.



Statutenänderung Art 10.1 ANK ergänzen

Antagsteller: *Moira Brülisauer*

Antragstext

Es wird beantragt, der Statuten wie folgt zu ändern.

Alt

Art. 10 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandes, der Arbeitsgruppen, des Schiedsgerichts, und der anderen Träger von Parteaufgaben aus. Die Geschäftsprüfungskommission legt dabei den Schwerpunkt auf die Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.

Neu

Art. 10 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandes, der Arbeitsgruppen, des Schiedsgerichts, **der Antragskommission** und der anderen Träger von Parteaufgaben aus. Die Geschäftsprüfungskommission legt dabei den Schwerpunkt auf die Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

- 1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.



Frage

- Sollen die Statuten wie folge geändert werden?

Begründung

Es kann nicht schaden wenn auch bei der Antragskommission eine Aufsicht durch die GPK ausgeübt wird



Statutenänderung Art 8.4n ANK Wahl

Antagsteller: *Patrick Mächler*

Antragstext

Es wird beantragt die Statuten wie folgt zu ändern.

Alt

nicht verhanden

Neu

Art. 8	Piratenversammlung
4	[...]
n.	Wahl der Antragskommission

Übergangsbestimmungen

Art. A	Allgemeines
1	Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.

Frage

- Hier die Frage oder Fragen einfügen



Begründung

Dies ist eine rein formelle Änderung. Aus Art. 14bis ist bereits ableitbar, dass die PV die Mitglieder der ANK wählen soll. Inkonsistenterweise wird dies aber nicht explizit in Art. 8 Abs. 4 erwähnt wie bei den anderen von der PV gewählten Parteiorganen.



Statutenänderung Art 21.1 Ausschluss Sektionen

Antagsteller: *Moira Brülisauer*

Antragstext

Moira Brülisauer beantragt im Auftrag der Antragskommission die Statuten wie folgt zu ändern.

Alt

Art. 21 Ausschluss oder Aberkennung

- 1 Der Ausschluss oder die Aberkennung als Kantonale Sektion muss durch den Vorstand der PPS beantragt und durch die PV beschlossen werden.

Alt

Art. 21 Ausschluss oder Aberkennung

- 1 Der Ausschluss oder die Aberkennung als Kantonale Sektion muss durch den Vorstand der PPS beantragt und durch *das Piratengericht oder* die Piratenversammlung beschlossen werden.

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

- 1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.

Frage

- Hier die Frage oder Fragen einfügen



Begründung

Die alte Bestimmung schafft einen klaren Widerspruch zu Art 5 der StPPS. Deswegen soll muss in kann geändert werden.



UAOänderung Art 10.3 Abstimmung vs PV

Antagsteller: *Stefan Thöni*

Antragstext

Stefan Thöni beantragt im Auftrage der Antragskommission die Urabstimmungsordnung wie folgt zu ändern.

Alt

Art. 10 Abstimmung

1-2 [...]

Neu

Art. 10 Abstimmung

1-2 [...]

3

3 Während die Piratenversammlung zusammentritt, läuft keine Urabstimmung. Die Frist beginnt am Tag nach dem Ende der Versammlung.s

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.



Frage

- Soll die Urabstimmungsordnung wie oben geändert werden?

Begründung

Um Konflikte zwischen der Beschlussfassung der physischen Piratenversammlung und der Urabstimmung zu vermeiden, soll zukünftig keine Urabstimmung mehr während der Versammlung laufen.



PGOänderung Klageschrifteinreichung

Antagsteller: *Denis Simonet*

Antragstext

Denis Simonet stellt für das Piratengericht die Piratengerichtsordnung wie folgt zu ändern.

Alt

Art. 7 Rechtshängigkeit von Verfahren

- 1 Das Verfahren wird rechtshängig, sobald die klagende Partei beim Präsidenten bzw. der Präsidentin des Piratengerichts in vierfacher Ausfertigung eine Klageschrift elektronisch **und** in Papier einreicht.

Neu

Art. 7 Rechtshängigkeit von Verfahren

- 1 Das Verfahren wird rechtshängig, sobald die klagende Partei beim Präsidenten bzw. der Präsidentin des Piratengerichts in vierfacher Ausfertigung eine Klageschrift elektronisch **oder** in Papier einreicht.

Übergangsbestimmungen

Art. A Allgemeines

- 1 Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.

Frage

- Soll die Piratengerichtsordnung wie oben gennatn geändert werden?



Begründung

Grundsätzlich finden Sitzungen eines Schiedsgerichts elektronisch (über Mumble) statt. Wenn ich bei jeder Klage zusätzlich zur E-Mail noch einen Brief mit vierfachem Ausdruck erhalte, ist das weder zweckdienlich noch umweltfreundlich. Deshalb sollen die Kläger die Möglichkeit erhalten, zwischen E-Mail, Brief oder beidem zu wählen.



PGOänderung Art 8 Absetzung Schiedsrichter

Antragsteller: *Marc Schäfer für die Antragskommission*

Antragstext

Die Piratengerichtsordnung ist mit einem Artikel 8 Abs. 3 zu ergänzen, der wie folgt lautet:

Alt

Art. 8	Zusammensetzung des Richterkörpers
1-2	[...]

Neu

Art. 8	Zusammensetzung des Richterkörpers
1-2	[...]
3	Über Anträge zur Absetzung eines Mitglieds des Richterkörpers des Schiedsgerichts entscheidet das Piratengericht.

Übergangsbestimmungen

Art. A	Allgemeines
1	Diese Änderungen treten am Tage nach der beschliessenden Piratenversammlung in Kraft.

Frage

- Soll die Piratengerichtsordnung wie dargelegt geändert werden?



Begründung

Art. 370 ZPO sieht die Möglichkeit vor, eine Stelle für die Abberufung von Mitgliedern des Schiedsgerichts vor. Ist keine solche vorhanden, entscheidet das zuständige staatliche Gericht, was mit Kosten verbunden ist. Daher wird beantragt in der Piratengerichtsordnung das Piratengericht als die entsprechende Stelle zu bezeichnen, welche für die Abberufung von Richtern aus dem jeweils gebildeten Schiedsgericht zuständig ist.



Nicht Traktandierter Antrag

Antragsteller *Marc Wäckerlin*

Antrag auf Aussetzung Bereinigung der Mitgliederdatenbank

Die Bereinigung der Mitgliederdatenbank, d.h. der Rauswurf derjenigen, die 15 Monate oder mehr nicht bezahlt haben, soll solange sistiert werden, bis wir ganz sicher sein können, dass wir alle Mitglieder erreicht haben, die wir irgendwie erreichen können, und dass diese tatsächlich austreten wollen.

Anmerkung durch den design. Versammlungsleiter und Antragskommissionspräsident *Dieser Antrag würde den Vorstand dazu veranlassen, gegen die FIO zu verstossen. Daher kann der Antrag nicht traktandiert werden, da er geltenden Reglementen und Statuten widerspricht. Richtig wäre gewesen, die FIO entsprechend zu ändern. Der Antrag konnte nicht zur Überarbeitung zurückgewiesen werden, da der Inhalt erst nach Ende der Einreichfrist von der Antkom zur Kenntnis genommen wurde. Der Antrag wird im Rahmen der Genehmigung Tagesordnung angesprochen, da die PV Anträge, die ordnungsgemäss eingereicht wurde, aber nicht traktandiert wurden, dennoch auf die Tagesordnung setzen kann. Im Antragsbuch wird der Antrag als nicht traktandierter Antrag aufgeführt, somit kann über den Antrag, falls die PV ihn noch auf die Tagesordnung nimmt, abgestimmt werden, auch wenn der Antrag der FIO entgegensteht (Statuten Art. 10bis Abs. 8, letzter Abschnitt).*

Frage

- Soll diese Traktandum auf die Tagesordnung aufgenommen werden, es würde gegen die Finanzordnung verstossen?
- Soll diese Regelung so übernommen werden?

Begründung:

Es ist eine Bereinigung der Mitgliederdatenbank geplant, so dass nichtzahlende Mitglieder ausgetreten werden. Dafür ist als Termin der März (oder sogar April?) angesetzt. Nun gibt es aber diverse Probleme, namentlich:

- Wir haben innerhalb der Partei organisatorische und personelle Schwierigkeiten (Ressourcenmangel)



- Das Mahnwesen ist erst im Aufbau und funktioniert noch nicht
- Die Sektionen sind noch nicht für Mahnungen eingerichtet
- Es beschwerten sich Mitglieder, sie hätten weder Rechnung noch Mahnung erhalten
- Es wurden aktuell gerade 1856 Mitglieder gemahnt, das sind ca. 90prozent! Wir könnten durch diese Massnahme auf wenige hundert Mitglieder zusammenschrumpfen.
- Üblich ist, dass man mehrere Mahnungen kriegt, nicht nur eine, wovon mindestens die letzte Mahnung als «Letzte Mahnung» betitelt und der Verlust der Mitgliedschaft angedroht werden sollte.
- Vor dem Rausschmiss sollten die Sektionen die finale Liste der Mitglieder erhalten, die rausgeworfen würden, dann sollten die Sektionen nochmals einige Monate Zeit bekommen, um nochmals zu versuchen, mit den Mitgliedern Kontakt aufzunehmen.
- Wo keine Sektionen sind, sollte national nochmals eine Kontaktaufnahme versucht werden.

Es sollten zuerst die organisatorischen Probleme angegangen werden, insbesondere Anmeldung, Mutation und Abmeldung der Mitglieder muss funktionieren. Dann muss das Mahnwesen funktionieren, dabei eingeschlossen ist die Adressbereinigung und der Versuch, Mitglieder, die nicht auf Mails reagieren anders zu kontaktieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es nicht überall Sektionen gibt, die das übernehmen und manche Sektionen dabei vielleicht auch Unterstützung brauchen.

Erst wenn wir sicher sind, dass alles funktioniert, die Mitglieder tatsächlich auch mehrmals gemahnt wurden, sollten wir mit dem Ausschluss beginnen. Es ist ja nicht in unserem Interesse möglichst schnell möglichst viele Mitglieder zu verlieren und wir haben nun lange damit gelebt, dass Mitglieder, die nicht zahlen in der Datenbank geführt werden. Ob das nun noch ein paar Monate (oder sogar Jahre) so weiter geht, ist nicht so wichtig. Es wäre hingegen sehr schade, wenn wir Mitglieder entfernen würden, die eigentlich noch bleiben wollten, nur weil unsere Prozesse nicht funktionieren.

Siehe auch: <https://projects.piratenpartei.ch/issues/4506>



Teil VI.

Berichte des Vorstandes



Bericht des Präsidiums 2012-2013

Vorwort

2012 war ein ein sehr langes und anstrengendes Jahr, mit einigen schönen Erfolgen aber leider doch auch einer ganzen Reihe an Problemen an denen wir in Zukunft dringend arbeiten müssen.

Der Einstieg ins Präsidium gelang relativ einfach, wir danken Denis für seine anfängliche Hilfe und auch seinen Einsatz als Pressesprecher. Er hat den Präsidenten vor einigen Fehlern bewahrt und er war für das ganze Präsidium eine grosse Hilfe.

Es war für den Präsidenten nicht ganz einfach die Zügel im organisatorischen Bereich aus der Hand zu geben und hat einige male zu viel in die Geschicke der GL eingegriffen. Das erklärt auch warum, wir uns ab und zu nicht ganz einig waren.

Trotzdem war die Trennung in organisatorisches und politisches Gremium durchaus erfolgreich -- eine Feinabstimmung über die Zeit ist aber sicher notwendig. Wir haben uns als Partei teilweise ein zu enges Korsett aufgezwungen was uns ab und zu hemmt. Regeln werden meist aus der Angst geboren--sie hindern uns aber dann vorallem bei alltäglichen Prozessen.

Die Übergabe war nicht in allen Breichen gleich einfach, der Bericht der GL wird dazu sicherlich noch ausführlicher drauf eingehen, aber es gab sowohl in der Buchführung als auch bei der Mitgliederbetreuung einige Altlasten.

Sommer und Herbst 2012 waren eine sehr schwierige Zeit, da wir wenig Medienpräsenz hatten, wenig positive Nachrichten und auch sonst war nicht viel los. Erst mit der PV in Biel kam wieder mehr Leben in die Partei was man auch an der gestiegenen Partizipation spürt. Leider fällt diese Partizipation im Bereich Politik und die Ausarbeitung politischer Themen sehr mager aus. Das führt zu einer eingeschränkten Sicht derjenigen welche sich bei der Politik engagieren, da sie nicht von anderen Meinungen herausgefordert werden.

Die Halbzeit der Ersten Amtszeit ist da und es gibt noch viel zu tun. Viele Ziele sind noch nicht erreicht und wir müssen uns nun langsam gedanken für die nächsten Wahlkampagnen machen, in Zweieinhalb Jahren sind bereits wieder Nationalratswahlen, und wir sind noch nicht bereit dafür.

Medienpräsenz

Die Medienpräsenz anfang des Vereinsjahres war aussergewöhnlich hoch und ist danach leider verschwunden. Wir hatten grosse Mühe unsere Themen in die Medien zu bringen. Nur mit ausserge-



wöhnlich starken Voten waren wir in der Lage in die Medien zu kommen. Der Präsident hat versucht die Meinung der Partei pointiert auf den Punkt zu bringen. Dies war grösserer Kritik ausgesetzt und wir sind uns dessen durchaus bewusst. Wir sehen es aber als die Aufgabe des Präsidenten, eine klar pointierte Profil zu vertreten. Als Speerspitze, quasi, um überhaupt in die Medien durchzudringen.

Das wurde teilweise zurecht als polemisch bezeichnet. Leider haben wir es aber nur auf diese Weise geschafft eine interessante Story zu sein. Und selbst so wurden wir von manchen Medien als nicht relevant bezeichnet.

Trotzdem gab es definitiv einige Highlights in diesem Jahr, neben dem ganz grossen Auftritt bei Giacobbo / Müller, gab es viele Zeitungsartikel, Radiointerviews und Fernsehauftritte. Die Zielsetzung aus dem Strategiepapier haben wir aber leider nicht erreicht. Insbesondere Sommer und Herbst 2012 war sehr wenig von uns zu hören.

Die Wahl von Alex Arnold hat uns aber einige fantastische Schlagzeilen gemacht. Leider war der Effekt auf Motivation, Medien und Mitgliederwachstum weit beschränkter als erhofft. Einen nachhaltigen Effekt konnten wir nicht feststellen.

International

Schon kurz nach der Wahl war das Präsidium mit einer grossen Delegation in Prag an der Generalversammlung der Pirate Parties International. Der Wahlerfolg der Deutschen Piraten war das Thema und ihre Anhänger sorgten für gute Stimmung. Die Konferenz war sehr gross und leider etwas unorganisiert, es mangelte an Koordination und es wurde zuviel Zeit darauf verbracht, Dinge zu besprechen, welche die PPI nicht voranbringen. Es gab danach auch wieder starke Kritik von den Ländern welche Online teilnahmen, sie ist leider sehr berechtigt.

Aber mit der Konferenz war auch der Startschuss für ein europäisches Piratenprojekt gestartet. Die PP-EU (Piratenpartei Europa). Wir waren zunächst skeptisch, haben dann an den Verhandlungen teilgenommen und haben versucht uns aktiv einzubringen. Nach einem Eklat in Manchester sind wir, zusammen mit der PP-UK, aber aus dem Prozess ausgestiegen.

Auf Druck des Vorstandes der PPS ist das gesamte Schiedsgericht der PPI zurückgetreten nach der Androhung, dass wir Klage einreichen. Die Konsequenzen aus dem Chaos auf Ebene der PPI sind die Anträge an die PV.

Natürlich war es das Jahr der Deutschen Piraten, dazu später mehr.

Strategie

Die Strategische Ausrichtung des neuen Vorstands wurde mit dem Strategiepapier, welches in Visperterminen vorgelegt wurde, stark vorgespurt. Oft litten aber langfristige Strategien unter dem täglichen Geschäft. Das führte zu einer gewissen Richtungslosigkeit in dem das grosse gemeinsame Ziel fehlte. Um dies zu verbessern hat sich der gesamte Vorstand getroffen und hat für einmal



das Tagesgeschäft ignoriert und hat sich mit grundlegenden Fragen befasst. Wir denken, der Vorstand muss solche Klausursitzungen öfter abhalten um einen Nachhaltigen Effekt zu kriegen, leider sind viele gute Ideen danach etwas im Sand verlaufen.

Das Strategiepapier wurde zwischenzeitlich auf den neuesten Stand gebracht, die Ziele sind die gleichen, aber kleinere Korrekturen wurden nötig, da sich die Situation natürlich in diesem Jahr bereits leicht anders zeigt. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir mit den geeigneten Mitteln im zweiten Jahr mehr strategische Erfolge erzielen.

Highlights

Highlights gab es immer wieder, aber einige blieben in Erinnerung.

Giacobbo / Müller Die Überraschung war gross als der Anruf des SRF kam, der Auftritt selbst lief eigentlich ganz gut, auch wenn man im Nachhinein gerne vieles ändern würde. Nachhaltig war der Auftritt nicht, er ist auch bei den Mitgliederzahlen nicht sichtbar.

Yourope

ARTE hatte eine ganze Sendung über das Urheberrecht und hat neben der Piratenpartei Schweiz auch La Quadrature du Net und einige andere portraitiert. Die Sendung war jung und auf spass getrimmt. Wir waren bis auf einzelne Szenen ziemlich zufrieden.

Future of Music

Wir arbeiten mit den Künstlern und nicht gegen sie, mit diesem Motto haben wir schon mehrfach versucht mit den Muskschaffenden zu diskutieren. Meist geht das aber nur in kleinen Gruppen. Als die Idee kam, eine gemeinsame Diskussionsplattform zu schaffen, waren wir Feuer und Flamme.

Technisch und organisatorisch lief es ausserordentlich zügig und wir hatten auch genug freiwillige welche auf der Plattform diskutierten. Leider waren nicht so viele Musiker zu begeistern für diese Idee. Und so war die Plattform beim start etwas gar einseitig. Auch medial wurde dieses Experiment nicht wirklich wahrgenommen--was wirklich schade ist. Die Webseite läuft weiterhin und man kann hoffen das die Diskussion vielleicht irgendwann nochmal angeheizt wird, aber vorläufig muss man sagen: Tolle Idee -- Leider grandios gescheitert.

<http://futureofmusic.ch>.

cleanit

Pascal Gloor hat gerade das Abschlussmeeting zu cleanit in Brüssel besucht und man kann sagen das die politische Mitarbeit trotz harscher Kritik ein voller Erfolg war. Politische Mitarbeit ist



ein Grundelement der politischen Kultur der Schweiz, Pascal hat hier sehr erfolgreich mit den verantwortlichen diskutiert. Der Sturm im Wasserglas war aber hauptsächlich in Piratennahen Kreisen wahrnehmbar, für die breite Öffentlichkeit war das Thema nie wirklich im Gespräch.

<http://www.cleanitproject.eu>

Wahl Alex Arnold

Eine grossartige Leistung gab es im Kanton St.Gallen. Alex Arnold wurde Gemeindepräsident von Eichberg. Das Ergebnis ist vorallem auf die Persönlichkeit Alex Arnold zurückzuführen welcher in Eichberg sehr bekannt ist und daher auch mit sehr gutem Ergebnis gewonnen hat.

Es zeigt das Persönlichkeiten ein wichtiges Element sind, welches wir nicht vernachlässigen dürfen. Wir brauchen starke, vernünftige Persönlichkeiten um eine Chance zu haben gewählt zu werden. Es zeigt auch dass wir diese Persönlichkeiten in der Piratenpartei haben und wir müssen sie auch nutzen.

Atheismusdiskussion

Wie man Religion bewerten kann und soll war eher ein Glückstreffer bei den Highlights. Ohne Planung kamen die Medien auf uns zu und wir haben das Beste daraus gemacht was wir konnten. Der Anschlussartikel liess auch moderatere Piratenstimmen zu wort kommen womit auch dem Argument der einseitigkeit der Wind aus den Segeln genommen wird.

Für einmal wurden wir nicht kritisiert dass wir zu brav wären. Wir freuen uns sehr über diesen grossen Erfolg. Besonders schön war das wir diesmal kein Thema von aussen aufgedrückt bekommen haben. Schade war natürlich das keine Partei wirklich aufgesprungen ist auf den Zug, hätte sich die CVP oder EVP geäussert, hätte sich das Thema wahrscheinlich länger in den Medien gehalten.

Kritik

Kritik gab es in diesem Jahr genug, wir wissen alle dass wir nicht alles perfekt gemacht haben, aber wir haben unser Bestes gegeben und sehr regelmässig unsere Arbeit erledigt. Bei manchen scheint das Präsidium den Anschein hinterlassen zu haben, dass wir zu wenig machen. Doch viele der Arbeiten des Präsidiums sind nicht sichtbar. Ob Treffen mit Vertretern anderer Parteien und Organisationen oder auch schlicht Interviews geben für Journalisten und Maturaarbeiten, oft sieht man die Ergebnisse erst später, oder häufig auch gar nicht.

Transparenzinitiative

Harsche Kritik gab es für unsere Kommunikation zum Austritt aus der Transparenzinitiative. Das war als aussenstehender wirklich keine schön Sache und wir hatten leider mit allerlei Problemen zu kämpfen.



Kurz zusammengefasst: Die Initianten der Transparenzinitiative wussten früh, dass sie scheitern wird, wollte das aber unter keinerlei Umständen kommunizieren. Jegliche Kommunikation wurde eingestellt nach einer letzten Welle.

Wir als Piraten wollten aber Transparenz schaffen. Nachdem klar wurde, dass wir das in der Transparenzinitiative nicht mehr schaffen werden, haben wir uns entschlossen, ein Zeichen zu setzen: wir sind daher ausgetreten und, wir wurden auch von der Unterstützerliste entfernt.

Danach war nicht klar, wie dies zu kommunizieren war--und es hat sich dann über mehrere Wochen hinweggezogen, bis wir zumindest über die Flaschenpost alle unsere Mitglieder informiert hatten. Das war leider nicht sauber geplant.

Kommunikation

Allgemein wurde die Kommunikation kritisiert. Wir versuchten insbesondere nach der PV in Biel die Sektionen besser einzubinden, aber das stellte sich als gar nicht so einfach heraus. Manche Sektionen waren sehr schlecht zu erreichen. Kommunikation ist weiterhin ein Problem, welches nicht vollständig gelöst ist. Wir bräuchten neues Blut sowohl für die Interne als auch für die externe Kommunikation, welche im Moment aber nicht absehbar ist. Es wird also auch weiterhin häufig Ad-Hoc entschieden, wie etwas kommuniziert wird. Es ist aber Kernelement unserer Strategie, unsere Kommunikation zu professionalisieren.

Bürokratie

Es gibt kaum einen aktiven Piraten, welchen wir nicht schon gehört haben über unsere Regeln zu stöhnen. Sei es die langen 20 Seiten Statuten, die neue FIO oder die vielen Reglemente für dieses und jenes.

Transparenz, Datenschutz, Fairness sind aber nicht für umsonst zu haben. Viele der Regeln sind nach und nach dazu gekommen, häufig leider nach negativen Erfahrungen. Doch Regeln können keine Probleme lösen, sie können höchstens helfen, sie vernünftig anzugehen, und sie können als Leitlinie dienen, um nicht die gleichen Fehler zu machen wie am Anfang.

Organisatorisch sind wir nicht so klein, mit 13 Sektionen, etwa 100 aktiven Piraten, 600 Zahlenden Piraten und etwa 1400 Sympathisanten ist alleine der Organisationsaufwand, um uns am Laufen zu halten, nicht unerheblich.

Für Verbesserungsvorschläge sind wir immer offen--sie sollte aber frühzeitig im Prozess stattfinden und nicht erst an der PV.

Strategie

Der Vorwurf der fehlenden Strategie kann das Präsidium kaum nachvollziehen. Das Präsidium hat bisher stark geradlinig gehandelt, auch wenn es nicht immer gleicher Meinung war, war eine grosse



Konstanz der Entscheide festzustellen. Das Strategiepapier wurde 2012 in Visperterminen vorgestellt und es hat auch klar gemacht das wir danach handeln werden. Daran hat sich das Präsidium im grossen und ganzen gehalten auch wenn unsere Ziele anfänglich zu hoch gesteckt waren.

Die Strategie ist langfristig, das neue Dokument für 2013 hat sich daher nur in Details geändert. Dort wo Änderungen nötig und sinnvoll waren. Wir werden auch weiterhin so arbeiten und weisen die Kritik der GPK vollumfänglich zurück.

Einfluss der Deutschen Piraten

Leider haben die Deutschen Piraten uns in diesem Jahr absolut nicht geholfen. Medial gesehen waren sie leider trotzdem sehr präsent auch in der Schweiz. Auch inhaltlich haben wir uns von den Deutschen Piraten stärker entfernt. Wir hatten mehrere Inhaltliche Konflikte und der Ton war nicht immer sehr diplomatisch.

Julia Schramm

Die Diskussion um Urheberrechte eskalierte als das Buch von Julias Schramm in den Medien wahr. Unabhängig von der Argumentation auf beiden Seiten haben die Piraten damit schwer Schlagseite bekommen weil sie das erste mal als Unglaublich dastanden. Diese Unglaublichkeit konnten die involvierten noch so dementieren, das was hängen blieb, war der gefühlte Widerspruch. Der Rücktritt war daher eine logische Konsequenz. Wir erinnern alle Piraten daran auch ihre Verantwortung zu tragen und rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen, denn man muss nichts falsch gemacht haben um politisch nicht mehr tragbar zu sein.

Johannes Ponader

Johannes Ponader steht für den Richtungsstreit der deutschen Piraten zwischen den BGE Befürwortern und den Gegnern. Wir denken es wird wegweisend sein wie sie diesen Konflikt lösen. Auch wir müssen diesen Konflikt auflösen. Wir müssen nochmal auf das Thema zurück kommen, spätestens wenn die Initiative startet--das dafür und zuwieder muss nochmal auf den Tisch kommen und wir müssen hier zu einem Konsens kommen.

Auch hier ist die Öffentliche Wahrnehmung extrem wichtig, die deutschen haben einen starken Linksrutsch durchgemacht als sie stark gewachsen sind. Eine Positionierung beim Thema BGE wird diese Frage auch bei uns wieder aufwerfen.

cleanit

Dies ist eine ganz dunkle Stunde in der Piratenpolitik gewesen und es zeigt sich das die Piraten Deutschland teilweise sehr dogmatisch sind. Offensichtlich waren die deutschen Piraten nicht gewillt auf einen Diskurs einzugehen und es endete in Beleidigungen. Das Verhalten des deutschen



Vorstandes war zudem sehr unprofessionell--dies war auch noch zu einem Zeitpunkt als die Piraten im Höhenflug waren.

pp-eu

Die Initiative zur Gründung einer PP Europa kommt hauptsächlich aus der PP-SE und der PP-DE. Federführend beim Prozess waren hauptsächlich Deutsche Piraten und auch ein Grossteil der Teilnehmer ist jeweils aus Deutschland.

Die anderen Piratenparteien haben in Grösse und Organisationsgrad häufig nicht viel entgegenzusetzen, nachdem an einigen Meetings bereits leise Kritik an der Dominanz der Deutschen Piraten laut geworden ist, ist es in Manchester zu einem Eklat gekommen. Einige Piratenparteien wollten es sich nicht mehr bieten lassen, dass Deutsche Piraten sich über Stellvertreter zusätzliche Stimmen holten und damit die Abstimmungen manipulierten. Es gab einige Abstimmungen welche nur Dank den deutschen Stellvertretern eine Mehrheit hatten. Insbesondere Gregory Engels seineszeiten auch co-Präsident der Pirate Parties International hatte für die Kritik wenig Verständnis und ist laut geworden.

Nach dem durchzwängen bestimmter Positionen hat sich an der Konferenz selbst die PP-UK zurück gezogen. Das Präsidium unterstützte die PP-UK und trat 2 Tage später ebenfalls aus dem Prozess aus.

Die Verhandlungen dauerten zudem sehr lange, auch, weil die meisten Piratenparteien Probleme haben verbindlich Abzustimmen und daher die gleichen Themen immer wieder diskutiert wurden. Der Prozess dauert an, doch nach Auffassung des Präsidiums ist dieses Vorhaben zum scheitern verurteilt ohne massive Änderungen in personeller und organisatorischer Art. Wir werden den Prozess weiterhin beobachten.

Sexismus

Die Sexismusdebatte um nerdige Piraten hat dem Ruf auch nicht gerade geholfen. Es wirkte als aussenstehender häufig einfach nur noch trotzig, wenn man zwar ``Post-Gender"postuliert, man aber Piraten, welche weibliche Journalisten mit sexistischen Phrasen angriff, nicht umgehend aus der Partei warf.

Wir müssen uns hier ganz klar abgrenzen und feststellen das wir uns zwar als Post-Gender empfinden, dass es aber auch heute noch Probleme gibt, welche man konkret angehen muss.

Dass in der Informatikindustrie Gleiche Löhne für Frauen und Männer herrschen ist ein gutes Zeichen. Wir haben hier gute Chancen glaubwürdig zu wirken.

Wahldesaster

Am Ende dieser Medialen Schlammschlacht stand dann das Ergebnis in Niedersachsen welches bei rund 2% lag. Also durchaus in den Regionen in denen auch die Piratenpartei Schweiz arbeitet. 1-



2% dürften also unsere Kernwählerschaft sein, um darüber hinaus Erfolg zu haben wird es nötig sein auch Nicht-Kernwähler anzusprechen. Leider wurde allen möglichen Gründen die Schuld gegeben, was aber fehlte ist eine ehrliche Selbstkritik, etwas wofür die Piraten sonst ja sehr bekannt sind.

Personalprobleme

BGE

Obwohl vor einem Jahr in Visperterminen eine klare Mehrheit für die Erarbeitung eines BGE Papiers da war gab es danach kaum noch aktivität. Mehrere Anläufe welche Raffael Herzog versucht hatte sind alle im Sand verlaufen. Es scheint das Interesse an diesem Thema war nicht so gross wie es zunächst schien. Es hat in diesem Jahr keinerlei Fortschritt bei diesem Thema gegeben, man muss sich hier schon Fragen warum von den rund 50 Stimmen die das Thema hatte, keiner die Zeit aufbringen wollte um das Thema zu bearbeiten und zu führen.

Die PV muss sich bewusst sein, dass jeder Auftrag und jede Entscheidung auch eine Verpflichtung ist, sich hinter die Themen zu stellen welche wir pushen. Das ist beim BGE hochgradig missglückt.

Das Präsidium war eher skeptisch bei dem Thema und hat daher auch nicht selbst die Führung übernommen--es zeigt sich bei diesem Thema besonders gut, dass es nicht das Präsidium ist, das Themen in irgendeiner Art blockiert, es ist das Desinteresse der Piraten.

Fundraising

Das Thema Fundraising hat eine lange Geschichte und leider keine erfolgreiche. Wir haben weiterhin zu wenig Geld für politische Kampagnen und es sind bereits einige Fundraiser abgesprungen aus unterschiedlichen Gründen. Die AG Fundraising ist im Moment wieder komplett leer und wird interemistisch vom Präsidium betreut. Aus diesem Grund ist auch weiterhin kaum mit Spendenzuwachs zu rechnen.

Pascal Fouquet

Ein Problem das viele Arbeitsstunden erfordert hat ist die Causa Pascal Fouquet. Er wurde an der PV 2012 in Aarau zum Chefunterhändler für die PP-EU bestimmt. Protokoll PV: Pascal Fouquet:

„Als deutscher Doppelbürger ist es mir ein Anliegen, mich an der PP-EU zu beteiligen.“

Danach hat er davon leider gar nichts mehr gezeigt. Zunächst hat er noch kommuniziert mit den anderen Beteiligten. Ausserdem hatte er sich für das Meeting in Barcelona angemeldet, wenn auch ohne konkrete Beteiligung an den Vorbereitungen. Bereits da hater keinerlei Online Meetings der PP-EU besucht welche damals wöchentlich stattfanden. Er hat keines dieser Meetings besucht und war nicht informiert über den Stand der Entwicklung und hat auch nichts beigetragen zur Arbeit



welche hauptsächlich Stefan Thöni erledigt hat. Sehr kurzfristig konnte er dann doch nicht am Meeting in Barcelona teilnehmen. Nach diesem Ereignis wurde seine Leistung leider noch wesentlich schlechter. Pascal Fouquet war an keinem Meeting der PP-EU beteiligt, er hatte keinen Kontakt mit den anderen Delegierten. Er hat danach nicht mehr mit dem Internationalen Koordinator gesprochen und auch auf Mails des Präsidiums nicht mehr reagiert. Als die PV in Biel anstand hat der Präsident eine weitere Mail geschickt in der er Pascal bat, sich entweder zu engagieren oder doch bitte den Posten zur PV zu räumen.

Er wollte nicht zurücktreten und hat danach keine Mail mehr beantwortet, das Präsidium hat danach einen Eingeschriebenen Brief an Pascal Fouquet geschickt, zur Aufforderung des sofortigen Rücktritts, welche nicht angenommen wurde.

Danach wurde der Antrag auf Ausschluss von Pascal Fouquet beantragt. Unverhofft sind wir dann aber aus dem Prozess für die PP-EU ausgetreten, und wir haben uns darauf verständigt, die Sache erst an der nächsten PV zu behandeln.

Pascal Fouquet ist unserer Meinung nach für keinerlei Aufgaben mit Verantwortungsübernahme geeignet. Er ist nicht nur Inkompetent beim führen, er zeigt keinerlei Initiative, schwere Kommunikationsmängel und zudem hat er die Piratenpartei bewusst boykottiert. Unserer Meinung nach sollte er ausgeschlossen werden, viele Piraten haben sehr viel Zeit verschwendet um seine Inkompetenz zu kompensieren. Nur dem Rückzug der Piratenpartei Schweiz aus dem PP-EU Prozess ist zu verdanken, dass kein Antrag auf Ausschluss vor das Piratengericht getragen wurde. Ich muss stark davon abraten Pascal Fouquet für irgendein Amt in Erwägung zu ziehen. Sein Leistungsausweis ist desolat, und leider fehlt ihm jegliches Verantwortungsbewusstsein, und er schadet der Piraten-Bewegung.

Motivation

Die Motivation hat in diesem Jahr stark nachgelassen. Insbesondere Kantone ohne Wahlkampf hatten Mühe sich zu motivieren. Der Nationalratswahlkampf hat viel Energie gekostet und die Enttäuschung war wohl doch grösser als allgemein angenommen über das Abschneiden.

Meiner Motivation hat aber etwas ganz anderes geschadet. Das sind die Kleinkämpfe in der Partei. Wenn es etwas zu kritisieren gibt sind alle Leute da, wenn es etwas zu arbeiten gibt dann sind alle sehr schnell wieder weg. Insgesamt hat die Partei dieses Jahr an Profil gewonnen, das ist sehr positiv, aber es ging wesentlich schwerer und langsamer voran als das, was wir uns vorgenommen hatten für dieses Jahr. Wir mussten teilweise auch mehr Operative Arbeit leisten als er dies angedacht war.

Thomas hat die Arbeitsgruppe Digitale Infrastruktur leitend übernommen, die AG PPP wurde am Ende nur noch von Jos geleitet. Als Präsidium haben wir uns auch für Baustellen verantwortlich gefühlt-- und davon gab es ja genug.



Konsequenzen

Die Konsequenz ist: Wir müssen wieder wachsen, und uns neu Motivieren. Wir müssen an einem Strang ziehen, und wir müssen uns von Leuten verabschieden die in die falsche Richtung ziehen. Ich weiss, dass ist unangenehm, wir waren alle dankbar über Mitgliederzuwächse, wenn wir aber in alle Richtungen ziehen, kommen wir in keiner Richtung vorwärts.



Bericht der Geschäftsleitung 2013

Erreichtes

Erste Monate/Aufbau der Struktur

Wer: Alle

In den Ersten Monaten war keine Struktur vorhanden. Die Trennung zwischen dem Politisch/Strategischen und dem Organisatorischen scheint auf den zweiten Blick nicht mehr ganz so klar. Die wichtigsten Trennungen wurden im Geschäftsreglement festgehalten. Es wurden viele Pendenzen aufgearbeitet und wir kamen sehr gut voran.

Übergabe der Posten

Aktuar: Die Übergabe hat gut funktioniert, der Posten war ja bereits vorher vorhanden.

Registrary: Der Registrar musste seine Aufgaben und Prozesse erst selbst definieren und daher erfolgte dies Schrittweise.

Koordinator: Die Einführung wurde vom alten Koordinator gut gemacht und das Amt konnte schnell übernommen werden.

Schatzmeister: Aufgrund des plötzlichen Verschwindens des alten Schatzmeisters war die Übergabe relativ chaotisch und konnte erst gegen Ende des Jahres im Oktober komplett abgeschlossen werden.

FIN AG

Wer: Lukas Zurschmiede

Gegen Ende 2012 wurde die FIN AG gegründet. Eine spezialisierte Arbeitsgruppe, welche innert Tagesfrist das Geschäft des Schatzmeisters übernehmen können soll. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass dies zwingend notwendig ist. Unter dem Jahr, wenn alles normal läuft, wird der Schatzmeister bei der Arbeit durch die FIN AG unterstützt.

Dokumentation

Wer: Alle



Im Spätsommer haben wir ein Manko bei der Dokumentation festgestellt. Wir haben uns sogleich hingesetzt und jeder hat seine Arbeiten dokumentiert. Ausserdem wurden die Schnittstellen von den Sektionen zu uns dokumentiert.

Es sind verschiedene Dokumente entstanden, zu finden unter:

Geschäftsleitung: <http://projects.piratenpartei.ch/knowledgebase/categories/17>

Parteiverwaltung: <http://projects.piratenpartei.ch/knowledgebase/categories/14>

Diese Dokumente werden laufend erweitert und angepasst, so dass am Ende eine professionelle Dokumentation da steht.

PV-Konzept

Wer: Alle

Zur klaren Strukturierung und Definition der einzelnen Prozesse rund um die Planung einer PV, sowie der Definierung der Zuständigkeiten, wurde ein PV-Konzept ausgearbeitet.

Aktuelles Pad: <http://projects.piratenpartei.ch/pad/show/471>

Wahlkampfunterstützung

Wer: Alle

Die Piratenversammlung hat entschieden, dass die Sektionen in ihren Wahlkämpfen von der PPS finanziell unterstützt werden. Es wurden alle Sektionen von uns informiert und es wurde eine Eingabefrist bis zur Sommer-PV eingeräumt. Bis dann mussten die Sektionen die Geld wollten einen Plan vorlegen für was sie das Geld zu gebrauchen gedenken.

Es wurden die Sektionen beider Basel (8'000.00 sFr.), Aargau (2'500.00 sFr.), Bern (2'000.00 sFr.) und rückwirkend St.Gallen (2'000.00sFr.) finanziell unterstützt.

Leider wurde in keinem der unterstützten Wahlkämpfe ein Sitz erobert.

Finanzordnung

Wer: Alle

Aufgrund verschiedener Unklarheiten und nicht definierter Prozesse wie der Veröffentlichung von Spenden oder Fragen zu den Sektionsbefugnissen sowie deren Finanzierung, hat sich die GL dafür eingesetzt, die Statuten zu verschlanken und alle Regelungen, welche die Finanzen betreffen, in eine Ordnung auszulagern. In Zusammenarbeit mit Vorständen verschiedener Sektionen und interessierter Piraten ist daraus die Finanzordnung entstanden.



Mail-Flut eingedämmt

Wer: Alle

Nachdem sich Klagen von Mitgliedern und sogar Austritte wegen den vielen Mails (teilweise mehrere pro Woche) gehäuft hatten, hat die Geschäftsleitung beschlossen, in der Regel nur ein bis zwei Mails pro Monat an alle Mitglieder zu senden und notfalls maximal vier pro Monat, respektive eines pro Woche. Die nicht dringenden Mails werden gesammelt und dann gebündelt versandt.

Aktivität

Wer: Alle

Seit dem 1.April bis zum 31.Dez.2012 haben wir an 37 von 39 Wochen eine GL-Sitzung durchgeführt. Diese 2 Ausfälle sind auf eine Vorstandssitzung und die andere auf Ferien zurückzuführen.

Über alles gesehen, ist die Aktivität und Teilnahme der GL sehr erfreulich.

Aaron: 31

Andreas: 30

Florian: 26

Lukas: 37

Simon: 36

Probleme

PayPal

Bei der Übernahme des Paypalkontos hatten wir Probleme mit dem Zugriff. Uns wurde von Paypal der Zugriff verwehrt und wir hatten dadurch keinen Zugriff auf das darauf gelagerte Geld. Wenige Mitglieder hatten Paypal genutzt, um den Mitgliederbeitrag zu entrichten. Unser Schatzmeister Lukas Zurschmiede konnte nach mehreren Wochen erreichen, dass das vorhandene Geld ausbezahlt wurde. Leider konnten wir aber nicht erreichen, dass der Account weiter verwendet werden kann. Paypal verlangt einen Handelsregistrauszug, den ein Verein in der Schweiz nur bei Handelsgeschäften braucht und erlaubt auch deren Verwendung als Spendensammlung zu politischen und anderen Zwecken nicht.

Postadresse

Schwieriger als erwartet hat sich die Änderung der Umleitung unserer Vereinsadresse zum Aktuar herausgestellt. Trotz mehrmaligem Einreichen des entsprechenden Formulars bei der Post, tele-



fonischen und Rückfragen am Schalter, etc. hat es erst vor Kurzem funktioniert. Unser Präsident Thomas Bruderer hat schliesslich den Trick herausgefunden, sich die Einreichung des Formulars per gestempelter und unterschriebener Kopie bestätigen zu lassen. Als auch jene Einreichung zu keinem Ergebnis geführt hatte, konnte er mit dieser Kopie einen Postinternen Suchauftrag auslösen, mit dem die Post das eingereichte Formular finden und die Änderung endlich durchführen konnte.

Austritte

Nach dem Mailversand an die Mitglieder bekamen wir immer wieder Rückmeldungen von einzelnen Mitgliedern, dass sie schon lange ausgetreten seien. Wir konnten die einzelnen Fälle nicht alle rekonstruieren. Zum Teil wurde angegeben, dass sie vor mehreren Jahren ihren Austritt mitgeteilt hätten, andere Austritte wurden an die Sektionen herangetragen und sind dann irgendwo zwischen der Sektion und dem Registrar stecken geblieben. Dieser Zustand ist nicht tragbar und benötigt dringenden Handlungsbedarf.

Um den Mitgliedern einen einfacheren Weg zu bieten ihren Austritt zu vollziehen, hat Stefan Thöni den schon bestehenden MemberAdmin dahingehend erweitert, dass man diesen nun auch bald für die Mitglieder freigeben kann. Somit können Mitglieder in Zukunft ihre Adressen selbst mutieren oder gar einen Austritt initiieren.

Ausserdem muss die Kommunikation mit den Sektionen verbessert werden. Hierfür sind die Schnittstellen und Prozesse, in denen die Sektionen involviert sind dokumentiert worden. Ausserdem sollten wir ins Auge fassen Einführungen und Schulungen für Sektionsvorstände anzubieten und sie proaktiv zu informieren.

Den ersten Schritt haben wir mit den Howto's ¹ gemacht. Diese bedürfen aber noch einer Überarbeitung.

OTRS-Tickets abarbeiten

Bei der Übernahme des OTRS-Ticketing-System² waren mehrere Hundert Tickets unbearbeitet. Wir konnten diese grösstenteils abarbeiten, einige waren leider bereits mehrere Jahre alt und daher konnten wir sie nur noch erfolglos schliessen. Später ist es noch zu einigen Missverständnissen über den Status einzelner Tickets gekommen, da nicht alle Geschäftsleitungsmitglieder denselben Arbeitsstil hatten. Wir konnten dies durch OTRS-Schulung der Geschäftsleitungsmitglieder lösen.

¹<https://projects.piratenpartei.ch/knowledgebase/categories/14>

²Dort werden die öffentlichen info@-Email Konten, sowie die Konten des Schatzmeisters und für die Mitgliederverwaltung bearbeitet



Urabstimmungen (Abbrüche)

Wir mussten im Rahmen der Urabstimmung *Schnippschnappschnäbiab* mehrere Male neu starten, da bei der Bereitstellung der Abstimmung inhaltliche Fehler passierten (so waren die Antwortmöglichkeiten nicht korrekt) und dank dem 10-Augen-Prinzip wurde dies bemerkt, bevor alle Teile der Abstimmung erstellt waren. In der Folge haben die Abstimmungsautoritäten ihre Verantwortung besser wahrgenommen und klicken nun die Abstimmung nicht einfach durch, sondern prüfen die angezeigten Abstimmungen genau.

Urabstimmungen (Zertifikate)

Im Dezember 2012 wurde im Rahmen der Tätigkeit der GPK bemerkt, dass es Mitglieder gibt, welche ihren Beitrag nicht bezahlt haben, aber sich an den Pi-Vote-Abstimmungen beteiligt haben. Nach genauerer Prüfung berichtete die GPK, dass die einzige Abstimmung, bei welcher dies Auswirkungen hatte, die letzte Abstimmung über das Asylgesetz war. Hier wurde das Quorum erreicht. Eine Analyse ergab, dass das Problem dadurch entstand, dass hier 3 Datenbanken getrennt voneinander geführt werden und kein direkter Abgleich möglich ist: Finanzen, Mitglieder und CA. In der Folge wurde eine Import-Funktion für die CA eingefügt, welche den Import der Daten aus der Mitgliederdatenbank erlaubt und somit künftig Mitglieder bei unterlassener Bezahlung des Mitgliederbeitrags temporär deaktiviert werden bis das Geld eingeht.

Ausserdem werden zur Zeit alle Prozesse dokumentiert, sodass diese künftig nicht ad hoc durchgeführt werden.

Versand an Nichtmitglieder

Kontaktdaten von Sympathisanten, respektive nicht zahlenden Mitgliedern, werden ohne expliziten Löschwunsch in der Mitgliederdatenbank belassen. Daher wurden mehrmals Emails an Nichtmitglieder oder Ehemalige versandt. Es gab deswegen mehrere verärgerte Rückmeldungen. Da dies auch ein rechtliches Problem darstellt, müssen wir uns um eine Lösung kümmern. Zum Problem beigetragen hat, dass unser Werkzeug Memberadmin beim Massenmailversand diese auch an Nichtmitglieder versandt hat. Vom Entwickler wurden mittlerweile technische Schranken eingebaut die dies verhindern. Daher sollten Mails nun möglichst über dieses Werkzeug und nicht mehr mit selbst erstellten Listen versandt werden.

Nicht definierte Prozesse

Mehrere der hier erwähnten Probleme sind auf nicht definierte und undokumentierte Prozesse zurückzuführen. Die Prozesse wurden von jedem selbst aufgezoogen, ohne die Schnittstellen zu den anderen Mitgliedern und Gremien zu planen.

Wir müssen die Prozesse als ganzes analysieren und aufeinander abstimmen. Danach sollten die Prozesse optimiert und dokumentiert werden.



Abwesenheiten

Man benötigt immer mal wieder eine Auszeit von der Arbeit. Bei Festangestellten ist diese Auszeit mit 4 Wochen pro Jahr gesetzlich festgeschrieben. Wir, die alles ehrenamtlich machen, müssen uns selber unsere Auszeiten geben. Manchmal gibt es Zeiten, in denen die Aktivität einfach zurückgefahren wird, Stress bei der Arbeit, Prüfungen im Studium oder Militär. Wir hatten in diesen Fällen die wichtigsten Tasks weitergegeben. Leider blieb dadurch einiges an Arbeit liegen.

In Zukunft sollten wir bei Abwesenheiten eine externe Ersatzperson(en) suchen, die für die Auszeit alle Aufgaben der abwesenden Person übernimmt.

Nicht erreichbare Mitglieder

Es gab einige Mitglieder, welche ihre Adressänderung nicht gemeldet haben, unter anderem Sektionsvorstände. In diesem Fall haben wir versucht sie per Mail zu erreichen, was aber nicht immer funktionierte. Daher haben wir den Zustand, dass wir bei manchen Mitgliedern keine aktuelle Kontaktadresse mehr haben. Diese Mitglieder wurden nach dem ersten Mahnprozess ausgewertet und allen Sektionen weitergereicht, so dass diese die Möglichkeit gehabt haben, diese Mitglieder zu reaktivieren. Leider wurde diese Chance nur von sehr wenigen Sektionen wahrgenommen.

Fake-Mitglieder mit absichtlich falschen Adressen

Mitglieder welche keine gültige Adresse angegeben haben und auch der Name nicht stimmen kann, sind ein Problem. Wie geht man vor und wie finden wir heraus, ob es eine **Fake-Mitgliedschaft** ist oder nicht? Wenn es ganz offensichtlich ist, dass die Adresse und der Name nicht der Wahrheit entsprechen, werden diese gelöscht, ansonsten wird nach Nichtbezahlen der Rechnung den Austritt vermutet.

Berichte der GL Mitglieder

Aktuar

Author: Simon Rupf

Bereits im März 2012 habe ich den Posten von meiner Vorgängerin Cassandra Ruppen übernehmen können. Neben den Protokollen von Geschäftsleitung, Vorstand, Präsidium und PV habe ich mich um die Publikation von Dokumenten bemüht und Anfragen via E-Mail (viele) und Brief (vereinzelt) beantwortet. Länger hingezogen hat sich die Änderung der Postadresse der Piratenpartei Schweiz. Im Auftrag des Vorstands habe ich den parteiinternen Depeschendienst in Form der News-Pipeline³ umgesetzt.

³<https://projects.piratenpartei.ch/projects/news>



Die Protokolle konnte ich meist relativ rasch nach den Sitzungen veröffentlichen. Vereinzelt hat es jedoch auch einige Wochen gedauert, bis sie bereit waren. Eine Schwäche von mir ist, etwas lieber selber zu machen, als anderen Personen eine Aufgabe anzuvertrauen und diese Arbeiten zu prüfen. Dadurch habe ich mich zeitweise selber mit Arbeit überlastet. Es wäre jedoch sehr ratsam mir in Zukunft ein Team von zwei oder drei Mitarbeitern aufzubauen, damit man sich einerseits die Protokollierung aufteilen kann und andererseits eine funktionierende Stellvertretung bereit steht, wenn ich als Aktuar ausfalle.

Ein anderes Problem war, dass kleinere oder weniger hoch priorisierte Aufgaben teilweise sehr lange liegen blieben, da sich stets neue, wichtigere Task davor schoben. Natürlich sollten solche Aufgaben aber trotzdem irgendwann einmal abgeschlossen werden.

Bericht: Koordinator

Author: Aaron Brülisauer

Das Bessere zu erst, das Glas ist halbvoll

Anfang

Als Erstes galt es, sich einzuarbeiten, alles kennenzulernen: Redmine, Mitgliederdatenbank (MDB), OTRS, Mailinglisten. Als Koordinator muss man stets zur Verfügung stehen. Die Arbeitsgruppen, Sektionen oder *einfache* Mitglieder haben immer wieder Anliegen beziehungsweise Fragen.

In der Geschäftsleitung

Die Kommunikation innerhalb der Geschäftsleitung war gut. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, dass wir uns persönlich kannten und uns auch hin und wieder im RL trafen. Ich konnte mich in die Geschäftsleitung einbringen und meinen Teil dazu beitragen, dass wir gute Entscheidungen trafen. Die Diskussionen waren meist sachlich und die Entscheide wurden meist rational und nicht emotional getroffen. Dies ist eine gute Grundlage für produktives Arbeiten.

Arbeitsgruppen

Monatlich (mit einer Ausnahme) hatte ich eine Sitzung mit den Arbeitsgruppen. Diese Sitzung wurde manchmal mehr, mal weniger besucht. Die Anzahl der Teilnehmer war meist tief, wenn kein oder erst sehr spät ein Erinnerungsmail versandt wurde. Die Aktivitäten der Arbeitsgruppen liess in einigen Fällen zu wünschen übrig. Man merkte, wo ein Leiter vorhanden und aktiv agierte und wo nicht.

AG DI: Die AG DI ist sehr selbständig und hat die Mutation des AG Leiters von selbst vorgenommen. Es bedurfte keiner grober eingriffe meinerseits.



AG TNT: Der AG Leiter tritt Ende November von seinem Posten zurück. Danach ging die Aktivität der Arbeitsgruppe zurück. Nach einem Aufruf, hat sich ein ersatz finden lassen. Er wird den Posten Ende Januar 2013 übernehmen.

AG Mod: Es gab keine veränderungen in der AG Leitung und der Auftrag das Forum zu moderieren konnte immer nachgekommen werden.

AG Policy: Jeweils Dienstags traf sich die AG und hat an verschiedenen Positionspapieren gearbeitet.

AG ROA: Die Arbeitsgruppe funktionierte ohne Eingriffe meinerseits. Die Piratenversammlungen wurden selbständig und gewissenhaft organisiert. Ausserdem haben sie den Piratensupport ins leben gerufen.

AG Fundraising: Im Frühsommer gab es einen Lichtblick auf einen Neuen Leiter. Er hat sich aber wieder zurückgezogen.

AG KAMP: Ist zurzeit inaktiv und benötigt Mitglieder

AG Merchandising: über das Jahr gesehen konnten keine grossen Fortschritte gemacht werden.

AG MMD: Seit Mitte des Jahres führungslos und benötigt einen neuen Leiter.

FIN AG: Gegen Ende des Jahres wurde die Arbeitsgruppe Finanzen gegründet zur unterstützung des Schatzmeisters

Sektionen

Die Sektionen agieren sehr eigenständig. Mit ihnen zu kommunizieren war teils ein positives Erlebnis teils aber auch sehr herausfordernd. Damit die Sektionen auch untereinander kommunizieren, habe ich sektionsübergreifende Treffen organisiert. Die Anwesenheit der Sektionen war meist zufriedenstellend bis sehr gut. Es wurde viel diskutiert und in einem zweiten Teil wurde auch politisiert. Ich erfuhr sehr viel, was bei den Sektionen vor sich ging. Es wurden auch Strategien behandelt wie z.B. Nachtleben oder Sektionen dritter Ebene.

Das was nicht so gut war

In der zweiten Jahreshälfte litt mein Engagement, ich konnte nicht genügend Zeit aufwenden um den Posten gewissenhaft auszuführen.

Es fiel mir schwer Personen zu aktivieren, zur Mitarbeit in AGs zu motivieren, dafür zu sorgen, dass die Leiter der AGs oder deren Stellvertreter an den Sitzungen Teil nehmen. Der Informationsfluss zwischen mir und mancher Sektionen war ungenügend, woran hauptsächlich mein fehlendes Engagement Schuld war. Die zwei ersten Sektionstreffen liessen nicht allzu lange auf sich warten. Wobei die beiden anderen weit auseinander lagen. Es waren nur vier auf ein ganzes Jahr.



Fazit

Es gab Highlights aber auch Tiefs. Es verlief nicht alles zu meiner Zufriedenheit. Die Zeit während der ich mich mehr engagiert habe, ist ein Positives Erlebnis gewesen. Ich habe aber auch dann nicht gelernt, genügend autoritär zu sein. Worin ich mich sicher verbessert habe, ist die Kommunikation mit anderen Piraten welche andere Ämter besetzen und andere Interessen haben.

Links:

- http://projects.piratenpartei.ch/projects/pps-coord/wiki/AG_Berichte
- http://projects.piratenpartei.ch/projects/pps-coord/wiki/Meeting_Minutes

Bericht: Geschäftsleiter

Author: Andreas Eigenmann

Als ich mich für den Posten des Geschäftsleiters beworben hatte, wusste ich nicht wirklich was auf mich wartete. Es gab immer wieder Zeiten in denen mich das Amt gefordert hat und ich kam teils an meine Grenzen. Ich sehe es aber nicht negativ, denn an Herausforderungen wächst man.

Kritik

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit verlief problemlos. Wir hatten keine groben Streitigkeiten und wenn es Meinungsverschiedenheiten gab, konnten sie mit einer konstruktiven Diskussion gelöst werden. An den Sitzungen gab es lustige und interessante Diskussionen. Teils schweiften wir ein wenig ab, aber dies störte nicht zu sehr.

Kontrolle der GL-Mitglieder

An den Sitzungen wurden viele Aufträge an GL-Mitglieder und auch Externe erteilt. Nicht immer wurde eine Deadline kommuniziert. Bei wichtigen Dingen habe ich jeweils nach einer gewissen Zeit nachgefragt. Meist nachdem ich sah, dass das Ticket noch offen war.

Es hat sich leider herausgestellt das nicht immer alles erledigt wurde. Ich habe stichprobenmässige Kontrollen der Arbeiten vorgenommen. Dadurch blieb aber ein Gross der Arbeiten unkontrolliert. Eine andere Gefahr sind repetitive Arbeiten⁴ die immer von neuem gemacht werden müssen.

In Zukunft muss ich jede vergebene Arbeit auf ihre Erledigung untersuchen. In Regelmässigen Abständen müssen ausserdem alle repetitiven Arbeiten kontrolliert werden.

⁴Neuanmeldungen, OTRS etc



Aktivitäts Rückfall Dezember 2012 bis Jan 2013

Vom Dezember 2012 bis Ende Januar 2013 war ich weniger aktiv als ich hätte sein sollen. Dies hat sich besonders gezeigt, als Dinge nicht rund liefen. Da habe ich nicht Eingreifen und den Beteiligten auf die Finger klopfen können.

Dies hängt damit zusammen, dass ich den Einsatz den das Studium von mir verlangt unterschätzt hatte. In Zukunft werde ich für Zeiten in denen mich mein Studium in Beschlag nimmt einen Stellvertreter ausserhalb der GL suchen, welcher kontrolliert das alle Ihre Arbeiten machen.

Nichtumgesetzte Entscheide

Es gab einige kleinere Entscheide die wir gefällt haben, die aufgrund von Zeitmangel nicht weiter verfolgt wurden.

Sektion Tessin

Im Sommer hat sich eine Gruppe von Tessiner Piraten entschlossen eine eigene Sektion zu gründen. Ich habe mich mit ihnen in Verbindung gesetzt und habe mit ihnen die Statuten angeschaut. Die einzelnen Versionen wurden in einem Ticket im Vorstandsprojekt aufgelegt. Nach mehrmaligem verbessern habe ich sie schliesslich als Konform angesehen. Denis Simonet und ich wohnten der Gründung bei. Die Gründung verlief problemlos.

Als wir im Vorstand über die Anerkennung der Sektion entscheiden wollten, wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Statuten der Sektion Tessin nicht mit unseren kompatibel waren. Es ging um den Abschnitt über die Gebietssektionen.

Eines der Probleme war, dass ich die Statuten und Ordnungen nicht so gut kannte wie ich angenommen hatte. Ich entschuldige mich bei den Tessiner Piraten und es tut mir leid, dass es so ausgegangen ist.

Neue Website

Im Sommer 2012 habe ich mit der AG TNT und AG DI kurzgeschlossen und versucht die neue Website zu puschen. Anfangs ging es relativ gut voran, wir hatten 2 Sitzungen. An denen haben wir uns hauptsächlich über die Struktur unterhalten. Kurz darauf habe ich das ganze aus den Augen verloren und es blieb liegen.

Bericht: Registrar

Author: Flohrian Mauchle



Als Registrar bin ich zuständig für die Verwaltung der Ein- und Austritte in den Datenbanken der Piratenpartei Schweiz. Wer sich per Mail oder auf Totholz anmeldet hat somit zuerst mit mir Kontakt. Beitritte zu Sektionen leite ich an diese weiter, Beitritte zur Nationalen Partei begrüsse ich per E-Mail.

Ausserdem bin ich zuständig für die Certification Authority, die Zentralstelle der Zertifikate von Pi-Vote, sowie die Organisation der Pi-Vote-Abstimmungen.

Ich übernahm das Amt des Registrars in Etappen und musste die einzelnen Schritte, welche hierfür nötig waren, zusammentragen und erarbeiten - schliesslich existierte das Amt vorher nicht. Von meiner Amtsvorgängerin bei der Zertifizierungsstelle konnte ich erst nach einigen Schwierigkeiten die CA übernehmen.

Es gab einige Schwierigkeiten mit der LDAP-Mitgliederdatenbank zu Anfang, da die Mitgliedernummer bei Neuanträgen nicht eingefügt wurde. Im Sommer 2012 konnte dieses Problem jedoch behoben werden.

Bei vorübergehenden Abwesenheiten wurde ich jeweils vom Aktuar Simon Rupf unterstützt.

In Sachen Pi-Vote war ich zuständig für die Organisation der Abstimmungen. Hier konnten wir auf nationaler Ebene 7 Urabstimmungen durchführen, die Sektion Zürich hat 4 durchgeführt, die Sektion SGARAI 3.

Die Beteiligung an den Abstimmungen variierte stark, je nach Interesse der Parteimitglieder an der Abstimmung und der Verständlichkeit des Themas.

Bericht: Schatzmeister

Author: Lukas Zurschmiede

Als Schatzmeister wurde ich am 3. März 2012 per sofort gewählt und musste am 4. März bereits die Kasse sowie die Buchhaltung des Jahres 2011 und eine chaotische Essensabrechnung entgegen nehmen.

Ein schwerer Start

Da der alte Schatzmeister per sofort zurückgetreten war und auf Anfragen nicht mehr reagierte, musste ich in den kommenden Tagen und Wochen die bestehenden Daten und Datenbanken analysieren sowie versuchen die Tools die vorhanden waren in Betrieb zu nehmen. Leider konnte ich, wie sich im Nachhinein herausstellte auf Grund eines Datenverlustes, die bestehende Schatzmeister-Applikation nicht mehr in Betrieb nehmen. Dies führte dazu, dass ich schon zwei Wochen nach der Wahl damit anfangen musste, eine komplett neue Applikation zu entwickeln um das ganze Rechnungs- und Mahnwesen sowie die Zahlungsg статисти zu verwalten. Nach wenigen Wochen war die erste Version, welche beiläufig neben der Arbeit und dem Tagesgeschäft sowie der Einarbeitung in die PPS-Buchhaltung erstellt wurde, fertig und es konnten gut 1600 Mahnungen ausgedruckt und versendet werden.



Neue Mitglieder mussten warten

Eine weitere Herausforderung war die Abarbeitung der Neumitglieder, welche ebenfalls automatisiert durch die Applikation angeschrieben werden sollten. Dieser Prozess musste ebenfalls zuerst neu implementiert werden, was zur Folge hatte, dass ca. in dem ersten halben Jahr 2012 Neumitglieder keine Rechnung bekamen sondern erst nach mehreren Wochen.

Dies führte leider bei einigen Sektionsvorständen zu Unverständnis und ich musste mich immer wieder rechtfertigen und die Situation erklären. Das war eine recht mühselige und ermüdende Arbeit, vorallem da immer wieder die gleichen Personen reklamierten und anscheinend die Tragweite des Verschwindens des alten Schatzmeisters nicht sahen. Sogar heute gibt es noch Leute, welche absichtlich die Rechnung nicht zahlen, um zu verifizieren dass der Mahnprozess auch funktioniert. Dazu bedarf es wohl keiner weiteren Worte.

Laufendes Tagesgeschäft

Die gute Nachricht ist jedoch, dass seit ca. Anfang August das Tagesgeschäft einfach und schnell angehandelt werden kann und auch die Neuanmeldungen zeitnah abgearbeitet werden konnten. Ich konnte mich nun also daran machen, die Auszahlungen an die Sektionen zu berechnen und zu verwalten, etc. Die Zahlungen wurden demzufolge verspätet ausbezahlt, beinhalteten jedoch eine Datei welche einfach in GnuCash importiert hätte werden können. Von keiner Sektion kam eine Rückmeldung oder Bestätigung, dass eine Zahlung eingegangen war.

PayPal und SMS-Spenden

Zwischenzeitlich wurde noch viel Zeit in den Fall PayPal investiert, welcher eine Menge Emails und Nerven gekostet hatte. Glücklicherweise konnte aber am Ende alles Geld was auf dem Konto vorhanden war abgebucht werden. Einiges angenehmer war das SMS-Spenden Management. Diese haben sich schon nach der ersten Anfrage telefonisch bei mir gemeldet hatten und sofort die alten Accounts eingefrohren und den ausstehenden Betrag übermittelt sowie neue Accounts erstellt.

Die neue Finanzordnung

Im Oktober wurde die neue Finanzordnung verabschiedet, was wieder einige Arbeit aufkommen liess, vorallem da Prozesse neu definiert und auch die Applikation umgeschrieben werden musste. Mitte Dezember war es dann so weit: Mit der neuen Beitragsempfehlung der Sektionen wurden ca. 1600 Piraten per Email und gut 500 per Brief angeschrieben. Leider hatte sich in letzter Sekunde noch ein Fehler eingeschlichen und es wurden gewisse Zeichen nicht korrekt dargestellt in der Email. Zudem wurde ein grösserer Fehler im Swisscom-Webmail gefunden, welcher beim Betrachten der Email das System zum Absturz brachte (hier ist die Swisscom nach wie vor am Suchen, resp. verneinen dass es so ein Problem gäbe). Die betroffenen Mitglieder wurden nach einer Anpassung nochmals angeschrieben so dass die Rechnung dann auch bezahlt werden konnte.



Ausstehende Spenden

Leider konnte ich bis anhin die Spenden noch nicht an die Sektionen ausbezahlen, diese belaufen sich jedoch auf nur 390.00 sFr über alle Sektionen. Aufgrund des relativ kleinen Betrages, habe ich die manuelle Abarbeitung bislang herausgeschoben, um die wichtigen Dinge abhandeln zu können.

Die Spenden werden jedoch im ersten Quartal 2013 an die Sektionen ausbezahlt und auch kommuniziert sowie entsprechend veröffentlicht. Dieser Prozess soll in Zukunft ebenfalls automatisiert werden, nur schon wegen der Tatsache, dass diese nun national verwaltet und ausgewiesen werden müssen.

Fehlender Mitgliederstatus im LDAP

Ein grosses Thema waren zu jeder Zeit die Zahldaten im LDAP. Diese waren bis knapp Ende November 2012 nicht im LDAP ersichtlich. Dies führte dazu, dass der Registrar leider Zertifikate als noch gültig betrachtete, welche jedoch von Mitgliedern waren die nicht bezahlt hatten. Leider führte diese Tatsache auch bei den Sektionen ab und an zu Fehlinformationen. Die Folge von diesem Faux Pas ist, dass die GL nun alle internen und auch externen Prozesse überarbeitet und beschreibt, so dass auch zukünftige Vorstandsmitglieder wissen, wie was wo warum gemacht werden muss. Dies betrifft vor allem die Abläufe rund um die Mitglieder, von der Anmeldung bis zum Austritt und der Rechnungsstellung, etc.

Prüfung der GPK

Schon in der ersten Januarwoche hat sich die GPK angemeldet um die Buchhaltung zu prüfen und diese ab zu nehmen. Unter dem Jahr war nur einmal Rudolf Sommer vor Ort und hat sich das ganze schnell durchgeschaut mit dem Fazit, dass soweit alles in Ordnung aussehe.

Bei der Jahresprüfung wurde leider ein Fehler in der Kasse gefunden, welchen ich im Nachhinein erfolgreich aufgelöst werden konnte. Das positive war: Es war zu viel und nicht zu wenig in der Kasse. Dies rührte daher, dass ich die Zahlungen von der Akkreditierung an der Gründungsversammlung der Sektion Tessin in Bar von Andreas bekommen hatte und das Geld einfach in der Kasse eingeschlossen und gekennzeichnet habe, jedoch noch nicht verbuchte da noch Mitgliedereinträge im LDAP fehlten. Zusätzlich ist noch eine Quittung eines Mitgliedes vergessen gegangen, welches sich in all den Unterlagen von Pascal versteckt hatte. Der finale Fehlbetrag von wenigen Franken konnte ich auf die chaotische Essensabrechnung an der PV in Visperterminen zurückführen.

Weitere Unklarheiten von den Seiten der GPK waren, dass sich herausgestellt hatte, dass die rein chronologische Quittungsablage für eine Prüfung nicht bewährt. Hier muss eine bessere Methode gefunden werden. Ebenso die Kennzeichnung der Buchungen in der Buchhaltung muss ich wohl ein wenig klarer gestalten, denn bei den Spenden habe ich die Namen absichtlich nur in der Splitbuchung eingegeben, was dazu führte, dass diese als **nicht vorhanden** angesehen wurden.



Das nächste Jahr

Nach wie vor steht viel Arbeit an, vorallem in der Automatisierung. Ein grosser Teil ist schon gemacht, so sind nun alle Zahlungen mit einer ESR-Nummer versehen, so dass eine Zahlung mit der Referenznummer eindeutig zugewiesen werden kann ohne lange nach dem Namen oder anderen Daten zu suchen. Dieser Prozess kann noch weiter automatisiert werden, auch sollen die Zahlungen an die Sektionen vereinfacht werden mit einem elektronischen Zahlungsauftrag und genaueren Informationen für die Sektionen, etc. Es wird also auch im kommenden Jahr nicht langweilig, jedoch hoffe ich, dass die Sektionen ein wenig mehr Vertrauen in den nationalen Vorstand und die Geschäftsleitung setzen, denn schliesslich sollten diese aus eigener Erfahrung wissen, was es heisst so viel Zeit auf zu wenden und Strukturen von Null an auf zu bauen.

Fazit

Für mich war es ein sehr strenges und interessantes Jahr. Leider zeigte sich, dass einige Leute auch nach mehrmaligem darauf hinweisen immer noch herumgepöbelt und kein Gefühl dafür hatten, was es heisst, ein solches Projekt von Null an auf zu bauen. Das war teilweise sehr deprimierend, vorallem auch deswegen, da nicht mal bei positiven Ereignissen eine Rückmeldung von irgendeinem Schatzmeister oder Vorstand kam sondern alles einfach als selbstverständlich angesehen wird.

Autoren

Mitglieder der Geschäftsleitung der Piratenpartei Schweiz



Ziele für 2013 der Geschäftsleitung

Ziele der Geschäftsleitung

Prozesse: Alle Prozesse der Verwaltung, inklusive Schnittstellen zu den Sektionen, müssen optimiert und dokumentiert werden. Alle Vorstände müssen über die Abläufe informiert werden und diese verstehen.

Stellvertreter: Für alle wichtigen Positionen muss ein Stellvertreter, der sofort eingreifen kann bei unvorhersehbarer Abwesenheit, ernannt werden.

Vorstände Treffen: Es sollen regelmässige, ca. zweimonatliche Treffen zwischen Sektionsvorständen und Geschäftsleiter, Koordinator, idealerweise einem Präsidiumsmitglied pro Sprachregion und einem Vertreter der Posten Schatzmeister, Aktuar oder Registrar stattfinden. An diesen Treffen sollen sowohl administrative, wie auch politische Fragen besprochen werden können, ohne dass der Koordinator stets Rückfragen weiterleiten muss.

Rechtsverständnis: Wir wurden immer wieder mit rechtlichen Fragen konfrontiert. Bis Ende 2013 sollen alle Mitglieder der Geschäftsleitung die Statuten, Ordnungen und Reglemente der PPS kennen und nach ihnen handeln können, ohne nachzuschlagen. Ausserdem sollen die für uns relevanten Teile aus den Gesetzesbüchern und Ordnungen des Bundes bekannt sein. (Ver-einsrecht, Urabstimmungen, Datenschutzgesetz, ...)

Kommunikation: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung besitzen ein PGP-Zertifikat. Wir wollen die Verwendung der verschlüsselten Kommunikation fördern, auch in Zusammenarbeit mit den Sektionen und anderen Stellen.

Ziele der Mitglieder

Koordinator

Die Kommunikation zwischen den Arbeitsgruppen und zwischen Sektionsvorständen und dem PPS-Vorstand soll angekurbelt werden.

Geschäftsleiter

Ich nehme mir vor die Arbeit der Mitglieder der Geschäftsleitung von Zeit zu Zeit zu Kontrollieren. Ausserdem werden ich eine Feedbackschleife einführen, damit ich über den erfolgreichen Abschluss



informiert werde. Und sonst weiss das es noch nicht gemacht ist. Ich werde mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung je 2 Feedbackgespräche führen. Mehr falls benötigt und sinnvoll. Dies fördert die frühere Erkennung von Engpässen und kann aufzeigen wo wir vom Weg abgekommen sind. Die bearbeiteten Tickets zeitgerecht beantworten und schliessen.

Aktuar

Der Aktuar stellt sicher, dass Protokolle von Vorstands-, Präsidiums-, Geschäftsleitungs- und Piratenversammlungen jeweils Zeitnah veröffentlicht werden. Anfragen sollen zügig beantwortet werden und die Dokumente sorgfältig archiviert werden.

Schatzmeister

Der Schatzmeister automatisiert weiter die Prozesse, so das die gesamte finanzielle Administration weiter verbessert und vereinfacht werden kann. Dies beinhaltet die automatische Zahlung der Sektionsbeiträge, einlesen der ESR-Zahlungen, Spendenverwaltung und auch eine einheitliche Möglichkeit zur Budgetierung. Zusätzlich sollen die Benachrichtigungen an die Schatzmeister detaillierter werden, so dass diese einfacher statistische Daten erstellen können über die Zahlungsmoral innerhalb der Sektion, etc.

Registrar

Maximale Bearbeitungszeit bei Ein-/Austritten und Zertifikatsanträgen reduzieren, Prozesse streamlinen und dokumentieren, so dass im Abwesenheitsfall auch übergeben werden kann. Die Pi-Vote-Dokumentation ausbauen, inklusive wie eine Abstimmung eingeleitet wird. 7 Tage warte Zeit bei An/Abmeldungen und Zertifikatsanträgen

Langzeitziele

Mitgliederdatenbank

Mitgliederdatenbank neu, mit Möglichkeiten zu:

- Mitglieder sollen selber eigene Daten bearbeiten können.
- Ein/-Austritt selbst veranlassen.
- Allgemein sollten die Prozesse für die Mitglieder möglichst abhängigkeitsfrei gestaltet werden.
- Mitgliederfreundlichere Administration.



Autoren

Mitglieder der Geschäftsleitung der Piratenpartei Schweiz



Jahresrechnung



Income statement

Expenses		Income	
Piratenpartei	210.40	Member fee	86'580.00
Sections	16'752.00	Member fee limited	20'190.00
Working groups	5'142.92	Donations	5'304.85
Election St. Gallen	2'000.00	Donations for Sections	390.00
Election Basel	8'000.00	Appropriated Donations	1'730.80
Election Bern	2'000.00	Merchandise	324.88
Election Aargau	2'500.00	Income from assemblies	4'627.15
Travel costs	1'411.40	Bankinterest	30.25
Representation	650.00		
Werbeaufwand	40.00		
Internet, Server, ...	1'192.92		
Assemblies	9'731.11		
Administration effort	1'604.70		
Assurances	450.00		
Bank charges	101.05		
Debitor loss	71'292.10		
		Loss	3'900.67
Total:	123'078.60	Total:	123'078.60



Closing balance I

Assets		Liabilities	
Cash box	7'453.45	Liabilities	3'524.00
Postfinance	26'214.01	Accounts recv .in adv.	5'120.00
Cash EUR 365.00	438.00	Equity	30'536.53
SMSBox DDX	174.40		
Darlehen	1'000.00		
Loss	3'900.67		
Total:	39'180.53	Total:	39'180.53



Closing balance II

Assets		Liabilities	
Cash box	7'453.45	Liabilities	3'524.00
Postfinance	26'214.01	Accounts recv .in adv.	5'120.00
Cash EUR 365.00	438.00	Equity	26'635.86
SMSBox DDX	174.40		
Darlehen	1'000.00		
Total:	35'279.86	Total:	35'279.86

Lukas Zurschmiede,
Schatzmeister Piratenpartei Schweiz

AG Berichte

AG PR

Konstituierung

Die AG PR hat sich im 20. April 2012 neu konstituiert. Als Leiter und Vize wurden Patrick Stählin und Raffael Herzog gewählt. Gemäss Pflichtenheft der AG wurden dem Präsidium Denis Simonet als Pressesprecher und Raffael Herzog als Chef-Redaktor vorgeschlagen. Beide wurden gewählt.

Patrick Annen hatte sich bereit erklärt die Social Media zu leiten.

Administratives

Nach Anlaufschwierigkeiten gab es im Jahr 2012 unregelmässig Sitzungen. Seit 2013 finden nun alle vier Wochen Sitzungen statt.

Operatives

Um schneller auf Ereignisse reagieren zu können befinden sich Mitglieder der AG PR zusammen mit den Mitgliedern des Präsidiums in einem ständigen Chat-Kanal. Dies wurde vom Pressesprecher und dem Präsidium auf Grund der grossen Reaktionszeit und verpassten Chancen beschlossen.

Die AG DI hat uns eine CiviCRM Instanz zur Verfügung gestellt. Dort wird die AG PR neu die Pressekontakte mit Zusatzinformationen angereichert ablegen. Die soll das Versenden von Pressemitteilungen vereinfachen.

Social Media

Nach der Neukonstituierung wurden alle Social-Media Kanäle, über welche die Piratenpartei kommuniziert, konsolidiert. Schlussendlich wurde entschieden dass die Piratenpartei nur Twitter, Facebook und Google+ bedienen will.

Twitter und Facebook funktionieren gut. Für die Arbeit auf Twitter gab es von verschiedenen Seiten Lob. Für Google+ konnte noch niemand gefunden werden.



Website

Im Sommer 2012 wurde mit der GL und der AG DI die neue Struktur der Website besprochen. Ebenso wurden die verschiedenen Akteure bestimmt, welche die Website abholen soll. So sind das professionelle wie Journalisten und Politikwissenschaftler, interessierte nicht Mitglieder als auch unsere Mitglieder.

Mit der neuen Struktur sollte es einfacher möglich sein Artikel von Untersektionen für eine gewisse Zeit auf der PPS Hauptseite aufzuschalten. Auch Aktionen und Ankündigungen sollten nun besser und prominenter präsentiert werden können. Offizieller Start der neuen Website sollte gegen Ende Februar sein.

Sorgenkind bleibt der Pressespiegel, auch der Aufruf an die Mitglieder mittels Flaschenpost aktiv Berichte zu melden hat nicht gefruchtet. Die Piratenversammlung hat an der PV 2012 in Biel das Budget 2013 inklusive Mittel für einen professionellen Pressespiegel angenommen. Ob diese Mittel aktiviert werden ist noch offen. Dieser Entscheid wird dem Präsidium überlassen.

Wochenrückblick

Ein Versuch wurde unternommen eine regelmässig erscheinende Kolumne zu erstellen, welche die Ereignisse der letzten Wochen zusammenfasst. Dies wurde aber aufgrund mangelnder Zeit von allen Beteiligten zurückgestellt.

Es wurde beschlossen einen neuen Anlauf zu nehmen mit einem Rückblick der nicht wöchentlich erscheinen muss. Ein Starttermin ist noch nicht fixiert. Helfen sollte die News-Pipeline, welche Simon Rupf im Dezember 2012 gestartet hat. Diese sammelt ungefiltert alle Piraten relevanten Ereignisse und Artikel.

Autor

Patrick Stählin

AG DI

Die Arbeitsgruppe hat ein sehr ereignisreiches Jahr hinter sich.

Neben dem alltäglichen Geschäft hat die AG DI einige langfristige Projekte voran gebracht und es gab neben einigen Austritten auch einige neue Helfer.

Mehrfache Reorganisation

Die AG DI hatte dieses Jahr mehrfach die Struktur geändert. Nachdem Anfang 2012 Christian Häusler die Leitung von Kai Reuter übernommen wurde, dieser Wechsel Mitte Jahr wieder rückgängig



gemacht. Sie waren in dieser Zeit jeweils die Vizeleiter des anderen. Ende Jahr hat dann Thomas Bruderer die Rolle des Leiters wieder übernommen und einen neuen Vize erhalten, Oliver Schädli, welcher ein neues Mitglied der AG DI war.

Diese Wechsel hatten unterschiedliche Gründe und waren immer einvernehmlich. Die AG DI versucht mit ihren begrenzten Mitteln und Mitgliedern das jeweils Beste herauszuholen.

Die Reorganisation war auch nötig, weil wir einige Projekte mit hohem Zeitaufwand vorantrieben. Die knappen Ressourcen konnten so besser konzentriert eingesetzt werden.

Resourcenverlust

Wir mussten auch einige Abgänge verkraften und mussten somit die Betreuung durch andere sicherstellen. Ich möchte hier allen, welche eingesprungen sind, herzlich danken. Ich denke, unsere Leistung hat sich stark verbessert und unsere Reaktionszeiten haben sich deutlich verkürzt.

Glücklicherweise haben wir keine wichtigen Ressourcen verloren, die meisten Abgänge waren daher einfach zu verkraften, trotzdem sind wir nach wie vor unterbesetzt und hoffen auf mehr Mitglieder. Insbesondere in der Entwicklung ist weiter die Nachfrage nach Dienstleistungen wesentlich höher als was wir liefern können. Entwickler für Ruby, PHP (Drupal) und System Administratoren sind uns jederzeit willkommen in unserem motivierten Team. Keiner wird bei uns allein gelassen mit Problemen.

Unser zuverlässiges und engagiertes Team wird auch für 2013 einige Neuigkeiten für euch haben.

Server Umzug

Es ist ziemlich genau 24 Monate her, seit wir den Auftrag der PV bekommen haben, einen Umzug der Server in die Schweiz zu organisieren. Nachdem 2012 dafür gesorgt wurde, dass wir das Budget dafür haben, kann ich nun offiziell sagen, der Umzug hat begonnen und die ersten Systeme sind auf dem Weg in die Schweiz.

Wir haben für rund 4000 Franken zwei eigene Server gekauft:

Beide Server bestehen aus:

- CPU: Slot 1: 2 GHz AMD Opteron 8 core, Slot 2: unused
- RAM: 4 x 8 GB, 12 x unused
- Harddisks: 4 x 1TB

Grosszügigerweise wurde uns ein professioneller RAID-Controller von der **Automatic Server AG** gesponsort, wir danken dafür sehr herzlich!

Der Server steht seit dem 18. November im Swisscom-Rechenzentrum in Zürich, die Migration unseres Systems hat begonnen und wir hoffen bis März oder April unsere deutschen Server kündigen zu können.



Drupal 7

Da Christian Häusler vom täglichen Geschäft entlastet werden konnte, hat er sich sehr intensiv um die Weiterentwicklung unserer Webseite gekümmert. Unser Design, welches bereits 3 Jahre alt ist, wurde weiterentwickelt, ohne den Wiedererkennungswert zu verlieren.

Wir hoffen, dass wir eine kleine Demo an der PV am 24. Februar zeigen können, es darf damit gerechnet werden, dass die Hauptseite spätestens im 2. Quartal komplett umgestellt wird.

- Das neue Design ist responsive und ist auch auf kleinen Displays besser nutzbar.
- Jeder ist ein Autor, wer Mitglied ist, kann neue Inhalte publizieren, wir sorgen mit neuen Prozessen dafür, dass die besten Inhalte auf die Frontseite kommen.
- Integration der Sektionen: wir bieten jeder Sektion an, auf das Zentrale D7 zu wechseln. So können Inhalte einfach geshared werden und auch die kleinste Sektion kann von der Hauptseite Inhalte mit einem Klick übernehmen.
- Durchdachtere Navigation soll helfen, das Gesuchte schnell zu finden.
- Die AG DI hat mit der AG PR und auch dem Präsidium zusammengearbeitet, um eine Seite für die Zukunft zu gestalten.

Rücktritt SPO

Am schwersten zu verkraften war der Rücktritt von Stefan Thöni als Security and Privacy Officer. Die bestehende Infrastruktur wurde, wo nötig und möglich, übernommen, aber es ist klar, dass wir Abstriche machen mussten. Es konnte auch trotz intensiver Suche kein Ersatz gefunden werden.

Konsequenzen:

- Der Betrieb der eigenen CA wurde in grossen Teilen eingestellt.
- Die Accessliste wird nicht mehr aktuell gehalten, die AG DI orientiert sich aber an den bestehenden Regeln.
- Die Leitung der AG DI ist nun auch für die Sicherheit verantwortlich.
- Wir danken auch ihm sehr für seine grossartige Arbeit und freuen uns, dass er PiVote weiterbetreut und auch als Admin für die Infrastruktur zur Verfügung steht.

Straffung der Prozesse

Um allen Gruppen innerhalb der Piratenpartei Schweiz bessere Prozesse auch vorzuleben, wurde unsere Projektplattform stark gestrafft. Die Prozesse haben weniger Zustände und das Redmine unterstützt die Prozesse mit bestimmten Regeln, welche durchgesetzt werden durch ein Script.

Es ist klar, dass die zu einiger Reibung geführt hat bei der Umstellung, die Kommunikation war in der Tat dürftig, und nicht vergleichbar mit früheren Projekten.



Ich hoffe die Vorteile überwiegen, wir werden die Entwicklung aber genau verfolgen.

Die AG DI versucht die Prozesse exemplarisch vorzuleben, die Prozessverbesserung haben auch bei uns dazu geführt viele alte verschollene Tasks endlich abzuarbeiten. Das Ziel für 2013 ist klar eine bessere Reaktionszeit.

Danke an alle Mitglieder der AG DI, welche immer wieder viel Zeit und Energie in unsere Infrastruktur stecken und das schon seit Jahren.

Autor

Thomas Bruderer, Leiter AG DI

AG TNT

Einleitung

Die Arbeitsgruppe Text und Translation ist zuständig für die Erstellung und Übersetzung von Texten in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch. Ausserdem liegt die Erstellung der Flaschenpost im Aufgabengebiet der Arbeitsgruppe. Geleitet wurde sie bis November 2012 von Andreas Eigenmann

Rückblick

Mitglieder

Die Arbeitsgruppe wurde von Andreas Eigenmann bis Ende November 2012 geleitet. Seither ist sie ohne Führung. Der Ehemalige Leiter half weiter aus.

Für die Übersetzungen ins Italienische war Carlo Brancati verantwortlich.

Für die Koordination der Flaschenpost konnte Reto Schneider gewonnen werden. Er ist seit dem Herbst für die Flaschenpost verantwortlich.

Durch die zum Teil nur für einzelne Aufgaben aktiven Mitglieder kann die effektive Anzahl nur geschätzt werden.

Aufträge

Es gab mehrere Aufträge von verschiedenen Organen der PPS zur Übersetzung vom Deutschen ins Französische. Diese konnten meist ausgeführt werden.

Leider konnten die Aufträge betreffend der englischen Sprache nicht ausgeführt werden und wurden zurückgewiesen.



Übersetzungen Offizielle Dokumente

Im Sommer begann die Arbeitsgruppe im Auftrag des Geschäftsleiters die offiziellen Dokumente wie Statuten und Ordnungen zu übersetzen. Mit tatkräftiger Hilfe aus der Westschweiz konnten einige der Dokumente übersetzt werden. Leider wurden sie bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

Flaschenpost

Die Flaschenpost ist das Medium um unsere Mitglieder über Vorgänge in der Partei zu informieren. Es gab immer wieder Zeiten in denen fast keine oder gar keine News vorhanden waren. Darum wurde die Flaschenpost nur an 9 von 12 Monaten versendet.

Was sehr erfreulich war, ist dass wir es schafften die Flaschenpost mehrmals in den 3 Landessprachen Deutsch Französisch und Italienisch auszuliefern.

Probleme

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen anderen Arbeitsgruppen, insbesondere mit der AG PR waren eher Mangelhaft.

Mitglieder

Wie fast jede Arbeitsgruppe gibt es Zeiten in denen zuwenig Mann(Frauen-)power zur Verfügung stand, um alle Aufträge in angemessener Zeit zu erledigen.

Es gab ein reges kommen und gehen. Die meisten verblieben nur kurze Zeit in der Arbeitsgruppe.

Massnahmen

Massnahmen um die Bestehenden Probleme zu beheben oder zukünftige zu vermeiden:

Leiter

Einen Leiter die Arbeitsgruppe benötigt.



Übersetzung Offizielle Dokumente

Damit die Statuten und Ordnungen auch im Französischen verfügbar sind, müssen mehrere Massnahmen ergriffen werden.

1. Wir benötigen einen Französischsprechende Person (Native Speaker) der die Koordination hierfür übernimmt
2. Die Prozesse nach der Statutenänderung muss optimiert werden. So muss ein Diff-File erstellt werden.

Dies wurde in der Geschäftsleitung besprochen und in die Wege geleitet.

Zukunft

Zukunftsvisionen für die Arbeitsgruppe und ihre Prozesse:

Die Flaschenpost soll individueller werden, durch die Newspipeline können News aus verschiedenen Bereichen zusammengeführt werden. Benutzer hat ein Interface wo er einstellen kann was für News er will:

Nationale News, News aus Kanton XY & XZ, Anlässe diesen Monat, etc.

Autor

Andreas Eigenmann, ehem. Leiter AG TNT

AG FUND

Neuer Leiter

Im Mai 2012 hatte sich ein Bewerber für die Arbeitsgruppe Fundraising gefunden welcher auch sehr Motiviert war und Initiative zeigte. Der Kandidat Elöd Mata hat in einem Treffen mit dem Präsidenten Thomas Bruderer und dem Vize-Präsidenten Jos Doekbrijder einen sehr soliden Eindruck hinterlassen weswegen ihm die Leitung der Arbeitsgruppe überlassen wurde.

Im Juni 2012 ging eine Anfrage an weitere Mitarbeiter raus, insbesondere ehemalige Mitglieder wurden nochmals angefragt ob sie unter neuer Leitung wieder mitarbeiten würden. Das Feedback war leider mehr als dürftig. Deshalb blieb der Plan mit der Leitung von Elöd Mata und teilen des Präsidiums als Unterstützung.

Im Juni starteten Regelmässige Treffen alle 2 Wochen, indem auch ein erstes Konzept entstand.

Download Konzept: http://projects.piratenpartei.ch/dmsf_files/2342?download=



Enttäuschung

Das nächste Planmässige treffen wurde vom leiter am 11. Juli abgesagt. Danach wurde ein Ersatztermin für den 8. August festgelegt an dem Thomas und Jos anwesend waren, aber der Leiter nicht auftauchte ohne Kommentar und ohne Entschuldigung.

Auf die Mails von 8. August, 31. August und 20. September hat Elöd Mata nicht mehr reagiert und wurde daraufhin am 9. Oktober 2012 seines Amtes Enthoben.

Nach dem erst sehr motivierten Eindruck war diese Inkompetenz für sein Amt extrem enttäuschend. Das völlige ignorieren und das komplette Versagen zu kommunizieren werfen ein sehr schlechten Schatten auf seine Fähigkeiten einen ernsthafte Tätigkeit zu übernehmen. Ich halte sein Verhalten für äussers Verantwortungslos.

Weiteres Vorgehen

Fundraising wäre für uns eine sehr wichtige Sache daher wird die Arbeitsgruppe weiter interimistisch vom Präsidium wahrgenommen. Ohne neuen Leiter wird es hier aber kaum vorwärts gehen, da hier viel Zeit in persönliche Kontakte investiert werden müsste. Ein grosses Beziehungsnetz ist hier von Vorteil. Wir suchen weiterhin nach einem Leiter, die AG ist aber Momentan leider im hohen masse inaktiv.

Autor

Thomas Bruderer, Präsident PPS

AG ROA

Piratenversammlung in Visperterminen

Datum: 3. und 4. März 2012

Als Lokalität wurde ein kostengünstiges Lagerhaus gemietet. Der Freitag wurde zum Aufbau für die zweitägige Piratenversammlung mit den geplanten, grossen Änderungen der Statuten genutzt. Durch das verspätete Eintreffen des Schatzmeisters, welcher an dieser Versammlung nicht mehr zur Wiederwahl antrat, resultierte in einem Kassenchaos. Dieses wurde jedoch durch die Unterstützung der AG Extern wieder geordnet. Die Verpflegung wurde in Eigenregie auf die Beine gestellt und funktionierte zufriedenstellend. Dennoch hatte die ROA mit Widrigkeiten zu kämpfen, wie den Absprung der Leitungsperson. Das Netzwerk, ebenso sowie Audio und Licht, funktionierte wie gewünscht. Der Wermutstropfen war lediglich der Beamer, dessen Leuchtkraft leider nicht zufriedenstellend war. In Anbetracht der Verwendung von Kerzen, muss die Belüftungssituation als nicht ausreichend bewertet werden. Die Abgeschiedenheit des Versammlungsortes führte im Grossen und Ganzen zu zwei Gruppen: Dafür und Dagegen. Abschliessend ist der Reinigungsaufwand mit enorm zu betiteln. Das ganze verlief äusserst turbulent, doch endete es allseitig zufrieden.

Piratensommerkongress in Aarau

Datm: 9. + 10. Juni 2012



Die Auenhalle wurde als Kongressort auserkoren. Ebenfalls wurde bei diesem Anlass die AG Extern um die dringend benötigte Unterstützung geben. Die Räumlichkeit wurde über die Sektion Aargau zum Lokaltarif angemietet. Samstag wurde zum Auftag bestimmt. Dem Zeitplan wirkten mehrere Probleme entgegen: der Tischaufbau verlief schleppend; der Elektrik mangelte es an Material, welches kurzerhand noch zu beschaffen war; das Akkreditierungspersonal erschien nicht. Silvan Gebhard übernahm die Akkreditierung zusätzlich neben der Netzwerkverantwortung. Dies führte zum Entschluss, dass künftig möglichst jeder Aufgabenzuständige über einen Stellvertreter verfügen sollte; ganz nach dem Motto: Sicherheit. Das Internet welches über 3G aufgebaut wurde, stellte sich als unzureichend heraus. Wie im März, wurde das Catering durch parteiinterne Personen auf die Beine gestellt und funktionierte einwandfrei. Die Küchenendreinigung hingegen zeichnete sich als exorbitanter Aufwand ab, welcher nahezu identisch mit der Reinigung der restlichen Bereiche war.

Der Kongressablauf war in Ordnung. Es wurde ein ausgewogenes Programm präsentiert. Lediglich für den Sonntag wäre eine Erweiterung möglich und wunschgerecht. Aufgrund des neuen Formates (PP-EU Veranstaltung) wurden die Medien angezogen und uns wurde ein TV-Beitrag gewidmet. 30% der Kongressteilnehmer reisten vom Ausland an. Gelobt wurde natürlich der samstäglische Grillabend, getadelt dafür der suboptimale Fleischverkauf, da nicht jeder das gewünschte erhielt. Die Grundstimmung an sich schien jedoch nicht davon beeinträchtigt. Denn die Stimmung war wie das Wetter: Top! Somit steht eine Wiederholung dieses Anlassformates wohl ausser Frage.

Piratenversammlung Biel

Datm: 11. November 2012

Die teuerste Lokalität in der Geschichte der PPS. Fertig gestuhlt. Reinigung inbegriffen. Ideal! Gewöhnen können wir uns daran leider nicht, denn dies können wir uns schlicht nicht leisten. Der Internetzugang schien nicht dieselbe Absicht zu haben wie wir. So wurde erneut über das 3G-Netz versucht eine Verbindung herzustellen, was sich jedoch auch nicht als Notwerkzeug herausstellen konnte. Dafür hatte Open-Slides Premiere. Abgesehen von den Umständen, sprach sich die Versammlungsleitung für die Weiterbenutzung dieses Werkzeuges aus.

Piratensupport

Anfang Herbst erblickte der Piratensupport das Licht des Lebens. Zu Beginn erfreute er sich grossen Zuspruchs und Andrangs. Doch mittlerweile ist es an der Support-Front eher ruhig. Die Erreichbarkeit durch die drei Supporter ist angemessen.

Personal

Die AG ROA begann das Jahr 2012 mit recht wenig Personal. Lediglich mit zusätzlicher Unterstützung. Mit dem gleich geringen Personalbestand wurde Aarau organisiert.

Unser spezieller Dank geht an:

- Silvan Gebhard, Internet (Visperterminen, Aarau)
- Christian Häusler, Audio (Visperterminen, Aarau)
- Arngard Brülisauer, Küche (Visperterminen)



Nicht zu vergessen unser herzlicher Dank an alle Helfer. Insbesondere an das jeweilige Aufräum- und Putzpersonal.

Im Herbst wurde ein Email-Aufruf an die Basis zur Unterstützung gestartet. Dies führte zu sechs neuen Mitgliedern der AG ROA, als auch zu einem neuen Leiter-Stellvertreter.

Biel wurde an sich kampfflos organisiert und durchgeführt.

Zurzeit ist die AG ROA recht gut besetzt. Lediglich an der generellen Erreichbarkeit und der Anwesenheit an Sitzungen mangelt es. Dies ist für das Folgejahr dringend zu optimieren. An und für sich steht die AG ROA in gutem Licht und startet guter Dinge in die Organisation des Jahres 2013 und der Vorbereitung auf 2014.

Autor

Mario Graf, Vizeleiter AG ROA

AG FIN

Gründung

Die Finanzen AG wurde gegen Ende Jahr 2012 ins Leben gerufen um den nationalen Schatzmeister zu unterstützen und im Notfall dessen Arbeit zu übernehmen so dass die Partei auch bei dessen Ausscheiden noch handlungsfähig bleibt.

Arbeiten

Bis zum aktuellen Zeitpunkt bestand die Arbeit hauptsächlich da drin, die Aufgaben welche der Schatzmeister ausübt, zu verstehen und diese nach zu vollziehen. Arbeiten wurden aktiv noch keine übernommen, da noch kein Bedarf bestand.

An den Sitzungen wurden jeweils verschiedene Themen behandelt und die Aufgaben des Schatzmeisters besprochen sowie Themen diskutiert wie Abläufe vereinfacht werden oder Formulare gestaltet werden, etc.

Autor

Lukas Zurschmiede, Leiter AG FIN

AG PPP

Der Anfang

Nach eine recht gute Start im Anfangsjahr Kamm nun der Rückschlag.



Die Teilnahme ist gesunken auf 3 bis 5 Personen, immer die Gleichen. Diese Beteiligung lässt vermuten, dass die Arbeit, politische Positionen fundiert auszuarbeiten, nicht sehr populär ist. Wir haben Änderungen in Moderationsstil, Frequenz und vieles mehr versucht, aber es zeichnet sich ein klares Pattern ab, wo bei der initialen Idee zu einer Position die Arbeit von 3 bis 5 Personen in Angriff genommen wird, dies aber nach 3 Wochen versandet. Beispiel: BGE.

Zum Glück waren wir in der Lage 2 Positionen an der PV in Biel mit Erfolg zu präsentieren. Ein Positionspapier wurde leider zurückgewiesen und wird nun - im Stille - bearbeitet.

Wie nun weiter?

Die Zukunft der AG Policy hat nach wie vor eine Liste von Themen in Bearbeitung. Die Treffen finden noch immer regelmässig - jeden Dienstag - auf Mummle statt. Wir gehen davon aus, dass wir an der PV im Sommer 2 Positionspapiere rechtzeitig in die Vernehmlassung gebracht haben und diese der PV vorlegen können.

Autor

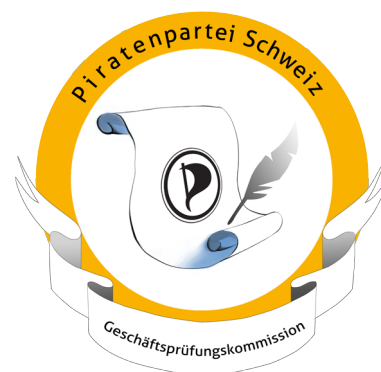
Jos Doekbrijder, Leiter AG PPP



Teil VII.

Berichte der Geschäftsprüfungskommission





Jahresbericht 2012/13

Geschäftsprüfungskommission 07.02.2013

Liebe Piraten,

Wir unterbreiten euch gestützt auf Artikel 10 der Statuten den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Vereinsjahr 2012/13 und bitten euch, davon Kenntnis zu nehmen.

Dieser Bericht enthält im ersten Kapitel eine einführenden Beschreibung der Aufgaben der GPK, sowie deren Auslegung.

Die folgenden Kapiteln beschreiben die Einschätzung der GPK zur Strategie des Präsidiums, den Ablauf beim Ausstieg aus der Transparenzinitiative „unbestechlich.ch“, die Einschätzung der Zusammenarbeit zwischen Präsidium und Geschäftsleitung, die Prüfung der Urabstimmung, der Buchführung und der Wahlkampfunterbeiträge; hierzu werden jeweils einzelne Empfehlungen an die Piratenversammlung zur Optimierung vermerkt.

7. Februar 2013

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission

Der Präsident der GPK
Stefan Thöni

Der Vizepräsident der GPK
Patrick Mächler



Die Geschäftsprüfungskommission

Aufgaben

Die statuarische Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist die Oberaufsicht über das Präsidium, die Geschäftsleitung und die Arbeitsgruppen. Das bedeutet, dass die GPK die Geschäfte, sprich die Beschlüsse und Prozesse dieser Organe nach vier Kriterien prüft: Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.

Rechtmässigkeit heisst, dass ein Geschäft die Regeln der staatlichen Gesetze sowie der Statuten und Ordnungen einhält.

Zweckmässigkeit heisst, dass das Ziel bzw. der Nutzen des Geschäfts den Vereinszweck fördert.

Wirksamkeit heisst, dass ein Geschäft den erwarteten Nutzen tatsächlich erbringen kann.

Angemessenheit heisst, dass der Nutzen in einem guten Verhältnis zu den Kosten oder dem Schaden, den das Geschäft verursacht, steht.

Da es weder sinnvoll noch wünschenswert oder machbar ist, ständig alle Geschäfte zu prüfen, trifft die GPK eine Auswahl nach folgenden Kriterien:

- Die statuarischen Vorgaben: Die Buchführung und Urabstimmung werden mindestens jährlich geprüft.
- Bei der GPK eingehende oder öffentlich geäusserte Beschwerden.
- Aufgaben, die erstmals erfüllt werden sollen.
- Aufgaben, die besonders wichtig oder fehleranfällig sind.

Ihre Erkenntnisse fasst die GPK jährlich in einem Bericht an die Piratenversammlung zusammen. Zudem publiziert sie Zwischenberichte wenn die Information für die Piraten wichtig und dringend ist oder wenn grosses Interesse besteht.

Zudem gibt die GPK der Piratenversammlung, dem Präsidium, der Geschäftsleitung und den Arbeitsgruppen Empfehlungen für Verbesserungen.

Aufsichtsbereich

Die GPK prüft die Korrektheit und Vollständigkeit der Buchführung indem sie die Oberaufsicht über die Schatzmeisterei ausübt. Zudem nimmt die GPK gemäss Finanzordnung jährlich die Revision vor.

Die GPK prüft den demokratischen und regelkonformen Ablauf von Wahlen und Abstimmungen indem sie die Oberaufsicht über die Antragskommission ausübt. Da der GPK keine wichtigen Probleme im Aufgabenbereich der Antragskommission bekannt wurden, sah sich die GPK nicht dazu veranlasst, ihre Ressourcen hier zu investieren.



Bei der Oberaufsicht über die Arbeitsgruppen legt die GPK den Fokus auf die Führung durch den Vorstand, das Präsidium und die Geschäftsleitung. Daher werden Erkenntnisse über einzelne Arbeitsgruppen nicht separat thematisiert.

Die in den Statuten geforderte Oberaufsicht über das Schiedsgericht kann die GPK nicht wahrnehmen, da diese in die Kompetenz des Obergerichts des Kantons Bern fällt. Die GPK könnte, wenn sie damit beauftragt würde, die administrative Oberaufsicht über das Piratengericht ausüben.

Die GPK übt auch die Oberaufsicht über die anderen Träger von Parteiaufgaben, sprich all jene, welche für die Piratenversammlung, den Vorstand, das Präsidium, die Geschäftsleitung direkt oder indirekt tätig werden.

Kantonale Sektionen, die mit zweckgebundenen Geldern der Piratenpartei Schweiz Wahlkämpfe, Kampagnen und dergleichen durchführen, also damit im Sinne, mit den Mitteln und im Auftrag der Piratenpartei Schweiz Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen, sind in diesem Zusammenhang andere Träger von Parteiaufgaben.

E-1 Die GPK empfiehlt der Piratenversammlung, die Statuten dahingehend zu ändern, dass die GPK die Oberaufsicht über das Piratengericht anstelle des Schiedsgerichts ausüben soll.

Organisation

Die GPK besteht aus fünf von der Piratenversammlung gewählten Piraten. Der Präsident leitet die Sitzungen und organisiert die Arbeiten. Die Vizepräsidentin übernimmt die Aufgaben des Präsidenten, wenn dieser im Ausstand oder abwesend ist.

Die GPK setzt sich aktuell wie folgt zusammen:



Stefan Thöni
Präsident



Patrick Mächler
Vizepräsident



Sara von Salis
Mitglied



Rudolf Sommer
Mitglied



Christian Tanner
Mitglied

Sitzungen und Beschlüsse

Die GPK hat seit Amtsantritt dreizehn Sitzungen abgehalten. Elf davon fanden im Mumble statt, zwei waren physische Zusammenkünfte. Zudem hat die GPK drei Umlaufbeschlüsse gefasst.



Strategie des Parteipräsidiums

Zu den Hauptaufgaben des Präsidiums gehören gemäss Statuten

- Die strategische Leitung der Piratenpartei Schweiz und die Wahrung der Parteiinteressen.
- Die Erarbeitung, Anpassung und Kommunikation einer lang- und mittelfristigen Strategie zur Erreichung der politischen Ziele der Piratenpartei.
- Die Einarbeitung der Beschlüsse der Piratenversammlung und der Urabstimmung in die Strategie.

Das Präsidium hat am 21.01.2013 auf Nachfrage der GPK das Papier „PPS-2012“ welches bereits in Visperterminen vorgestellt wurde weitgehend unverändert als Strategie für 2012 und 2013 definiert.

Da dieses Papier bereits durch die Mitglieder des Präsidiums publiziert wurde, können nachfolgend alle darin enthaltenen Aspekte im Detail diskutiert werden, ohne Nutzen der Strategie damit zu schmälern.

Das Papier wurde in Visperterminen als Initiative für 2012 vorgestellt. Der Zeitraum wurde vom Präsidium im Januar 2013 ohne Anpassungen, ohne weitere Überlegungen und ohne Begründung auf zwei Jahre ausgedehnt. Auch zwei Jahre sind bestenfalls mittel-, jedoch kaum langfristig. Die Beschränkung auf die aktuelle Amtsperiode mag zwar verständlich erscheinen, widerspricht jedoch den Statuten.

Das Papier enthält im Wesentlichen 5 politische Schwerpunkte und 7 Hauptziele. Zudem wird auf die Organisation des Vorstands und die Zusammenarbeit mit einem neu zu etablierenden Beirat und den Arbeitsgruppen, sowie auf das vorgesehene politische Sekretariat eingegangen.

Zu den 7 Hauptzielen nennt das Papier jeweils einige Unterziele, macht aber ansonsten keine Aussagen zu den nötigen Schritten und zum Zeitplan und damit zur Frage, wie die Ziele zu erreichen sind. Abgesehen vom politischen Sekretariat findet sich keine Beschreibung oder Begründung der Ziele.

Politische Schwerpunkte

Nachfolgende werden wir der Frage nachgehen, inwieweit die politischen Schwerpunkte programmatisch und medial bearbeitet wurden.

Der Themenbereich Digitalpolitik wurde 2012 programmatisch durch das Positionspapier zum Marktmodell beim Datenschutz weiterentwickelt. Medial präsent war die Piratenpartei vorwiegend in der Urheberrechtsdebatte mit den Musikschaaffenden. Dabei ist anzumerken, dass die Mitglieder des Präsidium selbst selten in medial wirksamen Diskussionen auftraten und das Feld Denis Simonet und einigen anderen Mitgliedern überliessen.

Das Thema Finanzpolitik wurde 2012 thematisch durch das Positionspapier zum Bankgeheimnis weiterentwickelt. Dazu gab es leider kaum mediales Echo.

Das Thema Sozialpolitik konnte 2012 trotz grossen Interesses der Piraten in Visperterminen kaum weiterentwickelt werden. Das Sammeln von Unterschriften für die BGE-Initiative durch einzelne Sektionen und einige Einzelpiraten erfolgte unkoordiniert und ertete kaum Medienecho.



Zur Energiepolitik wurde ein Positionspapier erarbeitet, auf dieses ist die Piratenversammlung in Biel jedoch nicht eingetreten. Auch medial konnte die Piratenpartei mit diesem Thema kaum punkten.

Das Thema Aussen- und Volkswirtschaftspolitik wurde 2012 programmatisch durch die Positionierung in der EU-Frage weiterentwickelt. Kurzfristig war die Piratenpartei dadurch auch medial Präsent.

Die Transit- und Verkehrspolitik wurde 2012 thematisch kaum weiterentwickelt und trug auch kaum zur medialen Präsenz der Piratenpartei bei.

Fazit: Das Präsidium hat es verpasst, seine Aktivitäten an den eigenen Politischen Schwerpunkten auszurichten und auf die Tätigkeiten der Basis entsprechend Einfluss zu nehmen.

Bearbeitung

Von den 53 Traktanden, die das Präsidium von April bis Dezember 2012 bearbeitet hat, waren 23 politischer Natur, d.h. betrafen politische Inhalte, deren Ausarbeitung und mediale Kommunikation sowie die Teilnahme an politischen Aktionen. Hiervon entfielen 11 auf die Digitalpolitik und je 1 auf Sozial-, Finanz- und Aussenpolitik. Zur Energie- und Verkehrspolitik wurden keine Beschlüsse gefasst.

In der Digitalpolitik wurden neben den Traktanden zum Urheberrecht vor allem die zahlreichen Traktanden zu eVoting eingeordnet. Nicht einem der Schwerpunkte zugeordnet wurden Traktanden zur Fristenregelung, zur Knabenbeschneidung und zum Asylwesen.

Ziele

Da das Präsidium wohl Ziele, aber keinen Umsetzungsplan vorgelegt hat werden wir nachfolgend vor allem auf die Zielerreichung eingehen. Dabei werden wir die Wirksamkeit der allgemein bekannten, namentlich der in den Protokollen genannten, Massnahmen prüfen.

Handlungsfähigkeit erhöhen

Es wurden keine Massnahmen zur Einrichtung eines Sekretariats ergriffen. Dies allein auf die Finanzierung abzustellen greift zu kurz, da ein Budget für das Sekretariat für das Rechnungsjahr 2012 unter Vorbehalt und für das Rechnungsjahr 2013 ohne Vorbehalt genehmigt wurde. Zudem wäre die Planung der Aufgaben und weiterer Modalitäten auch ohne Finanzmittel möglich gewesen. Dies hätte mutmasslich auch die Bereitstellung der Finanzmittel positiv beeinflussen können. Positiv anzumerken ist, dass dieses Ziel im Detail erklärt und ausführlich begründet wurde.

Es wurden verschiedene Massnahmen zur Reduktion der Reaktionszeit auf 4h dieses Ziels, namentlich die Restrukturierung der AG Public Relations, ergriffen. Diese waren aber nicht wirksam genug, so dass die Reaktionszeit für Aussen- und Pressearbeit zeitweise immer noch mehrere Tage betrug.

Die Piratenpartei hat 2012 an mehreren Kampagnen auf nationaler Ebene teilgenommen: Die BGE-Initiative, die Transparenzinitiative (unbestechlich.ch), die Kampagne gegen ACTA und die Abzocker-Initiative (Minder). Bei allen drei Kampagnen haben jeweils einige, zum Teil unterschiedliche Sektionen und Einzelpiraten Unterschriften gesammelt bzw. für unseren Standpunkt geworben. Es kann jedoch bei keiner dieser Kampagnen von einer Erreichung des Ziels der zentralen Durchführung der Kampagne seitens der Piratenpartei Schweiz die Rede sein.

Fazit: Das Präsidium hat das Ziel, die Handlungsfähigkeit zu erhöhen, nicht erreicht.



Parteiinterne Kommunikation verbessern

Das Ziel, ein monatsaktuelles Organigramm zu haben, wurde erreicht. Das Organigramm wird direkt aus der Mitgliederdatenbank aufbereitet und ist jederzeit online zu finden.

Vom April bis Dezember 2012 wurde sieben⁵ Mal die Flaschenpost versendet. Damit wurde das Ziel eines monatlichen Newsletters zu mehr als der Hälfte erreicht. Die realisierte Anteil der vom Präsidium erwarteten zehn Beschwerden pro Newsletter wurde von der GPK nicht eruiert.

Von April bis Dezember 2012 wurden in 39 Wochen in den Rubriken Communiqué und Politblog zusammen 29 Beiträge veröffentlicht. Damit wurde das Ziel, mindestens 2 Meldungen pro Woche auf der nationalen Webseite zu publizieren, nur zu gut einem Drittel erreicht.

Fazit: Die Verbesserung der Kommunikation mit den Mitgliedern wurde teilweise erreicht. Auch die Kommunikation mit den Sektionen wurde durch regelmässige Gespräche mit den Sektionspräsidenten verbessert. Leider lässt der Gesamtstand der parteiinternen Kommunikation weiter zu wünschen übrig.

Mediale Präsenz erhöhen

Das Ziel, mit mindestens einem Bericht pro Monat in nationalen Printmedien präsent zu sein, kann als erreicht betrachtet werden, auch wenn eine präzise Analyse schwierig ist. Die GPK zählte sieben Ereignisse im Zusammenhang mit der Piratenpartei, über die auflagenstarke Printmedien zum Teil mehrfach berichteten.

Das Ziel, mit mindestens einer Nachricht pro Quartal im nationalen Fernsehen erwähnt zu werden, wurde übertroffen. Die GPK zählte fünf Beiträge in Nachrichtensendungen des Schweizer Fernsehens, in denen die Piratenpartei Schweiz erwähnt wird. Zwei davon befassen sich überwiegend mit der Piratenpartei Schweiz.

Das Ziel, mit mindestens drei Nachrichten pro Quartal im Lokalfernsehen erwähnt zu werden, konnte die GPK aus Zeitgründen nicht nachprüfen. Wir gehen aber davon aus, dass dieses erreicht wurde.

Fazit: Die Ziele im Bereich der medialen Präsenz wurden insgesamt erreicht. Allerdings wurde die mediale Präsenz gegenüber 2011 nicht erhöht. Damals wurde aufgrund der Nationalratswahlen vermehrt über die Piratenpartei berichtet.

Einkünfte aus Mitgliederbeiträgen und Spenden erhöhen

Das Ziel, die Mitgliederzahl auf 2000 zu erhöhen, wurde erreicht. Ob es jedoch sinnvoll ist, die Sympathisanten, unter denen sich zahlreiche Karteileichen befinden dürften, zu zählen, sei hier dahingestellt.

Das Ziel, die durchschnittliche Zahlung eines Mitglieds zu erhöhen, kann insofern als erreicht betrachtet werden, als dass der neu gemäss Finanzordnung festgelegte Mitgliederbeitrag in den ersten Wochen des 2013 von vielen Piraten empfehlungsgemäss bezahlt wurde. Abzuwarten bleibt jedoch, wie sich dies auf die Spendenbereitschaft auswirken wird.

Das Ziel, fünf Grossspenden zu akquirieren, wurde klar verfehlt, da keine einzige Spende über 1000 Franken bei der Piratenpartei Schweiz einging.

Das Budget wurde für 2013 wie gewünscht auf über 100'000 Franken erhöht. Abzuwarten bleibt, ob dieser Betrag durch die Mitgliederbeiträge und Spenden gedeckt wird.

⁵Erratum vom 8.2.2012: Die Flaschenpost wurde im angegebenen Zeitraum sieben, nicht fünf mal versendet.



Fazit: Das Ziel, die Einkünfte aus Mitgliederbeiträgen und Spenden zu erhöhen konnte 2012 nicht erreicht werden. Für 2013 herrscht jedoch, vor allem aufgrund der neu eingeführten Finanzordnung, Grund zur Zuversicht.

Stimmenanteil erhöhen

Das Ziel, den Stimmenanteil in ähnlichen Abstimmungen um 5% gegenüber 2010 bis 2011 zu steigern bewerten wir anhand der Durchschnittswerte bei Kantonsparlamentswahlen. In 2012 wurden in Basel-Stadt 1.3%, in St. Gallen 0.73%, in der Waadt 0.53% und in Aargau 0.17% erreicht. In 2010 wurden in Bern 0.36% und in 2011 in Zürich 0.56% erreicht. Die Resultate konnten als 2012 insgesamt deutlich erhöht werden, die Steigerung beträgt jedoch nicht annähernd 5%.

Alle Kantonalen Sektionen mit mehr als 100 Mitgliedern haben zielgemäss an den kantonalen Wahlen im 2012 teilgenommen.

Im 2012 fanden nur in einer Stadt mit mehr als 50 Piraten Wahlen statt, nämlich in Bern, wo die Piraten zielgemäss teilnahmen.

Fazit: Das Ziel, den Stimmenanteil zu erhöhen, wurde 2012 teilweise erreicht. Besonders hervorzuheben ist die Teilnahmen an allen anstehenden Kantonsparlamentswahlen.

Frauenanteil erhöhen

Die Zahl der Frauen in der Piratenpartei hat sich zielgemäss auf 160 erhöht. Der Frauenanteil hat sich also vom 1.4.2012 bis 25.1.2013 von 7.3% auf 7.9% erhöht.

Über alle Wahlen 2012 hat die Piratenpartei nur zwei Frauen aufgestellt: Melina Wertnik in Aarau und Nadine Lippuner in Kleinbasel. Damit wurde das Ziel, auf jeder Liste mindestens eine Frau zu platzieren, verfehlt.

Bewertung

Die Ziele gemäss Papier wurden 2012 etwa zur Hälfte erreicht und die Schwerpunkte teilweise bearbeitet. Eine strategische Leitung durch das Präsidium, welches diese Ziele aktiv verfolgt hätte, war jedoch kaum erkennbar.

Das Papier ist keine mittel- und langfristige Strategie, wie sie von den Statuten gefordert wird. Dazu fehlt es an der Langfristigkeit, an einem Umsetzungs- und Zeitplan. Auch wurde grösstenteils weder Begründet, noch Priorisiert.

Die folgenden Beschlüsse der Piratenversammlungen und Urabstimmungen wurden ebenfalls nicht in der neuen Version der Strategie berücksichtigt:

- Fokus auf Kernthemen
- Unterstützung der BGE-Initiative
- Unterstützung der überparteilichen Resolution gegen die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“
- Unterstützung des Referendums gegen das Asylgesetz



Die Strategie wurde ausserdem nicht bzw. zu spät kommuniziert. Die Geschäftsleitung kannte die Strategie am 24.1.2013 nicht.

Die GPK rügt daher die insgesamt mangelhafte Aufgabenerfüllung des Präsidiums im Bezug auf die Strategie.

Empfehlungen

E-2	Die GPK empfiehlt der Piratenversammlung, das Präsidium für seine politische Arbeit zu entlasten.
-----	---

E-3	Die GPK empfiehlt der Piratenversammlung, dem Präsidium den Auftrag zu erteilen, bis zum 15.05.2013 eine neue Strategie zu erarbeiten und, soweit politisch opportun, zu kommunizieren.
-----	---

E-4	Die GPK empfiehlt dem Präsidium, die Geschäftsleitung umfassend über die Strategie zu informieren und mit ihr die Umsetzung zu koordinieren.
-----	--

E-5	Die GPK empfiehlt dem Präsidium, den ihm unterstellten Arbeitsgruppen messbare, erreichbare und terminierte Ziele und Vorgaben zur Umsetzung der Strategie zu setzen und deren Erreichung regelmässig zu prüfen.
-----	--



Ausstieg aus der Transparenzinitiative

Zur Aufgaben der GPK gehört unter anderem die Aufsicht über das Präsidium und dessen Kommunikation mit der Basis.

Verlauf

Im Januar 2011 beschloss der damalige Vorstand den Beitritt zur eidgenössischen Volksinitiative für die Offenlegung der Politiker-Einkünfte von unbestechlich.ch, auch Transparenz-Initiative genannt per Umlaufbeschluss. Diese Zusammenarbeit führte zu einer gewissen medialen Aufmerksamkeit und zu Unterschriftensammlungen durch Piraten. Ende 2012 wurde klar, dass die Ziele für die Unterschriften nur mit erheblichem Aufwand erreicht werden konnten. In der Präsidiumssitzung vom 09.10.2012 wurde, nachdem 2 Umlaufbeschlüsse gescheitert waren, mit 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen der Austritt im Rahmen der Motion #3799 einstimmig angenommen. Nachdem das Präsidium den Austritt beschlossen hatte, machte ein Pirat das Präsidium darauf aufmerksam, dass dies der Basis noch nicht kommuniziert worden war. Daraufhin bat die GPK die Vorstandsmitglieder, sowie die in die Initiative involvierten Mitglieder um Informationen zum Fall.

Kommunikation

Am 18. September 2012 wurde das wahrscheinliche Ende der Transparenzinitiative diskutiert. Denis Simonet, Mitglied des Initiativkomitees, wies in diesem Rahmen darauf hin, dass der Stop des aktiven Sammelns intern kommuniziert werden sollte. Es wurde beschlossen das Thema dem Gesamtvorstand vorzulegen. Nach dem Austritt aus der Transparenzinitiative durch das Präsidium, und dem Entschluss dies in den geeigneten Kanälen zu kommunizieren, wurde auf der Facebookseite der Piraten Partei Schweiz weiterhin für Unterstützung und Geldspenden geworben, durch eine Person ausserhalb des Präsidiums. Dieses wurde darauf aufmerksam gemacht. Dies führte dazu, dass einige Mitglieder trotz Austritt noch wertvolle Zeit investierten, um Unterschriften zu sammeln. Am 12.10.12 wurde in der Präsidiumssitzung bekannt gegeben, dass der Entscheid in der nächsten Flaschenpost veröffentlicht werde und man das Initiativkomitee zu informieren, was am 23.10.12 auch so geschah. Am 16.10.12 bat ein Pirat den Vorstand um weitere Informationen, um den Austritt in der Flaschenpost, für die Mitglieder, zu thematisieren. Dies wurde in der Flaschenpost vom November 2012 auch getan und das Präsidium hat sich ebenfalls für die schlechte Kommunikation entschuldigt.

Fazit: Es dauerte 2 Monate bis der Stand der Initiative und das nicht-erreichen der Unterschriftenziele den Mitgliedern gegenüber kommuniziert wurde und 1 Monat, bis der Austritt kommuniziert wurde. Es ist davon auszugehen, dass damit viel Zeit und Ressourcen der Mitglieder verschwendet wurden. Dies könnte zu einer sinkenden Beteiligungen an politischen Aktionen führen, was zu bedauern wäre. Ebenfalls wurde das neue Projekt, das auf breiterer Basis aufgebaut ist, nicht kommuniziert.



Empfehlungen

E-6	Die GPK empfiehlt dem Präsidium, die Mitglieder und Sektionen bei wichtigen Beschlüssen umgehend zu informieren.
-----	--

E-7	Die GPK empfiehlt dem Präsidium, politische Entschlüsse und allfällige Absichten, die in den Kernbereich fallen, und deren Begründungen, ausführlicher zu kommunizieren, da eine informiertere Basis sich besser und rascher engagieren kann.
-----	---



Abläufe des Vorstands

Der Vorstand setzt sich aus Präsidium und Geschäftsleitung zusammen und umfasst 10 Mitglieder.

Die Aufteilung des Vorstands in ein Präsidium und eine Geschäftsleitung wurde anlässlich der ordentlichen Piratenversammlung im Frühjahr 2012 vorgenommen.

Ziel der Aufgabenaufteilung war in erster Linie persönliche Kompetenzen jeweils auf verschiedene Gremien zu konzentrieren.

Das Präsidium setzt sich aus einem/einer PräsidentIn und vier Vizepräsidentierenden zusammen.

Die GPK prüfte beim Präsidium in erster Linie die Strategie, welche im entsprechenden Kapitel eingehend besprochen wird.

Die Geschäftsleitung setzt sich aus Geschäftsleiter, Aktuar, Registrar, Schatzmeister und Koordinator zusammen, welche bereits statuarisch jeweils spezifische zentrale Aufgabenbereiche zugewiesen haben.

Einzelne durch die GPK geprüfte Bereiche (Buchhaltung und Urabstimmung) werden in separaten Kapiteln dargestellt.

Aufgabendelegation

Den **Mitgliedern des Vorstands** ist die Delegation ihrer Aufgaben grundsätzlich erlaubt, sofern die jeweiligen Mitglieder Verantwortung dafür tragen, dass die Aufgaben tatsächlich erfüllt werden.

Der **Geschäftsleitung** ist dies insbesondere durch geeigneten Einsatz von Arbeitsgruppen möglich.

Dem **Präsidium** ist die Delegation strategisch-politischer Aufgaben durch Ernennung politischer Koordinatoren für Sachbereiche möglich.

Insgesamt war in diesem Vereinsjahr ersichtlich, dass weder Präsidium noch Geschäftsleitung gegenüber dem Vorjahr die Delegierung von Aufgaben erhöht haben, sondern in erster Linie die bestehenden Delegationstrukturen beibehielten.

Wie stark Delegationsregeln eingesetzt werden sollen benötigt eine situativ differenzierte Betrachtung.

Kurzfristig mag es aufgrund von Mangel kompetenter Personen opportun erscheinen Aufgaben eher nicht zu delegieren.

Langfristig muss jedoch wegen der aus dem Zuwachs an Mitgliedern resultierenden zunehmenden Komplexität eine stärkere Delegation an geeigneten Stellen erfolgen. Dadurch werden gewählte Amtsträger nicht zu überlastet und Kompetenzen können auf viele Schultern verteilt werden. Daraus resultieren weniger negative Auswirkungen beim Ausfall von Einzelpersonen.



Aufgabenteilung

Das Präsidium nimmt in erster Linie strategische, politische und repräsentative Aufgaben wahr.

Die Geschäftsleitung hingegen ist im Allgemeinen für den operativen Betrieb zuständig (Art. 9ter Abs. 10 und Abs. 11 der Statuten)

Durch eingehende Betrachtung der Protokolle und Geschäfte hebt die GPK folgende Punkte hervor:

A) In diesem Vereinsjahr haben die Mitglieder des Präsidiums sehr viel operative Aufgaben übernommen.

Dies ist insofern problematisch, da hierdurch die dem Präsidium eigentlich zugetragenen Aufgaben in den Hintergrund rücken. Wenn ein Mangel an kompetenten Personen vorliegt, ist besonderes Gewicht auf die Behebung dieser Situation zu legen, dazu gehört auch die Erhöhung der Delegation operativer Bereiche an die Geschäftsleitung (vgl. oben).

B) Der Vorstand als Gesamtgremium dient nach Art. 9 der Statuten lediglich dazu umstrittene Zuständigkeiten zwischen Präsidium und Geschäftsleitung zu klären⁶.

Im Weiteren können Geschäftsleitung oder Präsidium nach Art. 9 Abs. 6 ein Konsultationsrecht gegenüber Entscheiden des jeweils anderen Organs geltend machen, die sinnvollerweise in diesem Gremium besprochen werden; die Traktandierung kann hier natürlich bei umstrittener Zuständigkeit auch proaktiv durch das erstbehandelnde Organ erfolgen. In diesem Vereinsjahr wurden allerdings sehr viele Geschäfte im Vorstand besprochen, bei denen ausser Frage stand, dass sie klar in den Zuständigkeitsbereich eines Organs fallen. Dadurch nimmt die Entscheidungsfreudigkeit der einzelnen Organe ab und im Vergleich zum vorangegangenen Vereinsjahr werden doppelt so viele Personen für eine Sitzung in Anspruch genommen.

Empfehlungen

Aufgrund der vorangegangenen Betrachtungen erachtet es die GPK als wichtig, die Delegation und Aufgabenteilung in den Organen Vorstand, Präsidium und Geschäftsleitung langfristig zu erhöhen. Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen

E-8 Die GPK empfiehlt der Geschäftsleitung und dem Präsidium ein stärkeres Gewicht auf die Delegationsstrukturen und das Erarbeiten von Strategien zur breiten Kompetenzaneignung zu setzen.

E-9 Die GPK empfiehlt der Geschäftsleitung und dem Präsidium möglichst alle Entscheide im Zuständigkeitsbereich des vorgesehenen Gremiums zu treffen und stärker aufgrund des Konsultationsrechts zu arbeiten. Sofern eine gute Struktur zur kompakten Kommunikation relevanter Entscheide von Organ A zu Organ B besteht sollten sich daraus keine eskalierenden Konflikte anbahnen, dafür eine Zeitersparnis.

E-10 Die GPK empfiehlt dem Vorstand Zuständigkeitsbereiche tendenziell nur einem der Organe im Geschäftsreglement zuzustehen (Konsultationsrecht vorbehalten).

⁶vorbehalten sind die Entscheide nach Art. 4 Abs. 4, Art. 5 bzw. Art. 16 Abs. 2 Lit. a, Art. 8 Abs. 3, Art. 11 Abs. 4, Art. 14 Abs. 4, Art. 17bis, Art. 17ter, Art. 20, Art. 21, welche aber auch im Geschäftsreglement aus naheliegenden Gründen an eines der beiden Gremien delegiert werden können oder Ausnahmefälle darstellen.



- | | |
|------|---|
| E-11 | Die GPK empfiehlt dem Vorstand den Mitgliedern stärker zu kommunizieren für welche Anfragen dieses Organ zuständig ist und bei unnötig an den Vorstand platzierten Anfragen und Anträgen explizit darauf hinzuweisen. |
|------|---|



Urabstimmung

Die GPK hat den statuarischen Auftrag, die ordnungsgemässe Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zu prüfen.

Fehler in der ersten Hälfte des Vereinsjahres

Zwischen April und September 2012 sind dem Registrar zwei Fehler im Zusammenhang mit den Zertifikaten der Urabstimmung unterlaufen.

Der erste Fehler bestand darin, einem vom Abstimmungskontrollorgan nicht gewählten Piraten ein Zertifikat als Notar der Piratenpartei auszustellen.

Der zweite Fehler bestand darin, das Zertifikat eines Piraten für die kantonale Urabstimmung, nicht zu widerrufen, nachdem dieser die Sektion gewechselt hatte. Der betroffene Pirat hatte zwar den Sektionswechsel direkt dem Registrar gemeldet, allerdings sein Zertifikat für die kantonale Urabstimmung nicht erwähnt.

Beide Vorfälle lösten aufgrund der allzu scharfen Strafbestimmungen der Urabstimmungsordnung grössere Unruhe aus. Die GPK hat sich daher, nachdem die Vorfälle bekannt, wurden mit der Geschäftsleitung beraten und letztere hat danach beschlossen, aufgrund der geringen Schuld des Registrars keine weiteren Schritte einzuleiten.

Im Rückblick hätte der zweite Vorfall für den Registrar und die GPK ein Hinweis auf die Prozessprobleme sein müssen. Diese wurden, wie nachfolgend beschrieben, im Rahmen einer Routinekontrolle aufgedeckt.

Urabstimmungsordnung

In der Folge wurde an der Piratenversammlung in Biel eine neue Urabstimmungsordnung angenommen, deren Strafbestimmungen nun angemessen sind.

Mehr zur neuen Urabstimmung kann dem Bericht der Antragskommission entnommen werden.

Fehlender Widerruf von Zertifikaten

Im Zuge einer Routinekontrolle der Zertifizierungsstelle der Urabstimmung der Piratenpartei Schweiz hat die GPK festgestellt, dass mehrere Personen am Jahresende 2012 über gültige Zertifikate für die Urabstimmung verfügten, obschon sie den Mitgliederbeitrag 2012 nicht bezahlt hatten. Eine dieser Personen hat an drei Abstimmungen teilgenommen. Zudem haben drei Personen abgestimmt bevor sie den Mitgliederbeitrag 2012 beglichen hatten.

Keines der Abstimmungsergebnisse ist dergestalt, dass sich die Entscheidung aufgrund des Wegfalls der unrichtigen Stimmen ändern könnte.



Das Quorum der Abstimmung *Referendum Asylgesetz*, welche am 10.12.2012 begann, wäre jedoch erreicht, wenn die unrichtigerweise gültigen Zertifikate herausgerechnet werden.

Für weitere Details, sowie abgegebene Empfehlungen, verweisen wir auf unseren Bericht⁷ zu dieser Angelegenheit.

⁷Bericht der Geschäftsprüfungskommission über Unregelmässigkeiten in Urabstimmungen vom 07.01.2012



Schatzmeisterei

Eine weitere statuarische Aufgabe der GPK ist die Prüfung der Buchführung.

Entwicklung der Buchführung

Ausgangslage

An der letzten ordentlichen Piratenversammlung am 2. und 3. März 2012 hat Pascal Vizeli als Schatzmeister der Piratenpartei Schweiz per sofort demissioniert, er war an der Versammlung nur sehr kurz anwesend. Die Akkreditierung und das Inkasso der Beträge für Mitgliederbeitrag, Essen und Getränke wurden von mehreren Personen besorgt. An der gleichen Piratenversammlung wurde Lukas Zurschmiede als neuer Schatzmeister der Piratenpartei Schweiz gewählt. Er übernahm das Amt sofort nach der Piratenversammlung.

Bemerkungen der GPK

Die GPK verzichtet darauf, in diesem Bericht detailliert festzuhalten, wie und wann die Übernahme der Bargeldkassen und der Buchführung mit den dazu gehörenden Unterlagen geschah. Das ist Sache des Schatzmeisters.

Allerdings merkt die GPK an, dass die Akkreditierung und das Inkasso der Beiträge anlässlich der Piratenversammlung in Visperterminen sehr schlecht durchgeführt wurden und die Übergabe der noch fehlenden Unterlagen und der Bargeldkassen erst am 15. September 2012 erfolgte. Der neu gewählte Schatzmeister musste sich unter sehr schwierigen Verhältnissen in seine Aufgabe einarbeiten.

Verbessert werden müssen bei der Buchführung namentlich die Aufschlüsselung der Beitragszahlungen und die Verbuchung der Passiva.

Revision

Datum:	Samstag, 05. Januar 2013 13:15 Uhr bis ca. 16:15 Uhr
Ort:	Mühle, 9506 Lommis (Domizil des Schatzmeisters der Piratenpartei Schweiz)
Wer:	Die Prüfung erfolgte durch die Vertreter der GPK: Stefan Thöni, Patrick Mächler und Rudolf Sommer
Grundlagen:	Statuten PPS Art. 10 Abs. 1bis lit. a und Abs. 1ter lit. a



Vorgehen

Bargeld: Der vorhandene Bestand an Bargeld wurde von Patrick Mächler und Rudolf Sommer unabhängig voneinander gezählt. Der Kassenbestand wurde mit der Buchhaltung verglichen.

Buchungen und Belege: Aufgrund der grossen Zahl wurden die Buchungen stichprobenweise darauf kontrolliert, dass richtige Konti und der richtige Betrag angegeben, die Belege vorhanden, und die Überweisung dokumentiert war.

Ergebnis der Prüfung:

Bargeld: Die Ergebnisse der beiden Zählungen stimmten überein. Der Bestand der CHF-Kasse stimmte nicht mit den Buchungen überein, in der Kasse war der Bestand CHF 290.90 zu hoch.

Buchungen und Belege: Belege und Buchungen stimmten meistens überein.

Festgestellte Mängel:

Buchung vom 04.06.2012: Mahnung der Firma Hetzner Online AG, Serverhosting, vom 20.03.2012 über EUR 259.66 = CHF 316.19 ohne Rechnung und Quittung. Erklärung: Wegen der Verzögerung für den Zugang zum Postkonto für den neuen Schatzmeister wurde der Betrag durch Pascal Gloor, der die Berechtigung für das Postkonto hatte, überwiesen.

Buchung vom 14.06.2012: Spesen an Charly Pache, Internationaler Koordinator für die PPI Konferenz in Prag über CHF 499.40; Abrechnung ohne Belege.

Buchung vom 09.07.2012: Firma Altron AG, Serverhardware, CHF 4586.80, Rechnung nicht vorhanden, nur Einzahlungsschein. Keine Inventur durch den Schatzmeister gemacht. Die Server sind in der Buchhaltung nicht aktiviert.

Generell: Vorauszahlungen und Bargeldkasse werden nicht richtig verbucht. Zudem wurde einer Buchung festgestellt, dass Beträge nicht auf die richtigen Konti verbucht wurden.

Abrechnung der Mitgliederbeiträge

Im Zuge der Bearbeitung einer Beschwerde der Piratenpartei Freiburg hat die GPK festgestellt, dass die den Sektionen übermittelten Abrechnungen zu wenig detailliert waren und daher zu Missverständnissen geführt haben. Zudem gestalteten sich die Untersuchungen der GPK dazu schwierig, weil aus der Buchhaltung die Anteile der Sektionen an den Mitgliederbeiträge nicht hervorgingen.

Empfehlungen

E-12	Die GPK empfiehlt der Piratenversammlung, die Rechnung 2012 der Piratenpartei Schweiz anzunehmen und den Schatzmeister zu entlasten.
------	--

E-13	Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, die beiden erworbenen Server, als Eigentum der Piratenpartei Schweiz in der Buchhaltung zu aktivieren und einen Abschreibungsmodus festzulegen.
------	--



E-14 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, den Umgang mit der Vorschüssen wie folgt zu ändern:

- Damit die finanzielle Situation der Partei transparent dargestellt wird, sollen Vorauszahlungen als Forderungen gebucht werden, unabhängig davon ob die Zahlung in bar oder per Überweisung erfolgt.
- Vom Empfänger ist eine Quittung zu unterschreiben, auf welcher Datum, Betrag und Zweck vermerkt sind.
- Bei der Verrechnung oder nur teilweisen Rückzahlung des Vorschusses/der Vorauszahlung ist durch den Empfänger des Geldes eine detaillierte Abrechnung des verwendeten Betrages zu erstellen, die entsprechenden Belege sind beizulegen.

E-15 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, für jede Bargeldkasse ein ordentliches Kassabuch zu führen.

Obschon die Buchführung, mit Ausnahme des Kassenbestandes, akzeptabel war, gibt die GPK zur Sicherstellung von Nachverfolgbarkeit und Transparenz folgende Empfehlungen ab:

E-16 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, für Veranstaltungen der Piratenpartei, namentlich für Piratenversammlungen, Kongresse, vom Veranstalter separate Abrechnungen, auf denen die einzelnen Ausgaben und Einnahmen aufgeführt sind, sowie vollständige Belege zu verlangen.

E-17 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, in den Büchern bei Spenden die Namen der Spender anzugeben.

E-18 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, in den Büchern die Rechnungsnummern und die Namen der Kreditoren anzugeben.

E-19 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, Kassenzettel zukünftig kopiert oder eingescannt zu verlangen, damit diese Belege auch in 10 Jahren noch gelesen werden können.

Aufgrund der Missverständnisse bei der Abrechnung der Mitgliederbeiträge hat die GPK zudem folgende Empfehlungen abgegeben:

E-20 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, allen Sektionen bis 31.1.2013 eine vollständige Abrechnung der Mitgliederbeiträge, inklusive Mitgliederzahlen, und Spenden, inklusive Quellen, für 2012 zukommen zu lassen.

E-21 Die GPK empfiehlt dem Schatzmeister, zukünftig für alle Sektionen ein eigenes Passivkonto (Verbindlichkeiten gegenüber der Sektion) für die entsprechenden Anteile der Mitgliederbeiträge sowie Spenden zu führen.



Wahlkampfunterstützung

Folgerichtig prüft die GPK die Verwendung von Geldern der Piratenpartei Schweiz durch Kantonale Sektionen. Aus Ressourcengründen erfolgt die Prüfung stichprobenweise. Im Jahr 2012 hat die GPK die Verwendung von zwei der vier Wahlkampfbeiträge kontrolliert.

Kantonsratswahl St. Gallen

Die Piratenpartei St. Gallen und beide Appenzell (SGARAI) hat für den Wahlkampf 2012 CHF 2000.00 von der Piratenpartei Schweiz erhalten. Die GPK hatte zu prüfen, ob dieser Betrag für den vorgesehenen Zweck, rechtmässig, zweckmässig, wirksam und angemessen eingesetzt worden ist.

Die Kontrolle erfolgte im Auftrag der GPK durch deren Mitglied Rüedu Sommer am 03. November 2011 in St. Gallen. Anwesend war Martin Heeb, Schatzmeister der Sektion SGARAI.

Die Kontrolle ergab, dass der Betrag erst nach Beendigung des Wahlkampfes ausgeschüttet wurde. Der Betrag wurde ausgegeben für 2550 Flyer „Transparenz“ und 2900 Flyer „Medienkompetenz“. Die Gesamtkosten für diese Flyer betrugen CHF 2035.30.

Dem GPK-Vertreter wurden sämtliche Belege vorgelegt (Buchungsbelege aus GnuCash, Rechnung der Druckerei, Vergütungsauftrag an die Bank, Bankauszug).

Aus den Belegen geht hervor, dass der von der Piratenpartei zur Verfügung gestellte Betrag korrekt verbucht und für den vorgesehenen Zweck eingesetzt wurde.



Kantonsratswahl Basel-Stadt

Die Piratenpartei beider Basel hat von der Piratenpartei Schweiz zweckgebunden für den Grossratswahlkampf 8'000 Franken erhalten. Der Betrag wurde in zwei Tranchen überwiesen:

1. Tranche über CHF 3'000 am 10.07.2012
2. Tranche über CHF 5'000 am 19.09.2012

Da es sich um einen grossen Betrag handelt, hat die GPK geprüft, ob die Gelder rechtmässig, zweckmässig, wirksam und angemessen eingesetzt wurden. Die Prüfung wurde durch das GPK Mitglied Christian Tanner am 11.01.2013 in Basel durchgeführt. Von der Piratenpartei beider Basel war die Schatzmeisterin Barbara Seiler anwesend. Bei der Prüfung wurde dem GPK Mitglied eine Aufstellung der Ausgaben zur Verfügung gestellt. Diese beinhaltete detaillierte Belege zu allen Posten. Die grössten Posten waren:

1. CHF 1722.75 (EUR 1'429.19) für 2'450 Kugelschreiber mit Piratenlogo
2. CHF 1479.85 für Printwerbung (Zeitungen)
3. CHF 1316.-- für Kinowerbung

Weitere Beträge wurden für Fotos, einen Film, Online Werbung und Fahnen ausgegeben.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass für alle Ausgaben Belege vorhanden sind und dass die durch die Piratenpartei Schweiz zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel rechtmässig, zweckmässig, wirksam und angemessen eingesetzt wurden. Das erreichte Resultat von 1.3% Stimmenanteil war das höchste, das die Piratenpartei 2012 vorweisen kann und rechtfertigt somit den Entscheid des Präsidiums, bei den Basler Grossratswahlen einen finanziellen Schwerpunkt zu setzen. Hingegen ist nicht nachvollziehbar, wieso das Präsidium sein Engagement im chancenreichsten Wahlkampf der Schweiz auf eine finanzielle Beteiligung beschränkt hat.

Der grössten Ausgabenposten waren die Kugelschreiber, welche aus Deutschland importiert wurden. Nach den Erkenntnissen der GPK wurde die dafür fällige Einfuhrsteuer nicht abgeführt. Dafür rügt die GPK den Vorstand der Piratenpartei beider Basel.

Empfehlungen

- | | |
|------|---|
| E-22 | Die GPK empfiehlt dem Präsidium, sich künftig auch bei Kantonalen Wahlen, bei welchen Chancen auf gute Resultate bestehen, aktives, nationales Engagement und Beteiligung gezielter zu fördern. |
|------|---|



Unregelmässigkeiten in Urabstimmungen

Im Zuge einer Routinekontrolle der Zertifizierungsstelle der Urabstimmung der Piratenpartei Schweiz hat die GPK festgestellt, dass mehrere Personen am Jahresende 2012 über gültige Zertifikate für die Urabstimmung verfügten, obschon sie den Mitgliederbeitrag 2012 nicht bezahlt hatten. Eine dieser Personen hat an drei Abstimmungen teilgenommen. Zudem haben drei Personen abgestimmt bevor sie den Mitgliederbeitrag 2012 beglichen hatten.

Keines der Abstimmungsergebnisse ist dergestalt, dass sich die Entscheidung aufgrund des Wegfalls der unrichtigen Stimmen ändern könnte.

Das Quorum der Abstimmung *Referendum Asylgesetz*, welche am 10.12.2012 begann, wäre jedoch erreicht, wenn die unrichtigerweise gültigen Zertifikate herausgerechnet werden.

Entdeckung

Am 21.12.2012 hat die GPK, vertreten durch Christian Tanner und Stefan Thöni, bei Florian Mauchle, Registrar der Piratenpartei Schweiz, eine Routinekontrolle der Zertifizierungsstelle vorgenommen. Dabei wurde eine Stichprobe von 27 Zertifikaten, die seit 01.03.2012 neu erstellt oder verwendet wurden, geprüft. Es wurde untersucht, ob der Zertifizierungsprozess korrekt abgelaufen war, namentlich ob die nötigen Unterschriften der berechtigten Personen vorlagen. Zusätzlich wurden die Namen der geprüften Personen zur Prüfung ihres Zahlungsstatus festgehalten.

Diese Prüfung des Zahlungsstatus erfolgte am 28.12.2012 durch Stefan Thöni gegen die Buchhaltungsdatenbank der Piratenpartei Schweiz. Dabei wurde entdeckt, dass mehrere Personen, die zu diesem Zeitpunkt über ein gültiges Zertifikat verfügten, ihren Mitgliederbeitrag für das Jahr 2012 nicht entrichtet hatten.

Stefan Thöni machte am darauffolgenden Tag zunächst die GPK auf diesen Umstand aufmerksam und forderte vom Kassier Lukas Zurschmiede die Prüfung des Zahlungsstatus der 27 Personen an. Dieser bestätigte, dass 7 der 27 Personen ihren Mitgliederbeitrag 2012 nicht bezahlt hatten. Ein Zertifikat war bereits am 03.03.2012 infolge Austritts der betreffenden Person widerrufen worden.

Am gleichen Tag informierte Stefan Thöni den Vorstand und die Antragskommission über die Vorkommnisse und vereinbarte mit Florian Mauchle, dass dieser die Daten zur vollständigen Prüfung des Zahlungsstatus aller Personen mit gültigem Zertifikat liefern würde. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nun vor und wird im Folgenden erläutert.

Fakten

Von den 108 am 21.12.2012 gültigen Zertifikaten waren 16 unrichtigerweise gültig, da die entsprechende Person den Mitgliederbeitrag 2012 bis zu diesem Zeitpunkt nicht bezahlt hatte.

Zusätzlich stellte sich heraus, dass das in der Buchhaltung erfasste Zahlungsdatum bei Personen, welche ihren Mitgliederbeitrag an Piratenversammlungen von Kantonalen Sektionen beglichen hatten, dem Transferdatum



von der Sektionskasse zur Kasse der Piratenpartei Schweiz entspricht, was zwar buchhalterisch korrekt, aber für die Stimmrechtsfrage nicht zweckdienlich ist.

Zertifikate

Folgende Zertifikate waren am 21.12.2012 unrichtigerweise gültig, da die Inhaber den Mitgliederbeitrag 2012 nicht bezahlt haben:

- Id: A _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: A _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: B _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: B _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: C _____ - ____ - _____ - _____
Inhaberin: C _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: D _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: D _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: E _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: E _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: F _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: F _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: G _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: G _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: H _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: H _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: I _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: I _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: J _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: J _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: K _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: K _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: L _____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: L _____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt



- Id: M_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: M_____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: N_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: N_____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt
- Id: O_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: O_____
Benutzt am __.08.2012 in der Abstimmung *Schutz vor Passivrauchen*
Benutzt am __.08.2012 in der Abstimmung *Jugendmusikförderung*
Benutzt am __.11.2012 in der Abstimmung *Referendum Asylgesetz*
- Id: P_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: P_____
Seit 01.03.2012 nicht benutzt

Folgende Zertifikate sind richtigerweise gültig, da der Mitgliederbeitrag 2012 bezahlt wurde. Sie wurden jedoch vor der Bezahlung zum Abstimmen eingesetzt.

- Id: Q_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: Q_____
Datum in der Buchhaltung: 03.07.2012
Effektives Bezahldatum: 03.07.2012
Benutzt am 12.05.2012 in der Abstimmung *10 Jahre Fristenregelung*
- Id: R_____ - ____ - _____ - _____
Inhaberin: R_____
Datum in der Buchhaltung: 09.06.2012
Effektives Bezahldatum: 09.06.2012, Piratenversammlung
Benutzt am 10.05.2012 in der Abstimmung *10 Jahre Fristenregelung*

Das folgende Zertifikat ist richtigerweise gültig, da der Mitgliederbeitrag 2012 rechtzeitig bezahlt wurde, das in der Buchhaltung genannte Datum ist jedoch nicht das Bezahldatum.

- Id: S_____ - ____ - _____ - _____
Inhaber: S_____
Datum in der Buchhaltung: 09.07.2012
Effektives Bezahldatum: 08.02.2012, Piratenversammlung Zentralschweiz
Benutzt am 09.05.2012 in der Abstimmung *10 Jahre Fristenregelung*

Abstimmungen

Die Ergebnisse sämtlicher Abstimmungen im seit 01.03.2012 und die Auswirkungen der Unregelmässigkeiten sind wie folgt:

- Id: 2178a267-5a17-4973-998d-62a02791bc98
Titel: 10 Jahre Fristenregelung
Beginn: 09.05.2012
Total Stimmen: 27
Unrichtige Stimmen: 2
Unrichtiges Quorum: 20 (100 gültige Zertifikate)



Korrektes Quorum: 17 (82 gültige Zertifikate)

Unrichtiges Ergebnis Frage 1: 24 / 3 / 0

Unrichtiges Ergebnis Frage 2: 2 / 25 / 0

Unrichtiges Ergebnis Frage 3: 17 / 7 / 3

- Id: a81b838d-21c6-4464-baf9-9817d50bf979
Titel: Schutz vor Passivrauchen
Beginn: 22.08.2012
Total Stimmen: 38
Unrichtige Stimmen: 1
Unrichtiges Quorum: 22 (108 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 19 (92 gültige Zertifikate)
Unrichtiges Ergebnis Frage 1: 15 / 22 / 1
Unrichtiges Ergebnis Frage 2: 28 / 7 / 3
- Id: e39d4a94-b1e6-49f9-8380-8d55803e43a7
Titel: Jugendmusikförderung
Beginn: 22.08.2012
Total Stimmen: 36
Unrichtige Stimmen: 1
Unrichtiges Quorum: 22 (108 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 19 (92 gültige Zertifikate)
Unrichtiges Ergebnis Frage 1: 15 / 20 / 1
Unrichtiges Ergebnis Frage 2: 22 / 9 / 5
- Id: 69089668-cb5c-4330-b5fd-fbf8b5e0696f
Titel: Beschneidung
Beginn: 08.09.2012
Total Stimmen: 32
Unrichtige Stimmen: 0
Unrichtiges Quorum: 22 (107 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 19 (91 gültige Zertifikate)
Ergebnis Frage 1: 8 / 11 / 3
Ergebnis Frage 2: 13 / 9 / 10
Ergebnis Frage 3: 14 / 13 / 5
- Id: 4cfbf0da-a092-4d47-80b3-11a4fc9c09f5
Titel: Beschneidung (Korrektur Frage 2)
Beginn: 09.09.2012
Total Stimmen: 31
Unrichtige Stimmen: 0
Unrichtiges Quorum: 22 (107 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 19 (91 gültige Zertifikate)
Ergebnis Frage 1: 9 / 13 / 5 / 4
- Id: 18dc5cec-b075-46c3-aa15-6d888f59aa2b
Titel: Asylgesetz
Beginn: 09.11.2012
Total Stimmen: 33
Unrichtige Stimmen: 1
Unrichtiges Quorum: 22 (106 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 18 (90 gültige Zertifikate)
Unrichtiges Ergebnis Frage 1: 6 / 25 / 1
Unrichtiges Ergebnis Frage 2: 23 / 6 / 3



- Id: 010c1810-cdcb-4367-bd73-0a1b0743d06f
Titel: Referendum Asylgesetz
Beginn: 10.12.2012
Total Stimmen: 19
Unrichtige Stimmen: 0
Unrichtiges Quorum: 22 (106 gültige Zertifikate)
Korrektes Quorum: 18 (90 gültige Zertifikate)
Ergebnis Frage 1: 14 / 5 / 0

Damit ist die einzige Auswirkung auf ein Ergebnis, dass bei der Abstimmung Referendum Asylgesetz das Quorum richtigerweise erreicht wäre. Kantonale Urabstimmungen sind weder im Resultat noch im Quorum betroffen.

Bewertung

Der Widerruf von Zertifikaten war in der Urabstimmungsordnung, welche am 05.03.2012 in Kraft trat, festgeschrieben, allerdings nur für kompromittierte Zertifikate und solche von Personen, die aus der Piratenpartei ausgetreten sind (Art. 4 Abs. 4).

Diese Regelung wird jedoch vom übergeordneten Recht der Statuten ergänzt. Diese spezifizierten am 01.04.2012, dass Piraten, welche mit mehr als 60 Tagen mit dem Mitgliederbeitrag im Rückstand sind automatisch zum Sympathisanten werden (Art. 18 Abs. 5) und dass die Sympathisanten kein Stimmrecht haben (Art. 13 Abs. 2).

Die neue Urabstimmungsordnung, welche am 01.12.2012 in Kraft trat, spezifiziert denn auch klarerweise, dass die Zertifizierungsstelle kompromittierte Zertifikate und solche von Personen, die in der entsprechenden Gebietspartei nicht mehr stimmberechtigt sind, widerruft (Art. 6 Abs. 7) und dass Zertifikate von Personen, die vorübergehend kein Stimmrecht haben, zwischenzeitlich deaktiviert werden (Art. 6 Abs. 8).

Somit sollte es bereits am 01.04.2012 klar und erkennbar gewesen sein, dass die Zertifikate von Personen, welche den Mitgliederbeitrag nicht bezahlen, zu widerrufen gewesen wären.

Die Wichtigkeit dieses fehlenden Prozesses ergibt sich aus den Auswirkungen auf Abstimmungsergebnisse und damit letztendlich auf die politische Ausrichtung der Partei.

Die Situation wurde auch Teilweise durch Probleme in der Schatzmeisterei verursacht, namentlich durch vermisste Unterlagen, die sehr spät versendeten Zahlungserinnerungen und Zahlungsstatus in der Mitgliederdatenbank, der 2012 nicht aktuell war.

Die Kommunikation zwischen dem Registrar, dessen statuarische Aufgabe sowohl die Pflege der Mitgliederdatenbank als auch das Ausstellen und Widerrufen von Zertifikaten ist, dem Schatzmeister, welcher die Mitgliederbeiträge verbucht und der Geschäftsleitung insgesamt, namentlich dem Geschäftsleiter, der alle Geschäftsprozesse überblickt, muss dringend verbessert werden.

Empfehlungen

- Die GPK empfiehlt dem Präsidium, das Ergebnis der Abstimmung *Referendum Asylgesetz* explizit anzuerkennen und danach zu handeln.
- Die GPK empfiehlt der Geschäftsleitung, alle ihre Aufgaben und Prozesse zu analysieren, zu dokumentieren und ggf. in ihrem Geschäftsreglement zu normieren. Dabei sollte sie besonderes Gewicht auf



die Zusammenhänge der Geschäftsprozesse, die von ihren verschiedenen Mitgliedern durchgeführt werden, und die klare und schnelle Kommunikation von Problemen, legen.

- Die GPK empfiehlt der Geschäftsleitung, mit den Gebietsparteien zweiter und weiterer Stufen zu vereinbaren, wie das Einziehen von Mitgliederbeiträgen an deren Versammlungen und anderen Anlässen geschehen soll.
- Die GPK empfiehlt der Antragskommission, alle Prozesse, die das Stimmrecht betreffen, auf Statuten- und Ordnungsebene erneut zu analysieren, um Normierungslücken aufzuzeigen.
- Die GPK empfiehlt der Piratenversammlung, die Geschäftsleitung zu ermächtigen, die Geschäftsprozesse auf Reglementsstufe genauer zu definieren.

Reflektion

Auch die GPK will aus dieser Sache ihre Lehren für die Oberaufsicht über die Geschäftsleitung ziehen. Sie wird zukünftig Kontrollen in kürzeren Zeitabständen durchführen und dabei die Akteure zu den Prozessen befragen.



Teil VIII.

Bericht der Antragskommission 2012/13



Antragskommission

Einleitung oder das erste Jahr

Die Piratenpartei Schweiz hat Anfang März 2012 an der ordentlichen Piratenversammlung in Visperterminen einige Veränderungen in ihrer Struktur vorgenommen, damit wurde Antragskommission (ANK) geboren. Ihre vier Mitglieder traten per 1. April mit dem neuen Vereinsjahr ihr Amt an.

Die Antragskommission setzt sich aktuell wie folgt zusammen:



Marc Schäfer



Moira Brülisauer



Patrick Mächler



Stefan Thöni

Die Antragskommission sieht sich in der Tradition der AG Statutenrevision (STAR) und hat fortgeführt was diese begonnen hatte. Nun neigt sich unsere Amtszeit dem Ende und wir blicken zurück auf ein ereignisreiches und bewegtes Jahr. In diesem Bericht möchten wir euch eine Übersicht über unser Tun und einen Einblick in unsere Arbeitsweise geben.

Aufgaben oder die Jagd aufs Chaos

Die Antragskommission ist in erster Linie eine Dienstleistung an Antragssteller an die PV oder an Pivote. Jeder Antrag wird von der Antkom angeschaut, der Antragsteller ist nicht verpflichtet auf die Anregungen der Antkom einzugehen. Die Antkom erarbeitet und empfiehlt die Tagesordnung zuhanden der PV. Sie ist entscheidet ob ein Antrag die formalen Anforderungen für Pivote erfüllt und abgestimmt wird.

Bürokratie oder ein schmerzhafter Prozess

Ganz zu Beginn unserer Arbeit stand die Strukturierung unserer Arbeit und die Gestaltung unserer Prozesse. Ein Geschäftsreglement wollte geschrieben werden und die Kommunikation mit den anderen Organen und der Basis wollte strukturiert werden. Und sowas ist Arbeit genug.

Für das Geschäftsreglement haben wir uns ganz frech bei der GPK bedient und alles kopiert was für unsere Zwecke nützlich war. Die Erarbeitung des Pflichtenheftes sollte sich als schwieriger gestalten als zu erwarten, da jeder von uns Statutennerd eine etwas andere Vorstellung eines perfekten Reglement hat, und an uns legen wir strenge Masstäbe an. Doch im Mai haben wir es dann geschafft.



Die Antragskommission setzt bei der Verwaltung auf die Trennung von Administration und Kommunikation. So übernahm der Präsident die Repräsentation nach aussen und seine Vize kümmert sich um alle operativen Belange im Innern. Diese Arbeitsteilung hat sich bewährt, da jede Ressource entsprechend ihren Fähigkeiten genutzt wird.



Die Pflicht

ANK und das Schlamassel

Beim ersten Antrag auf Urabstimmung, der im April bei der Antragskommission einging, waren unsere Prozesse für die Behandlung von Urabstimmungsanträgen noch nicht bereit. Es wurden interne Massnahmen ergriffen und die Zuständigkeiten klar definiert, damit das Antragshandling und die interne Beschlussfassung zeitgerecht stattfindet. Entsprechend hat es zu lange gedauert, bis die Abstimmung bereit war. Schon bei der nächsten Urabstimmung waren wir deutlich schneller und damit fristgerecht.

Das nächste Problem trat bei der Urabstimmung über das Asylgesetz zutage, wo gleich zwei verschiedene Anträge von verschiedenen Personen eingingen. Zusätzlich hatte das Präsidium einem Antragssteller angeboten, seine Frage an der Piratenversammlung zur Sprache zu bringen, was aber ausblieb. Durch die bei der ANK entstandene Verwirrung wurden die Fragen schliesslich nacheinander abgestimmt. Zukünftig wollen wir darauf achten, die Anträge nicht nur zeitnah zu Bearbeiten, sondern zusammenhängende Anträge zu einer Abstimmung zusammenzufassen.

Antragsbuch und sein nicht-existenter Vorgänger

Bereits Ende Mai sahen wir uns dem Ernst des Lebens gegenüber. Viele Anträge, wenig Zeit und die Mehrheit der Mitglieder in die Organisation verwickelt, das war eine gefährliche Mischung. Die Anträge konnten wir ohne grössere Schwierigkeiten zeitgerecht bearbeiten und allen Mitgliedern zusenden.

Doch ein Fehler ist uns da unterlaufen, wir haben es versäumt ein Antragsbuch zu erstellen. Dies kann mehr oder weniger direkt als ein Statutenverstoss gesehen werden. Von da an war uns klar, dass wir unsere Prozesse weiterhin verbessern müssen. Und dass evtl. die Fristen verlängert werden müssen.

Ein weiterer Dauerbrenner ist der Mangel an übersetzten Anträgen. Hier beschwert sich die lateinische Schweiz zu recht. Doch haben wir weder die Ressourcen noch haben wir Zugang zu ausreichend Ressourcen um auch nur ein Gros der Anträge übersetzen zu können. Dies ist ein Problem, welches wir in den Griff bekommen müssen, um ein Zerbrechen der Partei zu verhindern. Übersetzungen sind elementar, damit wir die Kommunikation über den Röstigraben hinweg aufrecht erhalten und verbessern können.

Für die ausserordentliche Versammlung in Biel vom 11.11. haben wir den Fehler von Aarau nicht wiederholt, in einem Kraftakt von 10-20 Std. Aufwand hat Moira das Antragsbuch zusammengestellt. Ein Werk, das am Ende weit über 100 Seiten umfasste, es enthielt alle Anträge inkl. ihrer Begründungen und Begleittexte, das Budget für 2013 und die Tagesordnung sowie die Versammlungsordnung.

Das Antragsbuch wurde von der Versammlung und ihren Teilnehmer bestens aufgenommen, mehrere Personen haben sich sehr lobend darüber geäussert und sich auch für die Mühe und den Aufwand, den die Antragskommission da rein gesteckt hat, bedankt. Dies hat gezeigt, dass der Aufwand nicht umsonst gemacht wurde, und dass die Leute Arbeit noch zu schätzen wissen.



Die Kür

ANK und das Meisterwerk

An der Piratenversammlung in Aarau vom 9. Juni gab es den Versuch die finanziellen Strukturen der Piratenpartei komplett umzukrempeln, vehement wurde gefordert, dass das Inkasso Sache der Kantone wird und die Kantone eigene Mitgliedsbeiträge erheben dürfen. Dieses Ansinnen wurde auf der Versammlung selbst mit Nichteintreten abgewiesen.

Die Antragskommission nahm sich dem Anliegen beider Seiten in dieser Angelegenheit an. Wir luden die jeweiligen Wortführer beider Seiten zu einem Runden Tisch ein. Dieser fand am 30. Juni in der Nähe von Zug statt. In mehreren Stunden Diskussion und mit noch mehr Lösungsansätzen haben wir am Ende den goldenen Kompromiss des doppelt-dynamischen Mitgliederbeitrages herausgearbeitet. Es folgten noch die Aufteilung von ein paar Formalien und so wurde der Grundstein für die Finanzordnung gelegt. Dem ging eine Diskussion über die Grundsätze und Möglichkeit der Finanzierung der Partei voraus.

Die Antragskommission übernahm die Ausarbeitung der Finanzordnung, damit waren Stefan und Moira mehrere Wochen vollauf beschäftigt. Gegen Mitte August stand die 1. Version dieses neuen Monstrums. Nun wurde in Zusammenarbeit mit den Teilnehmern vom Runden Tisch und weiteren Personen, die von der Thematik betroffen sind, das ganze kontinuierlich fein geschliffen und laufend verbessert. Mitte Oktober schickten wir das ganze, zusammen mit weiteren Politischen Papieren in die Vernehmlassung an die ganze Basis. Dies war leider ein erfolgloses Unterfangen, es gab so gut wie keine Rückmeldungen.

An der ausserordentlichen Versammlung in Biel vom 11. November kam die Finanzordnung zur Abstimmung. Es gab bereits eine recht breite Zustimmung zu dem Dokument, nur aus dem Raum Aargau/Basel und vereinzelt aus Zürcher Kantonsgebiet, gab es noch heftigen Widerstand. Der Vorstand der Sektion Aargau versuchte, mit weit über 20 Änderungsanträgen das Dokument zu verändern und zahnlos zu machen. Die Kritik an der Finanzordnung wurde aber erst an der PV geäussert, statt im Vorfeld an die Antragskommission, so dass sie hätte berücksichtigt werden können. Dies hat am Ende zu einem Nichteintreten auf allen Änderungsanträge und eine grossmehrheitliche Annahme der Finanzordnung geführt. Die Finanzordnung kann rückblickend als ein statuarisches Meisterwerk betrachtet werden, was nur dank allen Beteiligten möglich war.

UAO und die Revolution der Usability

Anfang Sommer wurde die Kritik auf Identifizierungsprozess für Pivote wieder lauter. Es wurde bemängelt, dass die Bestätigung durch 3 spezielle Piraten sehr aufwändig, langwierig und mühsam ist. Es wurde unter anderem gefordert dass die Identifikation per SuisseID möglich sein sollte. Da die allgemein kleinen Zahlen von ausgestellten Zertifikaten diese Kritik untermauern, nahmen wir uns diesem Anliegen an. Wir stellen den Identifizierungsprozess dahingehend um, dass es möglichst jedem, egal wo auf dem Globus er sich befindet, möglich sein sollte sich für PiVote zu akkreditieren. So passten wir unseren Prozess an das Prinzip der qualifizierten Unterschrift an, folgende Möglichkeit stehen für die Identifizierung zur Verfügung:

- Identifizierung durch Zertifizierungsberechtigten Piraten



- Gelbe Identifikation (Post)
- Einwohnergemeinde
- SwissID
- Notar
- für Auslandschweizer: Schweizerische Botschaft oder Konsulat
- für Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz: Einwohnergemeinde/Meldeamt/Identifikation durch Post und Co
- für Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz: Pendant der SwissID im jeweiligen Land
- für Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz: Notar

Beim Überarbeiten des ganzen Pi-Vote-Identifikationsprozesses wurde uns je länger je mehr klar, dass sich die ganze Urabstimmungsordnung nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Technik befand. So hat sich Stefan dran gesetzt und die ganze Urabstimmungsordnung neu geschrieben. Diese hat sowohl die Identifizierung wie die Verwaltung entlastet und gestaltet das Ganze humaner. Die neue Urabstimmungsordnung wurde von der PV einstimmig angenommen.



Der Tjost

Die Obrigkeit und die Legislative

Die Antragskommission hatte gegen Ende August Grund zur Beschwerde wegen einem Verfahrensfehler bezüglich der Urabstimmung zur Jugendmusikförderung und hat dies der Geschäftsprüfungskommission zur Kenntniss gebracht.

Liebe Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission
Die Antragskommission, im Folgenden ANK, wendet sich an die Geschäftsprüfungskommission mit der Bitte foldenden Sachverhalt zu prüfen und gegebenenfalls die nötigen Massnahmen zu ergreifen:

Die Geschäftsleitung, im folgenden GL, hat am "Mittwoch, 15. August 2012 um 12:14:04 eine Mail an alle Mitglieder der Piratenpartei Schweiz versandt die eine nicht von der ANK freigegebene Abstimmung enthielt.

Die ANK ist der Meinung dass der zweite Teil der Mail dahin gehend zu beanstanden ist, dass darin den Mitgliedern eine Urabstimmung zu genanntem Thema angekündigt wurde, die bei der Antragskommission bis heute nicht als Antrag auf Urabstimmung eingereicht wurde.

Gemäss Art. 8 Abs. 2 ist jeder Antrag an die ANK einzureichen und diese entscheidet über die Durchführung der Urabstimmung. Wenn also die Bekanntmachung einer Urabstimmung an alle Mitglieder versandt wird, bevor der entsprechende Antrag auf Urabstimmung von der ANK behandelt wurde, so widerspricht dies nach Auffassung der ANK Art. 8 Abs. 2 UAO. Der Antrag auf Urabstimmung zur eidgenössischen Voksinitiative zur Jugendmusikförderung ging bei der Antragskommission am 21. 8. 2012 um 13:19 CEST ein. Die GPK war beim Umlaufbeschluss auf Cc.

Moira Brülisauer
Vizepräsident Antragskommission

Die GPK hat in ihrem Protokoll vom 10.1. auf die Anfrage der ANK wie folgt beantwortet:

Stefan Thöni und Pat Mächler treten als Mitglieder der ANK bei diesem Thema in den Ausstand. Die restlichen anwesenden Mitglieder der GPK beschliessen, der GL eine Rüge auszusprechen und sie zu ermahnen, in Zukunft die vorhandenen und gültigen Regeln einzuhalten.

Damit war die Sache für uns abgeschlossen. Es wurde eindeutig klargestellt, dass ein Übergehen der Vertretung der Legislative nicht statthaft ist.

Beharrlichkeit und ihr Nutzen

Beschreibung

Die PV am 9./10.6.2012 hat gezeigt, dass bei der Organisation in einigen Bereichen Verbesse-



rungspotential vorhanden ist. Beispielsweise war die Situation betreffend Traktandenliste unbefriedigend. Ich hatte grosse Mühe, die Traktanden für den Samstag (9.6.2012) zusammenzubekommen. Mit diesem Antrag möchte ich die unbefriedigende Situation in diesem Punkt verbessern. Das Ziel meines Antrags ist es, dass die PPS-Mitglieder in Zukunft die Traktanden einer PV von einer einzigen Webseite aus vollständig finden können.

Antrag

Die Traktanden einer PV werden auf einer einzigen Webseite, welche (zumindest für die PPS-Mitglieder) einfach aufrufbar ist, geführt. Diese Webseite enthält die Titel aller Traktanden und verlinkt alle für die Diskussion der Traktanden notwendigen Ressourcen. Die URL dieser Webseite wird spätestens 1 Monat vor dem Datum der PV publiziert. Jede Mail, welche von Seiten des Veranstalters im Zusammenhang mit der PV verschickt wird, muss die URL dieser Webseite enthalten. Änderungen an der Traktandenliste werden zeitnah auf der Webseite nachgeführt. Die GL der PPS ist verantwortlich dafür, dass diese Richtlinien eingehalten werden

Gruss Benno

Stellungnahme der Antragskommission

Moira hat auf den Antrag der bei der Geschäftsleitung eingereicht wurde, sehr zeitnah reagiert mit dem Hinweis, dass die Antragskommission zuständig ist. Benno seinen Antrag an die Geschäftsleitung aufrecht erhalten. Und an Moira geantwortet:

Ich habe bewusst diesen Antrag auf die Traktandenliste der GL gesetzt. Meine Überlegungen dazu: Die GL ist von den PPS-Mitgliedern gewählt und diesen gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Die GL (bzw. der PPS-Vorstand allgemein) ist gegenüber den AGs weisungsbe-rechtigt. Die AGs ihrerseits sind gegenüber dem PPS-Vorstand verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Gegenüber den PPS-Mitgliedern haben sie keine spezielle Rechenschaftspflicht. Die GL kann demnach die AGs anweisen, gewisse Pflichten auf eine bestimmte Weise auszuführen. Ein PPS-Mitglied kann das bei einer AG nur wünschen (per Antrag), aber nicht einfordern.

In meinem Antrag geht es einerseits darum, dass die PV-Traktanden schön übersichtlich und leicht zugänglich gesammelt werden. Das ist in der Tat Sache der AG ROA. Mir geht es andererseits aber auch darum, dass die GL die Verantwortung übernimmt, dass das in Zukunft so geschieht und die Umsetzung einer PV-Traktandenliste auch kontrolliert. Falls die GL feststellt, dass die PV-Traktandenliste nicht in einem für den organisatorischen Betrieb geeigneten Zustand ist, muss sie allfällige Engpässe identifizieren bzw. die notwendigen Ressourcen bereitstellen, damit dieser Mangel behoben werden kann. Ich beantrage das bei der GL, weil die GL gegenüber den Mitgliedern für den organisatorischen Betrieb der PPS verantwortlich ist. Wenn die GL die Verantwortung für eine PV-Traktandenliste (aus welchen Gründen auch immer) nicht übernehmen kann, dann muss sie meinen Antrag ablehnen.

Die Geschäftsleitung ist auf den Antrag nicht eingetreten und hat ihn an die Antragskommission weiterge-wiesen.

Die Antragskommission hat dann in ihrem Protokoll folgendes festgehalten:

Die Antragskommission nimmt das Anliegen zur Kenntnis und wird es bei der Erstellung der Traktandenliste für die kommende PV gebührend berücksichtigen. Und wie die Geschäftsleitung schon richtig aufzeigte, ist die Antragskommission nicht mit einer Arbeitsgruppe gleich zu setzen. Niemand kann der Antragskommission Weisungen erteilen, ausser die Piratenversammlung da selbst. Deshalb wird darum gebeten Anliegen, die die Antragskommission betreffen oder in ihren Aufgabenbereich fallen, direkt an sie zu richten.



Die Herausforderung

Antragsteller und der Fleischwolf

Zur Piratenversammlung in Biel wurden mehrere grosse Positionspapiere eingereicht, 2 davon waren frühzeitig schon weit gereift und konnten so mit der Finanzordnung zusammen Oktober in Vernehmlassung geschickt. Dies war das Papier zur Energiepolitik und eines zum Laizismus. Das Papier zum Laizismus ist durch das Parteiprogramm bereits zu grossen teilen gedeckt. Das Papier zur Energiepolitik war für Piraten grosses Neuland. Energiefragen gelten gemeinhin eher als Aufregerthema.

Doch wieder alle Erwartungen gab es weder einen Sturm der Entrüstung noch Zustimmung, nein es kam gar nichts rum dabei. Stille im Äther. Gleich erging es dem Papier zum Laizismus. So gut wie keine Reaktionen kamen bis zum Tage der Versammlung. Als in Biel das Energiepapier als eines der ersten Traktanden auf der Tagesordnung stand, da kamen die Leute aus ihren Löchern gekrochen. Sie kritisierten an beiden Papieren vor allem kleinere Dinge die ihnen nicht behagten oder sie bloss falsch oder missverständlich formuliert fanden. Die Papiere wurde wegen Kleinigkeiten in der Luft zerrissen.

Das Papier zum Laizismus wurde von der Versammlung angenommen aber um zwei Positionen zusammen gestrichen und damit in einem der zentralen Elemente reduziert. Das Papier zur Energiepolitik war stark umstritten und am Ende mit einem Nichteintreten vor dem endgültigen Abschmettern bewahrt. Diese Art und Weise mit der Arbeit von Antragsstellern umzugehen hat in einigen Teilen des Vorstandes und anderer Parteiorganen für Empörung gesorgt. Ein Meinungsbild am Ende der Versammlung gab der Antragskommission den klaren Auftrag einen funktionierenden Vernehmlassungsprozess zu erarbeiten.

Vernehmlassungen die Anfang Januar an die Aktiven der Piratenpartei Schweiz versandt wurden, zeigten dass die Versammlung in Biel für ein erstes Umdenken gesorgt hat, sowohl die Vernehmlassung zu einem möglichen Vernehmlassungsprozess wie auch die zweite Vernehmlassung zum Energiepapier brachten viele Antworten ein, was als ein Erfolg und ein erstes Umdenken in der Partei zu werten ist.

Ausblick und Empfehlungen

Die Antragskommission hat für die kommende Amtszeit mehrere Herausforderungen zu bewältigen. Die Handhabung der Anträge und die Kommunikation der Anforderungen an Anträge zu verbessern und noch besser zugänglich zu machen. Des Weiteren haben wir den Auftrag von Biel ein Vernehmlassungsmodell zu erarbeiten und der Piratenversammlung vorzustellen; dies wird noch einige Monate in Anspruch nehmen und dürfte noch viel Diskussionpotenzial beinhalten.

Die Antragskommission empfiehlt Anträge stets so früh wie möglich einzureichen, so können diese besser begutachtet werden und den anderen Mitgliedern bleibt mehr Zeit sich mit dem Antrag fundiert auseinander zu setzen.

Die Antragskommission empfiehlt mit Anliegen, die Antragskommission selbst oder die Antragshandhabung betrifft direkt auf die Antragskommission zuzukommen und nicht über Umwege es zu erreichen zu versuchen, dies verschlingt nur unnötigerweise Ressourcen.



Teil IX.

Berichte des internationalen Engagement



Bericht Bundesparteitag Neumünster

Als Internationaler Koordinator der Piratenpartei Schweiz habe ich den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland in Neumünster vom 28. - 29. April 2012 besucht.

Es war ein grossartiges Erlebnis mit mehr als 1500 Piraten, unzähligen Journalisten und einigen internationalen Gästen. Ich kann nicht anders, als die deutschen Piraten dafür zu bewundern, trotz ihres Erfolges frech und unkonventionell geblieben zu sein. Statt sich in ihrem Erfolg zu sonnen, streben die Piraten nicht nur nach mehr, sondern vor allem danach, ihre Basisdemokratie und Partizipation nicht nur zu erhalten, sondern auszuweiten. Dies steht in starkem Kontrast zur straffen Organisation des Parteitags.

Leider blieben die gedruckten Einladungen für den Piratensommertag zusammen mit den Deutschland-kompatiblen Stromkabeln in Steinhausen. Ich entschuldige mich dafür bei Moira Brülisauer, die diese Einladungen erstellt hat. Ich habe natürlich trotzdem etliche Piraten mündlich zum Piratensommertag eingeladen.

Mein Dank geht an

- die Piratenpartei Deutschland und Gregory Engels als grossartige Gastgeber,
- das Versammlungsleitungsteam für eine tadellose Vorstellung,
- Sebastian Krone für die Organisation der Übernachtung.

Bundesparteitag

Die Sitzung hat am Samstag recht pünktlich gegen 10:15 begonnen und bis Abends 22:00 gedauert. Dadurch konnte die aufgrund der vielen Kandidaten und der vielen GO-Anträge entstandene Verspäterung wieder aufgeholt werden.

Am Sonntag wurde bereits sollte bereits um 9:00 begonne werden, aber es gab wieder eine kleine Verspätung. Um etwa 17:00 wurde der BPT geschlossen.

Logistik

Es standen 3 Hallen und ein Foyer zur Verfügung. In der grössten Halle fand die Versammlung selbst statt. Vorne mittig war die Bühne aufgebaut, links daneben die Information und rechts daneben das Antragsbüro und die Protokollanten. Im hinteren Bereich der Halle fand sich in der Mitte ein Podest für die Fernsehkameras und dahinter eine grössere Freifläche. Die Tische waren quer zur Bühne angeordnet, so dass die Piraten an beiden Seiten sitzen und das geschehen vorne verfolgen konnten. Zusätzlich zur bühne gab es 4 Leinwände, 2 mit Life-stream und 2 mit Wahl- und Abstimmungsfragen. Insgesamt war die Halle grosszügig eingeteilt, mit breiten durchgängen.

In der zweiten Halle befand sich ein Aufenthaltsbereich und das Wahlzelt des Landesverbands Schleswig-Holstein. Hier konnte von auch übernachtet werden.



Presse

Die dritte Halle diente ausschliesslich als Pressbereich die gefühlten tausend Journalisten. Es waren zeitweise zehn und mehr Fernsehkameras sowie dozende Fotoapparate auf die Versammlung gerichtet.

In der Halle wurden die Journalisten, insbesondere die Fernseh-Crews mit ihrer sperrigen Ausrüstung durch Presse-Lotsen geführt.

Akkreditierung

Die Akkreditierung war zu Beginn im Foyer angesiedelt und ging dank vieler Helfer recht schnell vonstatten. Jeder stimmberechtigte erhielt einen nummerierten Armbändel, eine blaue und eine rote Stimmkarte mit derselben Nummer sowie einen vielfarbigen Wahlblock.

Catering

Das Catering bot von früh bis spät warme Mahlzeiten für jeden Geschmack. Dadurch konnte ein grosse Gedränge verhindert, das Essen zeitlich über Stunden verteilt und viel Zeit für die Versammlung gewonnen werden.

Versammlungsleitung

Bei der Versammlungsleitung wechselten sich drei Versammlungsleiter und zwei Versammlungsleiterinnen regelmässig ab. Die Versammlungsleitung war fast immer freundlich und korrekt aber immer klar und energisch. Der unfreundliche Moment war nicht etwa ein Aussetzer, sondern die Versammlung wurde berechtigterweise etwas gehässig zur Ordnung gerufen. Auch sonst musste die Versammlung öfters zur Ruhe aufgerufen werden.

Das Wort wurde immer explizit erteilt auch mehrmals explizit entzogen. Die Saalmitrofone wurden durch die Tontechnik auf unsichtbares Geheiss freigegeben und wieder gesperrt.

Die Rednerliste wurde häufig früh geschlossen, vor allem, wenn sich die Argumente wiederholten. Die Redezeit war meistens auf 2 Minuten begrenzt, was total ausreichend erschien. Ihre verbleibende Zeit wurde jeweils angezeigt. Die Redner waren aufgefordert zunächst ihren Namen und Landesverband zu nennen und taten dies meistens auch.

Bei Abstimmungen wurde auch die Enthaltung verzichtet. Zwischen konkurrierenden Anträge wurden durch Approval Voting entschieden. Eine allfällig nötige Zweidrittelmehrheit wurde immer angesagt.

Antragsbüro

Das Antragsbüro bestand aus fünf und mehr Piraten. Alle Änderungs- und Gegenanträge, sowie die GO-Anträge auf Meinungsbild und Änderung der GO mussten schriftliche eingereicht werden.



Wahlleitung

Die Wahlleitung bestand aus einem Wahlleiter und zwei stellvertretenden Wahlleitern. Diese führten die Kandidatenlisten und nahmen die Unterstützungsunterschriften entgegen. Sie hatten insgesamt rund 20 Urnen und über hundert Wahlhelfer unter sich.

Versammlungsinhalte

Bericht des Bundesvorstands

Jedes Vorstandsmitglied hat kurz berichtet, danach konnten Fragen gestellt werden. Der Schatzmeister konnte die Buchhaltung nicht fertigstellen, da bereits beim letzten Schatzmeister Daten durch eine Crash verloren hatte. Es wurden etliche, zum Teil sehr kritische Fragen gestellt.

Hervorzuheben ist, dass der BuVo seinen Beauftragten schäden während der Beauftragung, wie z.B. ein gestohlenes Notebook ersetzt. Dies hat zwar zu Kritik geführt, wurde aber schlussendlich grossmehrheitlich akzeptiert.

Weitere Kritik ging gegen den Einsatz einer teuren, professionellen Buchhaltungssoftware. Deren Anschaffung kostete über 50'000 Euro, die Wartung zusätzlich 5000 Euro pro Jahr. Die Kasse wird in regelmässigen Abständen geprüft, um die Arbeit zu verteilen und Fehler schnell zu bemerken.

Die Vorstandsmitglieder wurden einzeln politisch entlastet. Diese Entlastung wurde allen Vorstandmitgliedern gewährt. Die finanzielle Entlastung des Gesamtvorstands wurde hingegen aufgrund der unvollständigen Buchhaltung verweigert.

Wahlen

Mit den Wahlen wurde direkt nach der Entlastung des BuVo begonnen. Sie zogen sich durch den ganzen Parteitag hin. Die Wahlen des BuVo und des Bundesschiedsgerichts mussten gemäss Parteiengesetz geheim stattfinden.

Jeder Kandidat benötigte 20 Unterstützerunterschriften für seinen Wahlvorschlag. Über die Veröffentlichung oder Vernichtung dieser Unterschriften wurde mehrfach gestritten, vor allen, da vorher nicht klar war, ob sie veröffentlicht würden. Schlussendlich wurde entschieden, sie zusammen mit den Stimmzetteln zu versiegeln.

Die Kandidatenliste wurde jeweils kurz vor den Vorstellungen geschlossen und jeweils mehrfach angekündigt. Jeder Kandidat durfte sich 3 Minuten lang vorstellen, bei wiederholten Vorstellungen desselben Kandidaten nur noch jeweils eine Minute. Anschliessend entschied die Versammlung, ob der Kandidat per ausgeloster Fragen befragt werden soll oder nicht. Es wurden jeweils sechs Fragen gestellt, auf die der Kandidat in maximal 2 Minuten antworten konnte. Von den ausgelosten wurde bei der Wahl Vorstand bei allen ernsthaften Kandidaten, beim Bundesschiedsgericht jedoch nie, gebrauch gemacht. Anschliessend hat die Versammlung jeweils nochmal entschieden, ob der Kandidat jetzt auch noch frei befragt werden solle. Dies wurde nur bei einem Kandidaten gemacht.

Bei der Vorstellung eines Kandidaten, den viele als Rechtsextrem bezeichneten, lief ein grossteil Piraten aus der Halle.



Die Wahl selbst wurde schriftlich und Geheim durchgeführt. Die Kandidaten wurden Nummeriert, angezeigt und vorgelesen, so dass die Wählenden ihre Kreuze machen konnten. Alle Wahlen fanden durch Approval Voting mit einfacher Mehrheit statt.

PP-EU Dokument

Das Grundsatzdokument zur PP-EU wurde nur kurz diskutiert und schliesslich ratifiziert.

Satzungsänderungen

Zwischen den Wahlen und in den Auszählungspausen kamen auch mehrerer Satzungsänderungen zur Sprache. Die für die PPS interessanten werde ich hier kurz erläutern.

Gleich mehrere Anträge wollten den Bundesvorstand erweitern. Es standen mehrere Möglichkeiten im Raum. Schliesslich wurde der BuVo mit grossen Mehr um einen weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden und einen weiteren Beisitzer erweitert. Er besteht nunmehr aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, einem Schatzmeister, einem Generalsekretär, einem politischen Geschäftsführer und drei Beisitzern.

Ein Antrag zur Verlängerung der Amtszeit des Bundesvorstands auf 2 Jahre wurde länger diskutiert. Es wurde argumentiert, dass so weniger gewählt werden müsste, dass der Bundesvorstand so stabiler würde und dass sie die Kandidaten für zwei Jahre verpflichten und den BuVo nicht bloss als Sprungbrett gebrauchen würden. Auf der Gegenseite wurde argumentiert, dass man eine jährliche demokratische Kontrolle haben wolle und dass die Vorstände häufig nach einem Jahr bereits erschöpft seien. Schliesslich wurde der Antrag abgelehnt.

Beantragt war u.a. die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von 36 auf 42, 48, 60 oder 72 Euro. Es wurde heftig diskutiert, ob dies bezahlbar sei, mehr oder weniger Geld einbringen würde und ob die Ermässigung nun einfach oder schwer zu erhalten sei. Bei den ersten Abstimmungen konnte das Zweiritelmehr für 60 Euro nicht erreicht werden. Dann wurde nochmal, diesmal geheim, abgestimmt. Dabei wurde schliesslich der Mitgliedsbeitrag auf 48 Euro erhöht.

Weiterhin war eine Umverteilung der Finanzmittel beantragt. Dabei sollten künftig 50 oder 60 Prozent an den Bund gehen, wobei der Antragsteller nur 90% der Mittel verteilt hat und auch dem Versammlungsleiter ein Leistungskurs in Mathematik angeboten werden musste. Es wurde auch dieser Antrag kontrovers diskutiert, da der Bundespartei das Geld fehlt um u.a. weitere Bundesparteitage finanzieren zu können. Es wurde schliesslich die Zuständigkeit des Finanzrates moniert und alle Anträge abgelehnt.

Ein weiterer Antrag wollte die Spendenhöhe begrenzen. Dieser wurde nur kurz diskutiert und schliesslich wuchtig verworfen. Interessant war das Argument, dass Korruption nicht durch Verboten, sondern durch Transparenz geheilt würde.

Über die Trennung von Parteiamt und Mandat sowie die Begrenzung der Mandatsdauer wurde zwar kontrovers diskutiert, diese Anträge wurden aber auch mit hohem Mehr verworfen.

Reden

Die Reden waren insgesamt deutlicher flammender als bei der PPS gewohnt. Es wurde auch nicht mit direkten Attacken auf die anderen Parteien gespart.



Empfehlungen

Aufgrund der in Neumünster gemachten Erfahrungen, empfehle ich der Piratenpartei Schweiz, insbesondere dem Vorstand und der Versammlungsleitung,

- die Redezeit an der Piratenversammlung strikter zu begrenzen falls die Fülle an Anträgen dies nötig macht,
- Trolle und unsinnige Wortmeldungen und Anträge zu tolerieren,
- an jeder Piratenversammlung mindestens zwei flammende Reden zu organisieren,
- politisch insgesamt mutiger, frecher und unkonventioneller aufzutreten,
- die Enthaltung an der Piratenversammlung abzuschaffen.

PP-EU

Die internationalen Gäste haben sich vor allem über die PP-EU unterhalten.

Anwesende

Folgende internationale Piraten waren anwesend:

- Fotios Amanatides
- Sven Clement
- Gregory Engels
- Rick Falkwinge
- Georg Sinn
- Lola Voronina
- Gerry Weyer

Thomas Gaul war leider krankheitsbedingt abwesend.

Diskussionen

Es wurde weitgehend ergebnislos über die für und wieder von Partei- und Personenmitgliedschaften in der PP-EU diskutiert. Es kam auch der Vorschlag eines Zweikammersystems oder eine Doppelten Mehrheit zur Sprache.



Reise und Übernachtung

Reise

Ich habe entschieden auf eigene Kosten erster Klasse zu fahren. Dies hat zwar den Preis etwa verdoppelt, aber mir ermöglicht, nicht vorzubereiten und diesen Bericht auf der Rückfahrt zu schreiben.

Übernachtung

Ich habe auf eigene Kosten drei statt zwei Nächte im Hotel Prisma, das sehr günstig gleich neben den Holsteinhallen lag, übernachtet. Dies war für mich im Vergleich zum Nachtzug weitgehend kostenneutral und gab mir die Zeit, bis zum Ende der Versammlung zu verweilen und mich danach noch mit einigen Piraten zu unterhalten.

Empfehlung

Ich kann wärmstens Empfehlen, künftig eine grössere Delegation an den Bundesparteitag zu entsenden und auch einige Landesparteitage zu besuchen, vor allem wenn diese etwas näher gelegen sind.

Wir können nicht nur internationale Kontakte knüpfen sondern auch viele Ideen und eine grosse Portion Zuversicht aus Deutschland importieren.

Es ist klar, dass die Piratenpartei Schweiz nicht mehr Personen die Reise finanzieren kann. Jedoch ist der Bundesparteitag auch ein grossartiges Erlebnis, für das es sich lohnen würde, die Reisekosten auf sich zu nehmen.

Internationaler Koordinator
Stefan Thöni



Bericht PP-EU Konferenz Potsdam

Einleitung

Als Internationaler Koordinator der Piratenpartei Schweiz habe ich am 28. und 29. Juli 2012 die II. Potsdamer Konferenz der Piratenpartei Deutschland und die PP-EU Konferenz am selben Ort besucht.

Die wichtigsten Beschlüsse der PP-EU Konferenz sind:

- Die Mitglieder der PP-EU sind die Piratenparteien Europas.
- Zusätzlich können MEP und weitere Parlamentarier Mitglied sein.
- Die Mitgliedsparteien haben moderat unterschiedliche Stimmgewichte.
- Die Stimmgewichte werden Anhand des Wahlerfolgs berechnet.
- Die Mitgliedsparteien können ihre Stimme repräsentativ aufteilen.
- Programmteile werden allenfalls per einstimmiger Ratifikation beschlossen.
- Ausschluss und Aufnahme von Mitgliedsparteien werden durch die Delegierten beschlossen.
- Die Delegierten können nicht gleichzeitig Funktionäre der PP-EU sein.
- Es gibt einen minimalen Vorstand mit minimalen Befugnissen.

Mein Dank geht an

- Fotios Amanatides für die Organisation der Veranstaltung,
- die Piratenpartei Brandenburg grossartiger Gastgeber,
- Sebastian Krone für die Organisation der Übernachtung.

II. Potsdamer Konferenz

Die II. Potsdamer Konferenz der Piratenpartei Schweiz war das aussenpolitische Ereignis im deutschen Piratenjahr. Es waren viele Piraten gekommen, die sich mit Aussen-, Verteidigungs-, und Sicherheitspolitik beschäftigen.

Ich habe mich unter Anderen mit folgenden Personen unterhalten:

- Bernd Schlömer, Vorsitzender der Piratenpartei Deutschland
- Georg Sinn, Präsident der Piraten ohne Grenzen
- Matthias Schrade, Vorstandsmitglied der Piratenpartei Deutschland
- Thomas Gaul, Internationaler Koordinator der Piratenpartei Deutschland



- Gregory Engels, Internationaler Koordinator der Piratenpartei Deutschland
- Fotios Amanatides, Hauptorganisator der Konferenz
- Jens Wolfhard Schicke-Uffman, Richter am Landesschiedsgericht Niedersachsen

Organsiation

Potsdam hat als Konferenzort nicht nur grosse historische Bedeutung, sondern auch eine schöne Altstadt und einige sehenswerte alte Gemäuer.

Der Tagungsort bot grosszügig Platz für die mehreren hundert Teilnehmer. Die Anreise mit dem Bus gestaltete sich etwas schwierig. Deshalb nahmen viele Teilnehmer den rund fünfzehnminütigen Fussmarsch auf sich.

Die Verpflegung war einfach, hat aber geschmeckt. Getränke waren zwar vorhanden, die Preise jedoch recht sonderbar. So kostete ein Bier oder Club Mate gleich viel wie ein Mineralwasser oder eine Limonade. Deshalb haben viele Piraten die Getränke selber mitgebracht.

Die Internetanbindung war insgesamt mangelhaft, der Zugang nicht einmal für alle Teilnehmer der PP-EU Konferenz gewährleistet.

Inhalte

Nach der herausragenden Eröffnungsrede von Aleks Lessman wurde Vorträge zu den erarbeiteten Themen der verschiedenen Arbeitsgruppen gehalten und fleissig über die Visionen und deren Umsetzung debattiert. Leider bekam ich aufgrund der PP-EU Konferenz wenig mehr als das geschäftige Treiben der übrigen Teilnehmer mit. Anscheinend wurden aber jede Menge Vorbereitungen für Anträge an den nächsten Bundesparteitag getroffen.

Presse

Auch bei dieser Veranstaltung war viel Presse zugegen, inklusive zweier Fernsehsender und einiger Fotografen. Dazu beigetragen haben nicht nur das für die Piraten untypische Thema, sondern auch die Nähe zu Berlin und das Sommerloch.

PP-EU Konferenz

Die PP-EU Konferenz fand parallel zu den anderen Tracks in einem eigenen Zimmer statt. Anwesend waren:

- Mattias Bjärnemalm, Delegierter der Piratenpartei Schweden
- Martina Pöser, Delegierte der Piratenpartei Deutschland
- Balaji Mohan, Delegierter der Piratenpartei Deutschland
- Muriel Rovira Esteve, Delegierte der Piratenpartei Katalonien
- Daniele Monteleone, Delegierter der Piratenpartei Italien



- Pascal Fouquet, Delegierter der Piratenpartei Schweiz
- Stefan Thöni, Delegierter der Piratenpartei Schweiz
- Andreas Bernhard, AG Europa der Piratenpartei Deutschland
- Julia Reda, vormals Vorsitzende der Jungen Piraten
- Weitere deutsche Piraten

Diskussionen

Die Diskussionen und Gruppen und im Plenum verliefen zunächst harzig, da einigen neuen Teilnehmern zunächst der Verhandlungsstand vermittelt werden musste. Aufgrund dieser Tatsache wurden am Samstag fast keine neuen Ergebnisse erzielt, was einige Teilnehmer frustriert hat. Am Sonntag hat sich das Gesprächsklima deutlich verbessert und es wurden schliesslich einige Fortschritte erzielt.

Ergebnisse

Die Teilnehmer, insbesondere der Vertreter der Piratenparteien bestätigten die Ergebnisse aus Aarau dahingehend, dass die PP-EU eine Dachorganisation sein soll und die Stimmberechtigten Mitglieder die Piratenparteien Europas sein sollen. Es wurde ebenfalls bestätigt, dass auch die Piratenparteien der Schweiz und anderer Nicht-EU-Mitglieder als Vollmitglieder beitreten können.

Es wurde bestätigt, dass die PP-EU kein eigenes Programm haben soll. Jedoch soll sie aus dem Programm der Mitglieder ein Programm zusammenstellen. Dazu sollen jeweils alle Mitglieder der Mitglieder konsultiert und die Programnteile durch den demokratisch Prozess der Mitgliedsparteien, d.h. die Versammlung, Urabstimmung, Liquid Feedback, etc. ratifiziert werden, wobei unter den Mitgliedsparteien Einstimmigkeit erforderlich ist. Dadurch wird zwar das Programm auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert, aber niemals einer Mitgliedspartei ein Programnteil aufgezwungen.

Es wurde weiter beschlossen, dass das Stimmgewicht den Erfolg und die Grösse der Mitgliedspartei repräsentieren soll. Dabei soll das Modell der Europäischen Grünen teilweise kopiert werden, dass das Stimmgewicht nach sowohl totalen abgegebenen Stimmen als auch nach relativen Wahlerfolg der Mitgliedspartei bei nationalen oder Europawahlen berechnet. Eine Formel wurde noch nicht festgelegt. Es erscheint jedoch wahrscheinlich, dass der Unterschied im Stimmgewicht das Verhältnis von 1:10 nicht übersteigen wird. Es soll den Parteien im weiteren gestattet sein, aber nicht vorgeschrieben werden, ihr Stimmgewicht nach belieben aufzuteilen, um damit die Mehrheiten innerhalb der Mitgliedspartei abzubilden.

Jede Mitgliedsparterie soll mindestens zwei Delegierte an die Sitzungen entsenden können, um verschiedene Meinungen vertreten zu können. Diese sollen aber gemeinsam nach den Regeln und Verhältnissen der jeweiligen Mitgliedspartei stimmen.

Vor 2015 soll jede Mitgliedsparterie genau eine Stimme haben, allen Gelegenheit bei Wahlen anzutreten und die Verhältnisse Anfangs einfach zu halten. Zu diesem Punkt war aber noch Widerspruch zu hören, der aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr ausgeräumt werden konnte.

Die Aufnahme in die PP-EU soll für alle Piratenparteien in Europa, die selbstständig organisiert sind, möglich sein. Über die Aufnahme sollen die Delegierten entscheiden.

Der Ausschluss von Mitgliedsparteien aus der PP-EU soll mit Zweidrittels oder Dreiviertelsmehr der Delegierten möglich sein.



Die Delegierten zur PP-EU sollen nicht gleichzeitig Funktionäre der PP-EU sein können. Die PP-EU soll aus rechtlichen Gründen einen Vorstand erhalten, dieser soll aber wenig Macht haben. Alle wichtigen Entscheidungen sollen durch die Delegierten getroffen werden.

Die Statuten der PP-EU sollen in einen verfassungsmässigen Teil, der nur mit erneuter Ratifikation geändert werden kann und einen nicht-verfassungsmässigen Teil, der von den Delegierten mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann, aufgeteilt werden. Der verfassungsmässige Teil soll vor allem die Regelungen über die Programmfindung, Aufnahme und Ausschluss enthalten.

Über die Sitzfrage wurde nur am Rande diskutiert. Nach EU-Vorgaben muss der Sitz und die Rechtspersönlichkeit zusammen in einem EU-Land liegen. Zur Debatte standen Belgien als Sitz der EU und vielen andere Europarteien, Luxemburg und Schweden. Belgien hat den Hauptnachteil, dass deren Vereinsrecht offenbar kompliziert ist und wir nicht über einen dort Rechtskundigen verfügen. Luxemburg und Schweden haben demgegenüber ein praktischeres Vereinsrecht. Der Hauptnachteil einer solchen Lösung liegt darin, dass belgische Bürokraten das Leben unnötig schwer machen könnten.

Ausblick

Bis zur nächsten PP-EU Konferenz am 1. und 2. September in Barcelona sollen die Statuten bis auf wenige Entscheidungen fertiggestellt werden. Dazu wird v.a. der Sitz sehr bald bestimmt werden müssen und eine dort rechtskundige Person zugezogen werden müssen.

Daher werden die Delegierten der beteiligten Piratenparteien ihre Anstrengungen, Lösungen zu finden, in den nächsten Wochen verstärken müssen.

Reise

Ich reiste bereits am Freitag mit dem Zug nach Berlin und von dort weiter nach Potsdam. Am Sonntag reise ich auf dem selben weg zurück.

Fahrt

Die Fahrt im ICE dauerte neun Stunden pro Weg und war dank erster Klasse sehr angenehm. Zudem konnte ich die Rückfahrt hervorragend zur Erstellung dieses Berichts nutzen.

Übernachtung

Die Übernachtungen im Hotel am Jägertor in Potsdam waren sehr angenehm, das Hotel aber auch entsprechend teuer. Es wurde durch Sebastian Krone von der Piratenpartei Brandenburg organisiert.

Spesen

Ich verzichte darauf, Spesen geltend zu machen, da Pascal Fouquet der Hauptvertreter der Piratenpartei Schweiz in Sachen PP-EU ist und die Gesamtspesen klein gehalten werden sollen.



Empfehlungen

Ich empfehle, dass die Piratenpartei Schweiz ähnliche Veranstaltungen organisiert, sobald Ansätze von einem Programm in einem Gebiet ersichtlich sind. Insbesondere soll Arbeit, Diskussion und Presse kombiniert werden und den Reden grösseres Gewicht beigemessen werden.

Ich empfehle, dass der Präsident, die Internationalen Koordinatoren und der Chefunterhändler PP-EU in den nächsten 4 Wochen mindestens eine, besser zwei, Sitzungen zur PP-EU abhalten.

Ich empfehle, die selben Personen nach Barcelona zu entsenden, welche bereits in Aarau und Potsdam verhandelt haben, um Kontinuität in den Positionen zu erzielen. Gegebenenfalls kann die Delegation um eine Person erweitert werden.

Ich empfehle, dass je Veranstaltung jeweils nur für einen Delegierten Spesen zurückerstattet werden, jedoch mehrere Personen als Delegierte mitwirken können.

Ich empfehle, dass eine AG Auswärtige Angelegenheiten erschaffen wird, deren Leiter der Präsident und deren Mitglieder die Internationalen Koordinatoren deren Assistenten sowie spezielle Unterhändler sind.

Ich empfehle, nächstes Jahr wieder einen Sommerkongress durchzuführen und das Datum sobald als möglich international bekannt zu geben, da offenbar eine rege Nachfrage besteht.

Internationaler Koordinator
Stefant Thöni



Bericht PP-EU Konferenz Barcelona

Als Internationaler Koordinator der Piratenpartei Schweiz habe ich vom 31. August bis zum 2. September die PP-EU Konferenz in Barcelona besucht.

Im Gegensatz zu vorangehenden PP-EU Konferenzen waren Delegierte aus 15 Ländern zugegen und 7 weitere Länder per Internet oder durch fremde Delegierte vertreten. Dadurch sind die getroffenen Entscheidungen definitiver. Die wichtigsten sind:

- Die Namen der PP-EU sind gleichwertig European Pirates und European Pirate Party inklusive Übersetzungen.
- Der Sitz der PP-EU ist in Brüssel und sie untersteht damit belgischem Recht.
- Das Ziel der PP-EU ist es, ihre Mitglieder zu unterstützen.
- Die PP-EU greift nicht in die Belange ihrer Mitglieder ein.
- Die stimmberechtigten, ordentlichen Mitglieder der PP-EU sind die Piratenparteien Europas, wie es durch den Europarat definiert ist.
- Die Mitglieder mit Beobachterstatus sind Non-Profit Organisationen in Europa.
- Die Gründung der PP-EU wird auf frühestens zweites Quartal 2013, aber wahrscheinlicher noch später, verschoben.
- Es wird mindestens zwei weitere PP-EU Konferenzen geben. Eine im Dezember in Manchester und eine im Februar in Frankreich.

Mein Dank geht an

- Muriel Rovira Esteva für die Organisation der Veranstaltung,
- Die Pirats de Catalunya als grossartige Gastgeber,
- Julia Reda für die effektive Moderation.

Veranstaltung

Organisation

Der Tagungsort in am Rande von Barcelona war nicht besonders Gross, aber praktisch. Durch den geringen Platz und die enge Bestuhlung war das Arbeiten für einige Delegierte eher umständlich.

Die Verpflegung war geschah hauptsächlich in Restaurants in Barcelona selbst. Dies und die verschiedenen Treffpunkte kosteten einiges an Zeit und Geld.

Die Zwischenverpflegung, die Internetanbindung und das Abstimmungsmaterial waren sehr gut.



Presse

Die Presse war zwischendurch present, aber wenig im Vergleich zu Potsdam. Ich gab einem Journalisten einer Lokalzeitschrift ein Interview.

PP-EU Konferenz

Die Konferenz selbst war sehr Ad-Hoc organisiert. Mitgeholfen haben Gregory Engels, Balaji Mohan, Julia Reda und ich selbst.

Vor Ort anwesend waren folgende Delegierte:

- Mattias Bjärnemalm, Piratenpartei Schweden
- Paul Bossu, Piratenpartei Belgien
- Tom Vymazal, Piratenpartei Tschechien
- Maxime Rouquet, Piratenpartei Frankreich
- Daniele Monteleone, Piratenpartei Italien
- Isabel Fernandez, Piratenpartei Galicien
- Matic Urbanija, Piratenpartei Slovenien
- Jack Allnutt, Piratenpartei des Vereinigten Königreichs
- Kenneth Peiruzza, Piratenpartei Katalonien
- Balaji Mohan, Piratenpartei Deutschland
- Samir Alloui, Piratenpartei der Niederlande
- Maša Utković, Piratenpartei Kroatien
- Ultano Peña Jaquete, Piratenpartei Spanien
- Birgitta Jónsdóttir, Piratenpartei Island
- Gregory Engels, Piratenparteien Kazachstan, Ukraine, Weissrussland, Russland, Griechenland

Zusätzlich waren zugeschaltet:

- Martin Tibensky, Piratenpartei der Slowakei
- Märt Pöder, Piratenpartei Estland

Diskussion

Die Diskussion war im allgemeinen überraschend sachlich. Nur zwischendurch wurde die Diskussion von einzelnen Delegierten emotional bis beleidigend geführt.

Insgesamt war die Versammlungsleitung mit Balaji Mohan als Vorsitzendem, Julia Reda als Moderatorin und mir selbst als Antragsbüro recht effektiv.



Die Diskussionen um Name, Sitz, Ziele und Mitgliedschaft verliefen harzig aber statig. Der Zeitplan konnte nicht eingehalten werden. Etwa die Hälfte der überaus ehrgeizigen Agenda wurde abgearbeitet. Trotzdem waren die meisten Delegierten vorwiegend zufrieden mit dem Fortschritt und den Ergebnissen.

Entscheidungen

Der Vorschlag, die Namen European Pirates und European Pirate Party sowie die Abkürzungen PP-EU und PIRATES gleichwertig zu verwenden hat zwar zu einer grösseren Diskussion geführt, wurde aber wegen der kulturellen Unterschiede und Vorlieben bestätigt.

Der Sitz der PP-EU soll in Brüssel sein und die PP-EU damit als Verein (AISBL) belgischem Recht unterstehen. Andere Möglichkeiten wurden zwar erörtert, haben aber keine Chance.

Der Vorschlag einer Liste von Zielen wurde nach langer Diskussion auf schwedischen Wunsch dahingehend abgeändert, als einziges Ziel festzulegen, ihre Mitglieder zu unterstützen. Damit wird die Rat (Council) schlussendlich festlegen, welche Aufgaben die Organisation übernimmt.

Beschlossen wurde auch, dass die PP-EU nicht in die Belange (sovereignty) ihrer Mitglieder eingreifen darf und ebensowenig über die Delegierten der Parteien bestimmen kann.

Sehr erfreulich aus schweizer Sicht ist, dass alle eigenständigen Piratenparteien in Europa, wie es durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates festgelegt wurde, als Vollmitglieder (Ordinary Member) beitreten und in allen Fragen mitentscheiden können.

Bei den Pflichten der Vollmitglieder wurde neben offensichtlichen Dingen, wie einer demokratischen inneren Ordnung und der Bezahlung eines Mitgliederbeitrags vor allem beschlossen, dass die Vollmitglieder nur gegenüber ihren eigenen Mitgliedern transparent sein müssen.

Die Mitglieder mit Beobachterstatus wurden nach längerer Diskussion auf Non-Profit Organisation in Europa eingeschränkt. Sie können im Rat Anträge reden und Anträge vorbringen aber nicht mitstimmen.

Zum Ende der Konferenz wurde über die zukünftige Vorgehensweise debattiert. Es wurde beschlossen, die Gründungen der PP-EU zu verschieben. Wahrscheinlich wird die Gründung im dritten, aber frühestens im zweiten Quartal 2013 stattfinden können.

Für die Fortsetzung der Verhandlungen wurde beschlossen, zwei weitere Konferenzen Anfang Dezember in Manchester und im Februar in Frankreich abzuhalten.

Folgende Beschlüsse der vorangehenden PP-EU Konferenzen wurden weder bestätigt noch widerrufen.

- Die Mitgliedsparteien haben moderat unterschiedliche Stimmgewichte.
- Die Stimmgewichte werden anhand des Wahlerfolgs berechnet.
- Die Mitgliedsparteien können ihre Stimme repräsentativ aufteilen.
- Programmteile werden allenfalls per einstimmiger Ratifikation beschlossen.
- Ausschluss und Aufnahme von Mitgliedsparteien werden durch die Delegierten beschlossen.
- Die Delegierten können nicht gleichzeitig Funktionäre der PP-EU sein.
- Es gibt einen minimalen Vorstand mit minimalen Befugnissen.



Fazit

Endlich wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die nun auch als verbindlich angesehen werden können. Die Entscheidungen selbst sind aus sich der Piratenpartei Schweiz sehr erfreulich.

Für die nächste Konferenz sind aber noch einige umstrittene Punkte wie z.B. die Spezialmitglieder, Stimmgewichte, und Finanzen übrig. Kommende Konferenzen werden zeigen müssen, ob die getroffenen Entscheidungen nun endlich bestand haben.



Empfehlungen

Betreffend die PP-EU

- Der aktuelle Kurs sollte beibehalten werden.
- An weiteren Konferenzen sollte die PPS wenn immer möglich vertreten sein.

Betreffend zukünftige internationale Konferenzen

- Es sollten bereits einige Wochen vorher zusammen mit anderen Piratenparteien ein Vorsitzender und einige Helfer designiert werden. Diese sollten die Konferenz inhaltlich vorbereiten.
- Internationale Konferenzen sollten zukünftig an einem dafür eigens reservierten und organisierten Wochenende stattfinden, um den Delegierten und Helfern mehr Konzentration auf die internationalen Anliegen zu erlauben.
- Die Konferenz sollte an einem einzigen Standort stattfinden, der naheliegende Übernachtungsmöglichkeiten bietet.
- Die Abrechnung der Verpflegung sollte möglichst schon zu Anfang stattfinden.
- Verpflegung sollte möglichst vor Ort stattfinden. Auch kalte Verpflegung statt eines warmen Mittagessens wird geschätzt.
- Es sollten immer genug Getränke, insbesondere nicht-alkoholische zur Verfügung stehen.
- Ausflüge zum Essen, etc. sollten gut organisiert und ihre Anzahl klein gehalten werden.
- Für die Delegierten sollten Sitzplätze mit Tisch, sowie Strom und Internet zur Verfügung stehen.

Internationaler Koordinator
Stefan Thöni



Bericht BGV Graz

Als Internationaler Koordinator der Piratenpartei Schweiz habe ich vom 26. bis 28. Oktober die Bundesgeneralversammlung der Piratenpartei Österreichs besucht.

Die Piraten in unserem östlichen Nachbarland spüren jetzt deutlichen Aufwind. Sie haben an dieser Bundesgeneralversammlung eine neue, frische Mannschaft voller Tatendrang für das kommende Jahr aufgestellt. Es besteht Grund zu Hoffnung, dass langwierige Streitereien jetzt der Vergangenheit angehören. Die Sachentscheidungen erscheinen sehr radikal und teilweise unvernünftig, sind jedoch vor dem Hintergrund des Korruptionsschlamassels in Österreich zu sehen. Man darf gespannt sein, ob der Erfolg den österreichischen Piraten auch längerfristig Recht gibt.

Mein Dank geht an

- Marlies Wawra für die Organisation der Unterbringung,
- Die Piratenpartei Österreich für die grosszügige Einladung,
- Jan Leutert und Stefan Körner für die geduldige und effiziente Moderation der Versammlung.

Veranstaltung

Die Veranstaltung bestand aus Vorträgen am Freitag und der Versammlung am Samstag und Sonntag.

Organisation

Die Veranstaltung fand im Brauhaus Puntigam statt, welches im Süden von Graz liegt und per Bus in geschätzten 20 Minuten erreichbar ist. Der Saal und die angrenzenden Seminarräume waren gemütlich und zweckmässig.

Das Essen wurde direkt vom Brauhaus in Form von Menüs geliefert und war schmackhaft und recht preiswert. Die Organisation der Bestellung könnte jedoch verbessert werden.

Stromanschlüsse waren zumindest ab Samstag reichlich vorhanden, allerdings war kein WLAN oder LAN vorhanden bzw. der Zugang wurde nicht kommuniziert.

Das organisierte Hotel war sauber, die Zimmer spartanisch. Dies hat dem dringend nötigen Schlaf aber keinen Abbruch getan. An dieser Stelle sei nochmals der Piratenpartei Österreichs für die Übernahme der Übernachtungs- und Essenskosten gedankt.

Presse

Es war insgesamt wenig Presse anwesend. Nur ein Lokalsender hatte eine Kamera geschickt.



Rahmenprogramm

Am Freitag konnten die Piraten verschiedene Vorträge hören. Die vier von mir gehörten Vorträge waren recht unterschiedlich.

Der erste Vortrag, über Vollgeld und Monetative war, wie bei diesen Themen nicht anders zu erwarten, eher reisserisch.

Der nächste Vortrag, über die direkte Demokratie pries Gewaltenteilung, Transparenz, Subsidiarität und die Direktwahl der Regierung an. Natürlich fehlte auch der romantisch verklärte Blick auf die Schweiz nicht.

Der dritte Vortrag befasste sich mit dem systemischen Kondensieren. Was ich zunächst für einen Scherz hielt entpuppte sich im Wesentlichen als unser bekanntes Vernehmlassungsverfahren.

Der letzte Vortrag von Jacob Appelbaum über Zensur war für mich der klare Höhepunkt des Tages.

Ansonsten ist anzumerken, dass mich meine Müdigkeit weitgehend davon abhielt, am Abendprogramm in der Stadt teilzunehmen.

Bundesgeneralversammlung

Der Blick nach Österreich ist für uns sehr interessant, da sowohl das Land als auch die Piratenpartei eine ähnliche Grösse aufweisen. Nicht vergessen darf jedoch der gewaltige Unterschied in der Regierungsform und damit in der Enttäuschung der Österreicher über die Politik im Allgemeinen. Daher sind die Entscheidungen, welche uns an Radikalität bei weitem übertreffen, immer in diesem Kontext zu sehen.

Moderation

Die Moderation der Sitzung hatte Jan Leutert, zwischenzeitlich abgelöst durch Stefan Körner, inne. Ich selbst übernahm die Aufgabe des Wahlleiters. Es gelang den Moderatoren vortrefflich, trotz der vielen Emotionen für einen ruhigen und gesitteten Ablauf der Versammlung zu sorgen.

Reden

Die einzig erwähnenswerte Rede wurde gleich zu Beginn von Marlies Wawra gehalten und erhielt mächtig Applaus.

Ausschluss

Die Bundesgeneralversammlung begann am Samstag gleich mit einem sehr unerfreulichen Thema, einem Parteiausschluss. Der Ablauf dieses umstrittenen Ausschlusses bestärkte mich in der Haltung, dass ein Ausschluss über die Versammlung nicht nur Zeitverschwendung, sondern vor allem eine unfaire Hexenjagd ist.



Programmatisch

Auf der Programmseite ist vor allem das neue Grundsatzprogramm zu erwähnen, das erstmals die Inhalte der Piratenpartei Österreichs auf eine gemeinsame Basis stellt.

Wahlen

Es standen vorgezogene Wahlen zum Bundesvorstand, zur Bundesgeschäftsführung und zum Schiedsgericht an. Dabei wurde jeweils zunächst eine Akzeptanzwahl abgehalten, bei denen die Kandidaten eine Mehrheit für sich gewinnen mussten, ehe sie zur Reihung mittels Schulze-Methode antreten durften.

Die Wahlen fanden geheim, auf vorgedruckten Stimmzetteln, statt. Leider war nur eine Schatzkiste als Urne verfügbar, was die Wahl ein wenig verlangsamte. Insgesamt könnte das Auszählen bei besserer Vorbereitung noch deutlich beschleunigt werden.

In den Bundesvorstand gewählt wurden:

- Christopher „c3o“ Clay
- Marlies „Maus“ Wawra
- Rodrigo „Salsabor“ Jorquera
- Lukas Daniel „Vilinthril“ Klausner
- André Igler

In die Bundesgeschäftsführung gewählt wurden:

- Albert „albert3100“ Gugerell
- Daniel „lava“ Gruss
- Florian „Defnordic“ Salmhofer
- Rene „wilcox“ Dyma

Satzungsänderungen

Die wichtigste Satzungsänderung ist zweifellos, künftig Satzungsänderungen per Liquid Feedback zuzulassen. Ich erwarte mit Spannung erste Ergebnisse dieses Experiments.

Daneben wurde lange über Strukturen diskutiert. Dabei war ganz klar zu erkennen, dass eigentlich jede Autorität, abgesehen von der Mehrheit, unerwünscht ist. Dies wurde nur ab und an von einer realistischeren Stimme durchbrochen. Schliesslich wurde aber an der Struktur wenig geändert und nur einige Zeichen gesetzt.



Empfehlungen

Internationale Koordination

- Es sollten mehr Piraten zu den Versammlungen und Parteitage unserer Nachbarn entsandt werden, um den Austausch von Meinungen und Ideen zu fördern.
- Der Internationale Koordinator sollte sich besser vorbereiten, vor allem indem er die Verhältnisse vor Ort schon vor Abreise in Erfahrung bringt. Dazu gehört insbesondere, über möglichst viele aktive Piraten informiert zu sein.

Versammlungsorganisation

- Das Outsourcing des Caterings sollte die Regel werden. Insbesondere bei zweitägigen Versammlungen ist es ein grosser Vorteil, wenn die ohnehin beschäftigten Piraten sich nicht ums Essen kümmern müssen.
- Es sollten Überlegungen angestellt werden, künftig einen Versammlungsleiter und eventuell auch einen Wahlleiter aus dem nahen Ausland zu engagieren. Dies hat den Vorteil, dass alle Schweizer Piraten mitdiskutieren können und der Versammlungsleiter trotzdem immer neutral ist.

Politik

- Es sollte jeweils eine flammende Eröffnungsrede geben, die den politischen Gegner kritisiert und die Piraten zusammenschweisst.
- Was klar gefehlt hat, war eine Schlussrede von einem neuen Bundesvorstand. Es sollte zum Ende jeder Versammlung ein Mitglied des Präsidiums eine Rede halten, um die Piraten auf die neuen Herausforderungen einzuschwören.

Internationaler Koordinator
Stefan Thöni



Report PP-EU Conference Manchester

As an International Coordinator of the Pirate Party Switzerland I visited the PP-EU Conference in Manchester on December 1st and 2nd.

As at the Barcelona conference there where many Pirate Parties present with their delegate, delegated to others or participated remotely.

Very little progress was achieved in the negotiations towards the foundation of a European Pirate Party. Not only where none of the major points tackled but some progress achieved in Barcelona may have been undone.

I have serious doubts as to whether a European Pirate Party can be founded before 2014 using this process. I also have my reservations about the effectiveness of such a construct, once established. The same concerns have been voiced by delegates from other pirate parties.

Many thanks go to:

- Jack Alnutt for the organization of the event,
- The Pirate Party UK as gracious hosts.

PP-EU Conference

The proceedings were organized even more hastily than in Barcelona. The agenda was only known one day in advance. The disarray can be partly attributed Julia Reda, who was designated chairwoman, suddenly taking ill and not being able to join the conference. But mostly the problem arises from a lack of communication between the involved pirate parties.

Discussion

The first day was overshadowed by three incidents. The morning began with a discussion about the participation of parties from non-nation states. The only such party present and accepted where the Catalan. Therefore this discussion was moot and mostly perceived as an unwarranted provocation and the respective motion was promptly rejected.

Second, it was decided with a narrow majority that PP-EU should have an arbitration body. As it turned out later, this was a red line for the UK delegation. Subsequent attempts at rendering this body moot failed. After lunch the UK delegation made clear their position and motioned to re-table the issue. This was rejected by a narrow majority.

The third event, later in the afternoon, was the renewed questioning of the wisdom of letting parties from non-EU countries take part. This was clearly aimed at eastern European pirate parties represented by delegates from Germany. It would also have meant exclusion of Switzerland as a non-EU country. The corresponding motion was rejected quite clearly.



On day two some progress was made on the board and council questions but none of the contested issues, such as voting weight, was tackled.

Foreign delegations

In the big picture, the appearance that the delegations from four eastern European pirate party to German pirates where improper cannot be avoided, regardless of whether or not they are, in fact, legitimate. Many delegates continue to see this as five German votes. The responses of the delegates from these eastern European countries to such allegations have not convinced anyone of their legitimacy. Even if these delegations are fully legitimate, no-one can get around the fact, that their speeches and votes are heavily influenced by German views.

The situation is aggravated by the number of German pirates present, which was a full third of all persons, and the fact that two of these unsuccessfully tried to claim another delegation for themselves, regardless of whether or not such a claim might be legitimate.

The insensitivity of German pirates, including ranking officials of the Pirate Party of Germany continues to derail these inherently delicate negotiations.

The only practical solution to such problems might be to require all delegates to have citizenship of or permanent residence in the country where the party they represent is based. This would, as a casualty, exclude all parties that do not have at least one English speaking person. But I would make sure that there is a minimum level of organization with all parties involved.

Another way would be working with formal recognition of parties as the United Nations do with nations. But in my opinion this would not work due to the overall immaturity of the pirate parties worldwide.

Therefore my recommendations are:

- That our international team work on a proposal to tackle these problems in the future, independent of the continuation of PP-EU negotiations.
- That our international team talk about such proposals with other like-minded pirate parties.

Progress, resources and perspectives

In my opinion the meeting has made it clear, that PP-EU will not be founded any time soon. And when it is founded it will likely turn into another infighting place similar to the Pirate Parties International.

Therefore one cannot ignore the prospect of failure of this process and must seriously ask whether our resources are well spent at these conferences, especially considering that the Pirate Party Switzerland would, being based outside the European Union, not profit in the same extent from the PP-EU.

I therefore recommend that:

- The PPS withdraws from the PP-EU meeting should any other major pirate party withdraw.
- The PPS seeks to intensify its contacts with like-minded pirate parties around the world to achieve tangible goals on a bilateral basis.



Journey and stay

The flight to Manchester with Swiss as well as the train ride to the city was without trouble. The Hotel, the Holiday Inn Express in Manchester city was acceptable but steeply priced as UK Hotels typically are.

The conference venue, a hacker space in the center of Manchester was easily reachable and well suited but a bit small. The Internet connection worked flawlessly.

The food at nearby restaurants was good but arrived sometimes late which might be attributed to the rather large group size. Socializing events contributed greatly to the understanding among some parties.

The return flight was rather bumpy and delayed because of foul weather but arrived safely on the ground.

Internationaler Koordinator
Stefan Thöni



Bericht 1. Parteitag PP Südtirol

Am 17. November 2012 fand in Bozen (I) der 1. ordentliche Parteitag der Piratenpartei Südtirol statt. Ursprünglich war Aaron Brülisauer als Koordinator der PPS von dem provisorischen Vorstand als Versammlungsleiter eingeladen worden. Andreas Mutschlechner, der als Mitglieder der PPS an der PV in Biel zugegen war, hat Denis Simonet und mich dann kurzerhand auch eingeladen, so sind wir zu dritt ins Südtirol gereist.

Danksagung

Unserer ganz besonderer Dank geht an Andreas Mutschlechner, der uns grosszügig eingeladen hat und dessen vorzügliche Gastfreundschaft wir geniessen durften. Wir danken der Piratenpartei Südtirol für das spannende Wochenende das wir miterleben durften. Mein Dank geht auch an den Int. Koordinator der PPS, der mir im vergangenen Jahr sehr viel über Internationales beigebracht hat. Ich danke meinen Kollegen für die gute Zusammenarbeit vor Ort.

Delegation

- Denis Simonet: Boardmember PPI
- Aaron Brülisauer: Koordinator PPS
- Moira Brülisauer: Vizepräsident ANK PPS

Es hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen jemanden mit viel Erfahrung im International an diesem Wochenende dabei zu haben. Es ist auch sehr von Vorteil wenn eine Delegation der Piratenpartei Schweiz in sich ein gut eingespieltes Team darstellt und nicht von Unmut oder Misstrauen getrübt ist, die Anforderungen an unsere Delegationen sind gross genug.

Parteitag

Am Morgen um 8:15 war die Schweizer Delegation auf Platz. Es waren erst 2-3 Südtiroler Piraten und der Hausmeister auf Platz. Bald trafen die ersten Medien ein. Weit und breit kein Vorstand, niemand der die Presse begrüsst. Einer der anwesenden Südtiroler ist recht forsch zu Presse. Denis nimmt sich den Journalisten an, während Aaron sich mit Andreas und dem Hausmeister um Präsentationstechnik. Inzwischen steht der provisorische Vorstand vor dem Eingang und bespricht sich. Gegen 09:00 kommt die ganze Traube rund um den provisorischen Vorstand in den Saal. Der provisorische Vorsitzende Akkreditiert die anwesenden Mitglieder und einige Neumitglieder in dem er ihre Namen auf der Mitgliederliste abhackt und Zettel aushändigt. Neumitglieder lässt er einfach einen Antrag ausfüllen und mitstimmen. Ob sie Stimmrecht haben wird nicht

Mit wenig Verspätung wird der Parteitag eröffnet. Der Präsident weist die Presse zurecht, sie solle keine Bilder machen von ihm. Die Potographen sind etwas perplex. Dann stellt der Präsident auf dem Parteitag, ohne eine



Vorankündigung, ohne Traktandum, vor der Verabschiedung von TO und VO den Antrag dass die Statuten dahin angepasst werden, dass die Versammlung die Partei auf der Stelle auflösen kann. Dieser Antrag ist nach der Südtiroler Statuten rechtswidrig und damit nichtig, trotzdem wird darüber eine halbe Stunde diskutiert. Dann wird der Antrag mit 12 zu 7 abgelehnt. Damit verlassen 2 Drittel der Anwesenden den Saal.

Es folgt eine betrene Pause. Doch dann ergreift der Aaron das Wort und übernimmt die Versammlungsleitung. Danach nahm der Parteitag einen geordneten Verlauf.

Presse

Nach dem die Presse von dem provisorischen Vorstand ignoriert bis angeraunzt wurde, nahm sich Denis der Presse an und versuchte sie zu beruhigen was sich auf die Berichterstattung positiv auswirkte.

Empfehlungen an die PPS

Delegationen ins Ausland, vor allem an Orten mit höherem Popcornfaktor, spricht Konfliktpotential, aus mehr als einer Person zu bilden. Medienschaffende können nichts für parteiinterne Misereen oder Streitigkeiten, diese am Ende an den Medienschaffende auszulassen wird keine gute Presse bringen; es empfiehlt sich gegenüber aussenstehenden die Professionalität aufrecht zu erhalten.

Es hat sich selbst in diesem doch sehr überschaubaren Rahmen gezeigt, dass ein Parteitag auf **JEDE** Eventualität vorbereitet sein muss.

Bericht von Moira Brülisauer



Teil X.

Statuten und Reglemente



Statuten vom 11.11.2012

Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Name und Sitz

- 1 Unter dem Namen «Piratenpartei Schweiz», «Parti Pirate Suisse», «Partito Pirata Svizzero», «Partida da Pirats Svizra», auch PPS abgekürzt, besteht ein Verein im Sinne von Art. 60 ff. des ZGB mit Sitz in Vallorbe VD.

Art. 2 Zweck

- 1 Die PPS hat zum Zweck die politischen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten und auf die politische Landschaft und Meinungsbildung Einfluss zu nehmen. Die Ziele der PPS umfassen insbesondere:
- a. den freien Zugang zu Wissen und Kultur zu fördern;
 - b. den Schutz der Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung der Bevölkerung zu stärken;
 - c. die Bekämpfung von Medienverboten und Zensur;
 - d. einen transparenten Staat zu fördern;
 - e. die Einschränkung von schädlichen Monopolen;
 - f. die Stärkung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Kapitel 2: Mitgliedschaft

Art. 3 Arten von Mitgliedschaft

- 1 Mitglieder der PPS sind:
- a. natürliche Personen, die als Piraten bezeichnet werden;
 - b. juristische Personen, die als Mitgliedsorganisationen bezeichnet werden;
 - c. natürliche Personen, die keinen Mitgliederbeitrag bezahlen und als Sympathisanten bezeichnet werden.
- 2 Die Gebietsparteien der PPS, insbesondere die gemäss Art. 20 dieser Statuten anerkannten Kantonalen Sektionen, sind Mitgliedsorganisationen.



Art. 4 Ein- und Austritt

- 1 Pirat bei der PPS kann jede natürliche Person werden, welche die Grundsätze sowie die Statuten der PPS anerkennen.
- 2 Mitgliedsorganisation bei der PPS kann jede juristische Person werden, deren Vereinsgrundsätze den Zwecken der PPS nicht widersprechen.
- 3 Eintritts- und Austrittsgesuche können eingereicht werden durch:
 - a. Brief;
 - b. Webformular;
 - c. E-Mail;
- 4 Für die Aufnahme der Mitglieder und Mitgliedsorganisationen ist der Vorstand verantwortlich.
- 5 *aufgehoben*
- 6 *aufgehoben*

Art. 5 Ausschluss

- 1 Der Ausschluss aus der PPS erfolgt bei schwerwiegender Missachtung der Vereinsgrundsätze auf Antrag des Vorstandes durch einen Schiedsgerichtsentscheid.
- 2 Mitglieder, die austreten oder ausgeschlossen werden, haben auf das Vereinsvermögen keinen Anspruch. Offene Forderungen bleiben bestehen.
- 3 Ausgeschlossene Mitglieder können nur mit Mehrheitsbeschluss der Piratenversammlung wieder Mitglieder werden.

Art. 6 Allgemeine Pflichten

- 1 Jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Grundsätze der PPS einzustehen.
- 2 Jeder Pirat und jede Mitgliedsorganisation, ausgenommen Gebietsparteien, muss zur Finanzierung der PPS einen jährlichen Mitgliederbeitrag gemäss Finanzordnung entrichten.
- 3 Mitglieder begegnen sich im Geiste der Kameradschaft.
- 4 Neumitglieder, welche noch keinen Mitgliederbeitrag gezahlt haben gelten als Sympathisanten bis der Mitgliederbeitrag bei der PPS eingetroffen ist.
- 5 Piraten welche ihren Mitgliederbeitrag gemäss Finanzordnung nicht bezahlt haben werden automatisch zu Sympathisanten.
- 6 Bei Sympathisanten, welche ein volles Rechnungsjahr keinen Mitgliederbeitrag entrichtet haben, wird am darauf folgenden 1. April bei erneuter Nichtbezahlung der Austritt vermutet.



Kapitel 3: Organisation

Art. 7 Organe

- 1 Die Organe der PPS sind:
 - a. Piratenversammlung (PV);
 - b. Vorstand;
 - b^{bis}. Präsidium;
 - b^{ter}. Geschäftsleitung;
 - c. Geschäftsprüfungskommission (GPK);
 - c^{bis}. Antragskommission;
 - d. *aufgehoben*
 - e. Arbeitsgruppen.

Art. 8 Piratenversammlung

- 1 Die Piratenversammlung (PV) bildet das oberste Organ des Vereins.
- 2 Eine ordentliche Piratenversammlung findet alljährlich im letzten Quartal des Vereinsjahres statt.
- 3 Eine ausserordentliche Piratenversammlung kann nur durch den Vorstand einberufen werden, wozu er verpflichtet ist, wenn es ein Fünftel der Piraten verlangt.
- 4 Die Piratenversammlung ist zuständig für:
 - a. Genehmigung der Versammlungsordnung und Abstimmungsordnung;
 - b. Abnahme des Protokolls der vorangegangenen Piratenversammlung;
 - c. Abnahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
 - d. Abnahme des ordentlichen Budgets für das laufende Rechnungsjahr;
 - e. Déchargeerteilung der Vorstandsmitglieder;
 - f. Die Absetzung der Vorstandsmitglieder, der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und der Abstimmungsbeauftragten durch eine Zweidrittelmehrheit;
 - g. Wahl des Vorstandes;
 - h. Wahl der Geschäftsprüfungskommission;
 - i. *aufgehoben*
 - j. Statutenänderungen;
 - k. *aufgehoben*
 - l. Erledigung aller Anträge und Geschäfte der Traktandenliste.
 - m. die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Richter des Piratengerichts.



- 5 Die Piratenversammlung muss mindestens einen Monat im Voraus per E-Mail oder Briefpost angekündigt werden.
- 6 Im Beisein aller Piraten kann eine Universalversammlung abgehalten werden. In diesem Falle können auch Beschlüsse gefasst werden, die vorher nicht angekündigt wurden.

Art. 9 Vorstand

- 1 Der Vorstand setzt sich aus den Mitglieder des Präsidiums und der Geschäftsleitung zusammen.
- 2 *aufgehoben*
- 3 Die Amtszeit der Mitglieder des Präsidiums und der Geschäftsleitung beträgt zwei Vereinsjahre.
- 4 *aufgehoben*
- 5 *aufgehoben*
- 6 Das Präsidium und die Geschäftsleitung haben gegenüber den Beschlüssen des jeweils anderen Organs ein Konsultationsrecht. Wird dieses Recht angemeldet, so entscheidet der Vorstand über die Angelegenheit.
- 7 Der Vorstand regelt die spezifischen Kompetenzen und Zuständigkeiten des Präsidiums, der Geschäftsleitung und des Vorstands in einem Geschäftsreglement.
- 8 Ist die Kompetenz oder Zuständigkeit in einer Angelegenheit umstritten, so entscheidet der Vorstand über die Kompetenz oder Zuständigkeit.

Art. 9bis Präsidium

- 1 Das Präsidium setzt sich aus fünf Piraten zusammen. Er besteht aus:
- a. Präsidenten;
 - b. vier Vizepräsidenten;
- 2 Nicht mehr als drei Mitglieder des Präsidiums haben ihren Lebensmittelpunkt in der deutschen beziehungsweise lateinischen Schweiz.
- 3 Der Präsident führt den Vorsitz im Vorstand und repräsentiert die Partei gegenüber der Öffentlichkeit.
- 4 Die Vizepräsidenten unterstützen den Präsidenten mit Fokus auf ihren Landesteil.
- 5 Das Präsidium regelt die Verteilung weiterer Aufgaben in einem Pflichtenheft.
- 6 Das Präsidium regelt die Vertretung eines ausgeschiedenen, verhinderten oder abwesenden Mitglieds der Präsidiums.
- 7 Aufgaben und Kompetenzen des Präsidiums sind:
- a. die strategische Leitung der PPS und die Wahrung der Parteiinteressen;
 - b. die Erarbeitung, Anpassung und Kommunikation einer lang- und mittelfristigen Strategie zur Erreichung der politischen Ziele der Piratenpartei;



- c. die Einarbeitung der Beschlüsse der Piratenversammlung und der Urabstimmung in die Strategie;
 - d. die Beschlussfassung in Angelegenheiten von strategischer Bedeutung, die nicht ausdrücklich durch die Statuten anderen Organen zugeschrieben sind.
- 8 Die Aufgaben und Kompetenzen gemäss den Statuten ermächtigen das Präsidium zu den entsprechenden Mitteln.

Art. 9ter Geschäftsleitung

- 1 Die Geschäftsleitung setzt sich aus fünf Piraten zusammen. Er besteht aus:
- a. Geschäftsleiter;
 - b. Aktuar;
 - c. Registrar;
 - d. Schatzmeister;
 - e. Koordinator.
- 2 Die Mitglieder des Präsidiums können nicht gleichzeitig Mitglied der Geschäftsleitung sein.
- 3 Der Geschäftsleiter führt den Vorsitz in der Geschäftsleitung.
- 4 Der Aktuar ist verantwortlich für die Erstellung, PUBLIKATION und Archivierung der Protokolle der Piratenversammlung, der Statuten und der Ordnungen innert 4 Wochen. Er ist zudem Verantwortlich für die Erstellung, Publikation und Archivierung sämtlicher Protokolle und Reglemente des Vorstandes und seiner Organe, der Verträge sowie der Weisungen und führt den Schriftverkehr mit Dritten.
- 5 Der Registrar führt das Mitgliederverzeichnis, betreut die Mitglieder und organisiert die Urabstimmung.
- 6 Der Schatzmeister führt die Buchhaltung und erledigt weitere Aufgaben gemäss Finanzordnung.
- 7 Der Koordinator leitet die Arbeitsgruppen und koordiniert die Arbeiten mit den Kantonalen Sektionen.
- 8 Die Geschäftsleitung regelt die Verteilung weiterer Aufgaben in einem Pflichtenheft.
- 9 Die Geschäftsleitung regelt die Vertretung eines ausgeschiedenen, verhinderten oder abwesenden Mitglieds der Geschäftsleitung.
- 10 Aufgaben und Kompetenzen der Geschäftsleitung sind:
- a. die operative Leitung der PPS gemäss der strategischen Vorgaben des Präsidiums;
 - b. die Umsetzung der Beschlüsse der Piratenversammlung und der Urabstimmung;
 - c. die Beschlussfassung in Angelegenheiten ohne strategische Bedeutung, die nicht ausdrücklich durch die Statuten anderen Organen zugeschrieben sind.
- 11 Die Aufgaben und Kompetenzen gemäss den Statuten ermächtigen die Geschäftsleitung zu den entsprechenden Mitteln.



Art. 10 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Die Geschäftsprüfungskommission übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandes, der Arbeitsgruppen, des Schiedsgerichts und der anderen Träger von Parteiaufgaben aus. Die Geschäftsprüfungskommission legt dabei den Schwerpunkt auf die Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit.
- 1bis Die Geschäftsprüfungskommission prüft insbesondere
- a. die Korrektheit und Vollständigkeit der Buchführung,
 - b. den demokratischen und regelkonformen Ablauf von Abstimmungen und Wahlen.
- 1ter Die Geschäftsprüfungskommission kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Einsicht nehmen in
- a. die Buchführung,
 - b. das Mitgliederverzeichnis,
 - c. die Protokolle der in Abs. 1 genannten Organe,
 - d. die offizielle Korrespondenz der in Abs. 1 genannten Organe,
 - e. alle Verträge und Absprachen, welche die in Abs. 1 genannten Organe untereinander sowie mit Dritten eingehen.
- 2 Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus einem Präsidenten und 4 weiteren Mitgliedern. Der Präsident und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sind Piraten.
- 2bis Die Geschäftsprüfungskommission wählt aus ihrer Mitte einen Vizepräsidenten, der einen ausgeschiedenen, verhinderten oder abwesenden Präsidenten vertritt.
- 3 Die Geschäftsprüfungskommission kann jederzeit Bericht erstatten. Eine jährliche Berichterstattung an der ordentlichen Piratenversammlung ist obligatorisch.
- 4 Die Amtszeit des Präsidenten und der weiteren Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission beträgt drei Vereinsjahre.
- 4bis *aufgehoben*
- 5 Der Präsident und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht Mitglied des Vorstandes sein.

Art. 10bis Antragskommission

- 1 Die Antragskommission berät vor jeder Piratenversammlung über die vorliegenden Anträge.
- 2 Die Antragskommission besteht aus einem Präsidenten und bis zu 10 weiteren Mitgliedern. Der Präsident und die Mitglieder der Antragskommission sind Piraten.
- 3 Die Antragskommission wählt aus ihrer Mitte einen Vizepräsidenten, der einen ausgeschiedenen, verhinderten oder abwesenden Präsidenten vertritt.
- 4 Die Amtszeit des Präsidenten und der weiteren Mitglieder der Antragskommission beträgt zwei Vereinsjahre.
- 5 *aufgehoben*



- 6 Die Antragskommission kann weitere Personen in beratender Funktion aufnehmen. Diese haben kein Stimmrecht.
- 7 Die Antragskommission kann dem Antragssteller inhaltliche und redaktionelle Änderungen vorschlagen. Die Vorschläge sind nicht bindend.
- 8 Die Antragskommission empfiehlt die Traktandierung von Anträgen an die Piratenversammlung. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigt sie
- a. die Vereinbarkeit des Antrags mit übergeordnetem Recht,
 - b. die Durchführbarkeit des Antrags,
 - c. die Wichtigkeit des Antrags, wenn zu viele Anträge vorliegen,
 - d. die Einhaltung für der formalen Anforderungen gemäss Versammlungsordnung.
- Die Piratenversammlung kann auf nicht traktandierte Anträge trotzdem eintreten oder auf traktandierte nicht eintreten.
- 9 Die Antragskommission dokumentiert ihre Entscheidungen und Empfehlungen in einer Abstimmungsdokumentation zuhanden der Piratenversammlung.
- 10 Die Antragskommission entscheidet, auf Antrag, innert Wochenfrist über die Durchführung einer Urabstimmung. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigt sie
- a. die Vereinbarkeit des Antrags mit übergeordnetem Recht,
 - b. die Durchführbarkeit des Antrags,
 - c. die Wichtigkeit des Antrags, wenn sehr viele Anträge vorliegen.

Art. 11 *aufgehoben***Art. 12 Arbeitsgruppen**

- 1 Der Vorstand, das Präsidium und die Geschäftsleitung können Arbeitsgruppen (AG) gründen und besetzen.
- 2 Die Pflichten und Kompetenzen der Arbeitsgruppen werden durch das gründende Organ in einem Pflichtenheft geregelt. Dabei kann das gründende Organ nur Kompetenzen weitergeben, die ihm selbst zustehen.
- 3 Im Pflichtenheft einer Arbeitsgruppe müssen folgende Angaben zwingend geregelt sein:
- a. Bestimmung wer Mitglied der Arbeitsgruppe werden kann;
 - b. Regelung wie die Leitung der Arbeitsgruppe bestimmt wird;
 - c. Zweck der Arbeitsgruppe;
 - d. Rechte und Pflichten der Arbeitsgruppe.
- 4 Beim Vorstand, beim Präsidium und bei der Geschäftsleitung kann eine Arbeitsgruppe beantragt werden. Mit einem Antrag zusammen muss ein Pflichtenheft eingereicht werden.
- 5 Das Organ, welches eine Arbeitsgruppe gegründet hat, kann das Pflichtenheft der Arbeitsgruppe jederzeit ändern.



- 6 Das Organ, welches eine Arbeitsgruppe gegründet hat, kann diese wieder auflösen. Alternativ kann es bei der Kreation eine Auflösungsbedingung angeben.

Kapitel 4: Verfahrensordnung

Art. 13 Grundlegende Beschlussfassungsmodalitäten

- 1 Die Beschlussfassung der PPS besteht aus Diskussion und Abstimmung.
- 2 Alle Piraten, die das 16. Altersjahr vollendet haben, besitzen aktives Wahl- und Stimmrecht, wovon nur der Vorsitzende während der Piratenversammlung ausgenommen ist. Mitgliedsorganisationen und Sympathisanten haben kein Wahl- und Stimmrecht.
- 2bis Jede Stimmrechtsvertretung ist ausgeschlossen.
- 3 Passives Wahlrecht haben alle volljährigen Piraten. Sympathisanten haben kein passives Wahlrecht.
- 4 Wenn nichts anderes festgelegt ist, gilt das einfache Mehrheitsprinzip. Wird ein absolutes Mehr vorausgesetzt, dann werden Stimmenthaltungen zur Errechnung des Mehr berücksichtigt.

Art. 13bis Referendumsfähige Vorstandsbeschlüsse

- 1 Folgende Vorstandsbeschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum:
 - a. Parolenfassung für, Teilnahme an und Unterstützung von nationalen Abstimmungen;
 - b. Aussprechen von Wahlempfehlungen auf bundes- und internationaler Ebene.
 - c. Mitgliedschaft in anderen Vereinen.
- 2 Gefasste referendumsfähige Vorstandsbeschlüsse werden im Publikationsorgan veröffentlicht.
- 3 Ein Referendum gilt als zustandegekommen, wenn innerhalb der Referendumsfrist 5 oder mehr Piraten Widerspruch einlegen.
- 4 Die Referendumsfrist beginnt mit der Veröffentlichung des Beschlusses.
- 5 Die Referendumsfrist beträgt 48 Stunden.
- 6 Die Referendumsfrist hemmt den Beschluss.
- 7 Kommt das Referendum zustande, so wird per Urabstimmung darüber entschieden.
- 8 Fünf oder mehr Piraten können auch ohne vorangehenden Vorstandsbeschluss eine Urabstimmung über Geschäfte nach Abs. 1 beantragen.

Art. 14 Versammlungsordnung an der Piratenversammlung

- 1 Die Piratenversammlung wird durch die Versammlungsordnung geregelt. Eine Änderung der Versammlungsordnung erfordert eine absolute Mehrheit der Piratenversammlung. Die Änderungen müssen nicht angekündigt werden und treten sofort nach Annahme in Kraft. Bereits zuvor traktandierte Anträge behalten in jedem Fall ihre Gültigkeit.



- 2 Die Beschlussfähig der Piratenversammlung ist gegeben, wenn diese ordentlich angekündigt und etwaige Anträge auf Änderung der Versammlungsordnung behandelt wurden.
- 3 Die Piratenversammlung wird durch einen Vorsitzenden geleitet, der zuständig ist für:
- a. die Durchführung der Piratenversammlung gemäss Versammlungsordnung;
 - b. das Sammeln, Zusammenstellen und Versenden der Traktanden sowie nicht traktandierter Anträge an alle Mitglieder per E-Mail oder Briefpost bis 7 Tage vor der Versammlung.
 - c. die Leitung der Diskussion an der Piratenversammlung;
 - d. den Stichentscheid an der Piratenversammlung im Falle der Stimmengleichheit.
- 3bis *aufgehoben*
- 4 Der Vorsitzende der Piratenversammlung wird vom Vorstand benannt und hat an der Piratenversammlung kein aktives Wahl- und Stimmrecht.
- 5 Wahlen und Abstimmungen erfolgen offen, müssen aber auf Verlangen von einem Viertel der Anwesenden geheim durchgeführt werden.
- 6 *aufgehoben*
- 6bis *aufgehoben*
- 7 *aufgehoben*
- 8 *aufgehoben*
- 9 Es werden an der Piratenversammlung nur Anträge behandelt, die folgende Bedingungen erfüllen:
- a. formale Korrektheit gemäss Versammlungsordnung;
 - b. Einreichung an den Vorsitzenden mindestens 14 Tage vor der Piratenversammlung.
- 10 Für eine Teil- oder Totalrevision der Statuten ist eine Zweidrittelmehrheit der Piratenversammlung erforderlich. Der Vereinszweck kann ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit der Piratenversammlung geändert werden.

Art. 14bis Amtszeit und Wahl

- 1 Dieser Artikel regelt die Amtszeit und Wahl der Mitglieder
- a. des Präsidiums,
 - b. der Geschäftsleitung,
 - c. der Geschäftsprüfungskommission,
 - d. der Antragskommission.
- 2 Die Gesamterneuerungswahl des Organs findet jeweils an der letzten Piratenversammlung vor Ende der Amtszeit statt.
- 3 Bei einer Vakanz findet an der nächstmöglichen Piratenversammlung eine Ersatzwahl statt.
- 4 Mitglieder der Organe, die als Ersatz gewählt werden, vollenden die ursprüngliche Amtszeit.



- 5 Wird ein Posten zwischen Wahl und Ende der Amtszeit vakant, so übernimmt der neue Gewählte das Amt sofort nach und unbeschadet seiner Amtszeit.
- 6 Die Amtszeit beginnt am ersten Tag eines Vereinsjahres.
- 7 Die Amtszeit endet am letzten Tag eines Vereinsjahres.
- 8 Wiederwählbarkeit ist gegeben.
- 9 Der Präsident, die Mitglieder der Geschäftsleitung, der Präsident der Geschäftsprüfungskommission und der Präsident der Antragskommission werden einzeln mit absolutem Mehr gewählt. Kann kein Kandidat in einem Wahlgang das absolute Mehr auf sich vereinen, so wird ein weiterer Wahlgang durchgeführt, bei dem keine neuen Kandidaten zugelassen sind und derjenige mit den wenigsten Stimmen ausgeschlossen wird. Das wird wiederholt bis ein Kandidat das absolute Mehr erreicht. Falls nach dem dritten Wahlgang kein Kandidat das absolute Mehr erreicht hat, muss vor jedem allfälligen Folgewahlgang per Abstimmung eruiert werden ob der Sitz vakant bleiben soll. Der Entscheid zur Vakanz unterliegt dem einfachen Mehr.
- 10 Die Vizepräsidenten werden durch Listenwahl mit absolutem Mehr gewählt. Bei jedem Wahlgang kann jeder Wahlberechtigte sovielen Kandidaten die Stimme geben wie noch Sitze zu besetzen sind. Die Kandidaten, die das absolute Mehr erreicht haben, sind in absteigender Reihenfolge ihrer Stimmenzahl gewählt, solange die Bedingung zur Zusammensetzung des Präsidiums nach Art. 9bis Abs. 2 eingehalten wird. Solange noch Sitze zu besetzen sind, findet ein weiterer Wahlgang statt, wobei Kandidaten, deren Wahl die Bedingung zur Zusammensetzung des Präsidiums verletzen würde, eliminiert werden. Erreicht in einem Wahlgang kein Kandidat das absolute Mehr, so wird der Kandidat mit den wenigsten Stimmen eliminiert. Falls nach dem dritten Wahlgang kein Kandidat das absolute Mehr erreicht hat, muss vor jedem allfälligen Folgewahlgang per Abstimmung eruiert werden ob der Sitz vakant bleiben soll. Der Entscheid zur Vakanz unterliegt dem einfachen Mehr.
- 11 Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und der Antragskommission werden per Listenwahl gewählt. Gewählt ist, wer das absolute Mehr auf sich vereinigen kann. Sind bei einem Wahlgang mehr Kandidaten angetreten als Sitze zu vergeben sind und wurden nicht alle Sitze besetzt, so findet ein weiterer Wahlgang statt.

Art. 15 Urabstimmung

- 1 Die Urabstimmung ist eine Beschlussfassungsmethode der Piratenversammlung. Eine Urabstimmung wird durch die Urabstimmungsordnung geregelt, die von der Piratenversammlung per absolutem Mehr genehmigt werden muss.
- 2 Durchgeführt wird eine Urabstimmung von der Geschäftsleitung und die Geschäftsprüfungskommission wacht über die ordnungsgemässe Durchführung.
- 3 Per Urabstimmung können folgende Beschlüsse gefasst werden:
- a. Verabschiedung oder Änderung des Parteiprogramms;
 - a^{bis}. Verabschiedung oder Änderung von Positionspapieren;
 - a^{ter}. Ausnahmen nach Artikel 26 Absatz 2;
 - b. Parolenfassung für nationale Abstimmungen;
 - b^{bis}. *aufgehoben*



- c. Konsultativabstimmungen;
- d. Verlangen der Einberufung einer Piratenversammlung;
- e. Verabschiedung oder Änderung einer verbindlichen Positionsrichtlinie;
- f. *aufgehoben*
- g. Referenden gemäss Art. 13 bis.

4 Alle Piraten haben Stimmrecht an der Urabstimmung.

5 Eine Urabstimmung ist Beschlussfähig, wenn sie ordentlich angekündigt wurde und gemäss den Zahlen zum Zeitpunkt der Eröffnung der Abstimmung mindestens 20% aller Mitglieder mit gültigem Zertifikat ihre Stimme abgegeben haben.

6 Jede Urabstimmung ist vor deren Beginn im Publikationsorgan und per E-Mail anzukündigen. Die Ankündigung umfasst mindestens den Wortlaut aller Anträge sowie die Art der Abstimmung, Zeitpunkt und Abstimmungsfristen.

7 Die Abstimmungsfrist beträgt grundsätzlich 7 oder mehr Tage, jedoch mindestens 5 Tage.

8 Anträge für eine Urabstimmung werden bei der Antragskommission eingereicht, über die Durchführung befindet und den Antrag danach gegebenenfalls zur öffentlichen Diskussion stellt.

9 Die Urabstimmung ist kryptographisch gesichert durchzuführen. Besonders die Korrektheit der Abstimmung und das Stimmgeheimnis ist zu gewährleisten.

10 Das Ergebnis der Urabstimmung, die aktuelle Mitgliederzahl und die Zahl der Piraten mit gültigem Zertifikat muss jederzeit nachprüfbar sein und vom Vorstand nach Ende der Abstimmungsfrist auf dem offiziellen Publikationsorgan veröffentlicht werden. Gefasste Parolen müssen den Mitgliedern mit Kommentar per E-Mail mitgeteilt werden.

11 Der Vorstand oder von ihm bestimmte Vertreter unterhalten auf dem offiziellen Publikationsorgan eine Einführung und Anleitung der technischen Hilfsmittel der Urabstimmung.

Art. 16 Schiedsverfahren

1 Die nachfolgenden Streitigkeiten werden durch das Piratengericht entschieden:

- a. Streitigkeiten betreffend Statuten und Reglemente.
- b. Streitigkeiten zwischen den Organen der Partei.
- c. Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Piratenpartei und der Piratenpartei.
- d. Streitigkeiten zwischen der Piratenpartei und den der Piratenpartei direkt oder indirekt angeschlossenen Sektionen.
- e. Streitigkeiten zwischen den der Piratenpartei direkt oder indirekt angeschlossenen Sektionen.
- f. Weiteren Streitigkeiten für welche das Piratengericht durch eine entsprechende Schiedsklausel für zuständig erklärt wurde.

2 Das Piratengericht entscheidet über:



- a. den Ausschluss von Mitgliedern auf Antrag des Vorstandes.
 - b. die Amtsenthebung des Vorstandes oder einzelnen Vorstandsmitgliedern bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen auf Antrag von fünf Piraten.
- 3 Für das Verfahren und die Zusammensetzung des Piratengerichts gilt die Piratengerichtsordnung der Piratenpartei.
- 4 *aufgehoben*
- 5 *aufgehoben*

Kapitel 5: Finanzen

Art. 17 Finanzierung

- 1 Die PPS finanziert sich hauptsächlich aus Mitgliederbeiträgen und Spenden. Weitere Möglichkeiten zur Finanzierung werden nicht ausgeschlossen.
- 2 Spenden werden mit Nennung des Betrags und des Spenders zwecks Transparenz veröffentlicht, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:
- a. die Spende übersteigt einen Betrag von CHF 500.-- pro Rechnungsjahr;
 - b. die Spende stammt von einer juristischen Person.
- 3 *aufgehoben*

Art. 17bis Anstellung

- 1 Der Vorstand der Piratenpartei Schweiz kann zur Erreichung des Vereinszwecks Personen anstellen.
- 2 Angestellte der Piratenpartei Schweiz dürfen mit keinem Vorstandsmitglied verwandt, verheiratet, verpartnert oder verschwägert sein.

Art. 17ter Aufträge

- 1 Der Vorstand der Piratenpartei Schweiz kann zur Erreichung des Vereinszwecks bezahlte Aufträge vergeben.
- 2 Aufträge bei denen lediglich Material- und Transportkosten, Reisespesen und Ähnliches aber keine Arbeit vergütet wird gelten nicht als bezahlte Aufträge im Sinne dieses Artikels.
- 3 Die Auftragnehmer bezahlter Aufträge der Piratenpartei Schweiz dürfen mit keinem Vorstandsmitglied verwandt, verheiratet, verpartnert oder verschwägert sein.



Art. 18 *aufgehoben*

Art. 18bis Mandatsabgabe

- 1 Jedes Mitglied das aufgrund seiner Kandidatur durch eine Gebietspartei oder die Piratenpartei Schweiz in ein öffentliches Amt gewählt wurde oder ein Mandat erhält, ist verpflichtet einen pauschalen Anteil der nicht-spesengebundenen Entschädigungen des Mandats abzugeben.
- 2 Die Einzelheiten werden durch Titel 5 der Finanzordnung geregelt.

Art. 19 Haftung

- 1 Für die Verbindlichkeiten des Vereins haftet ausschliesslich das Vereinsvermögen.

Kapitel 6: Kantonale Sektionen

Art. 20 Anerkennung

- 1 Der Vorstand der PPS entscheidet über die Anerkennung einer Kantonalen Sektion. Die Entscheidung kann an die Piratenversammlung der PPS weitergezogen werden.
- 2 Es kann nur eine Kantonale Sektion pro Kanton anerkannt werden.

Art. 20bis Gebietsparteien

- 1 Die Piratenpartei Schweiz ist die Gebietspartei höchster Stufe.
- 2 Die Gebietsparteien zweiter Stufe sind die von der Piratenpartei Schweiz anerkannten Kantonalen Sektionen.
- 3 Die Gebietsparteien zweiter und weiterer Stufen können untergeordnete Gebietsparteien innerhalb ihres Gebiets anerkennen. Sie regeln die Anerkennung und sorgen dabei für die Einhaltung der statuarischen Regeln übergeordneter Gebietsparteien.
- 4 Die Gebiete von Gebietsparteien gleicher Stufe überschneiden sich nicht.

Art. 21 Ausschluss oder Aberkennung

- 1 Der Ausschluss oder die Aberkennung als Kantonale Sektion muss durch den Vorstand der PPS beantragt und durch die PV beschlossen werden.
- 2 Die Gebietsparteien zweiter und weiterer Stufen regeln den Ausschluss oder die Aberkennung als Gebietspartei von Gebietsparteien untergeordneter Stufen. Sie sorgen dabei für die Einhaltung der statuarischen Regeln übergeordneter Gebietsparteien.

Art. 22 Statuten der Gebietsparteien

- 1 Die Statuten von Gebietsparteien zweiter und weiterer Stufen haben folgende Bedingungen zu erfüllen:
 - a. Es müssen alle Ziele der übergeordneten Gebietsparteien übernommen werden;
 - b. Es dürfen keine eigenen Mitgliederbeiträge erhoben werden;



- c. Die Mitgliedschaft in einer Gebietspartei muss die Mitgliedschaft in der übergeordneten Gebietsparteien bedingen;
 - d. Die Mitgliedschaft darf nicht durch den Wohnort eingeschränkt sein;
 - e. Das Vereinsjahr und das Rechnungsjahr müssen demjenigen der PPS entsprechen.
 - f. Die die Gebietsparteien betreffenden Bereiche der Statuten der PPS müssen als übergeordnetes Recht anerkannt werden.
- 2 Jede Statutenänderung muss den Vorständen aller übergeordneten Gebietsparteien innerhalb von 30 Tagen nach Beschlussfassung mitgeteilt werden.

Art. 23 Mitgliedschaft in Gebietsparteien

- 1 Mitglieder einer Gebietspartei sind zugleich Mitglieder aller übergeordneten Gebietsparteien. Der Beitritt, Austritt oder Ausschluss erfolgt gleichzeitig.
- 2 Jedes Mitglied kann die Zugehörigkeit zu einer Gebietspartei frei wählen, ist jedoch immer Mitglieder aller übergeordneten Gebietsparteien.
- 3 Neumitglieder oder Übertritte aus anderen Gebietsparteien müssen durch den Vorstand einer Gebietspartei innerhalb von 30 Tagen nach Beitritt den Vorständen aller übergeordneten Gebietsparteien gemeldet werden.
- 4 Der Ausschluss von Mitgliedern kann vom Vorstand einer Gebietspartei beim Schiedsgericht beantragt werden.
- 5 Gebietsparteien können Mitglieder nicht aus ihrer Gebietspartei ausschliessen.
- 6 Es ist nur möglich Mitglied einer Gebietspartei gleicher Stufe zu sein.

Art. 24 Gründung von Gebietsparteien

- 1 Gründungsmitglieder einer Gebietspartei zweiter oder weiterer Stufen müssen Piraten der PPS sein.
- 2 Ein Vertreter des Vorstandes der jeweils übergeordneten Gebietspartei prüft an der Gründungsversammlung, dass alle Gründungsmitglieder Art. 24 Abs 1 der PPS Statuten erfüllen.
- 3 Alle Mitglieder der PPS werden durch den Vorstand der PPS vorgängig darüber informiert, wenn eine neue Gebietspartei gegründet wird.
- 4 Die Gründung einer Gebietspartei führt nach Ablauf der Widerspruchsfrist zur automatischen Mitgliedschaft aller im entsprechenden Gebiet wohnhaften Mitglieder der übergeordneten Gebietspartei, sofern diese nicht bereits Mitglieder einer Gebietspartei gleicher Stufe sind.
- 5 Der Vorstand der übergeordneten Gebietspartei informiert nach der Gründung und Anerkennung einer neuen Gebietspartei alle Mitglieder der übergeordneten Gebietspartei, die im entsprechenden Gebiet wohnhaft und nicht bereits Mitglieder einer Gebietspartei gleicher Stufe sind, dass sie der neuen Gebietspartei zugeteilt werden, wenn sie der Zuteilung nicht innerhalb von 30 Tagen gegenüber dem Vorstand der übergeordneten Gebietspartei widersprechen.



Art. 25 Finanzen von Gebietsparteien

- 1 Die Gebietsparteien finanzieren sich grundsätzlich durch Anteile an den Mitgliederbeiträgen gemäss Finanzordnung.
- 2 Gebietsparteien erheben keine eigenen Mitgliederbeiträge, können jedoch andere Finanzierungsmöglichkeiten nutzen.
- 2bis Spenden müssen entsprechend den Statuten der PPS ausgewiesen werden.
- 3 *aufgehoben*
- 4 *aufgehoben*
- 5 Der Schatzmeister und die Geschäftsprüfungskommission der PPS haben das Recht die Buchhaltung aller Gebietsparteien einzusehen.
- 6 *aufgehoben*

Art. 26 Zuständigkeiten von Gebietsparteien

- 1 Kantonale Sektionen sind zuständig für Abstimmungen, Wahlen, Demonstrationen und andere politische Aktivitäten auf ihrer föderalen Ebene. Der Vorstand der Kantonalen Sektionen muss den Vorstand der PPS über seine Aktivitäten informieren.
- 2 Kantonale Sektionen vertreten alle Positionen der PPS, es sei denn, durch Beschluss der Piratenversammlung der PPS wird der Kantonalen Sektion erlaubt, eine abweichende Position einzunehmen.
- 3 Die Gebietsparteien zweiter und weiterer Stufen regeln die Zuständigkeiten untergeordneter Gebietsparteien innerhalb der statutarischen Regeln übergeordneter Gebietsparteien.

Kapitel 7: Schlussbestimmungen

Art. 27 Publikationsorgan

- 1 Das offizielle Publikationsorgan ist die Website «piratenpartei.ch» / «partipirate.ch» / «partitopirata.ch».

Art. 28 Auflösung der Partei

- 1 Für die Auflösung der Piratenpartei Schweiz, ist die Zweidrittelmehrheit eines 20% Quorums sämtlicher Piraten erforderlich.
- 2 Nach Auflösung des Vereins wird das Vermögen, nach Abzug sämtlicher Kreditoren, unter den bis dahin verbliebenen Piraten gleichmässig verteilt.

Art. 29 Vereinsjahr

- 1 Das Vereinsjahr dauert jeweils vom 1. April bis zum 31. März.
- 2 Das Rechnungsjahr dauert jeweils vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.
- 3 *aufgehoben*



Versammlungsordnung vom 3.3.2012

Kapitel 1: Allgemeines

Art. 1 Versammlungsordnung

- 1 Diese Ordnung regelt den Lauf der Piratenversammlungen der Piratenpartei Schweiz.
- 2 Bei widersprüchlichen Regelungen zwischen Statuten und dieser Versammlungsordnung, gelten in höchster Priorität die Statuten.

Art. 2 Personenbezeichnungen

- 1 Alle Funktions- und Personenbezeichnungen, die in dieser Ordnung sprachlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäss auch in der weiblichen Form.

Kapitel 2: Anträge

Art. 3 Antragsrecht

- 1 Antragsberechtigt sind alle Piraten.
- 2 Über die Annahme von Anträgen entscheidet der Vorsitzende gemäss Statuten.
- 3 Anträge haben mindestens folgende Punkte zu enthalten:
 - a. Der Antrag soll einen Titel tragen.
 - b. Der Antragssteller soll klar gekennzeichnet sein.
 - c. Jedem Antrag ist eine Begründung anzufügen.
- 4 Aus Anträgen zur Änderung von Statuten oder Ordnungen muss klar ersichtlich sein was geändert werden soll.
- 5 Anträge, die einen Auftrag oder eine Aufgabe enthalten haben festzulegen wer sie auszuführen hat.

Art. 4 Änderungs- und Gegenanträge

- 1 Alle Piraten sind berechtigt, zu den Anträgen auf der Traktandenliste Änderungs- oder Gegenanträge inhaltlicher Art zu stellen.
- 2 Änderungs- und Gegenanträge sind dem Vorsitzenden schriftlich zu übergeben.



- 3 Die antragsstellende Person kann ihren Antrag im Sinne von gestellten Änderungs- oder Gegenanträgen modifizieren. Opponiert kein Mitglied, so gilt der Antrag als modifiziert.
- 4 Änderungs- oder Gegenanträge dürfen nicht über den Rahmen des auf der Traktandenliste angekündigten Gegenstandes hinausgehen.

Kapitel 3: Versammlung

Art. 5 Vorsitzender

- 1 Der Vorsitzende der Versammlung wird von der Versammlung bestätigt.
- 2 Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, teilt das Wort zu und sorgt für Ruhe und Ordnung an der Sitzung.

Art. 6 Protokollanten

- 1 Mindestens ein Protokollant wird von der Versammlung gewählt.
- 2 Die Protokollanten führen das Protokoll welches mindestens enthält:
 - a. Ort, Datum, Beginn und Ende der Versammlung;
 - b. Den vollständigen Namen des Vorsitzenden, der Protokollanten und der Stimmenzähler;
 - c. Alle Beschlüsse der Versammlung;
 - d. Alle Abstimmungs- und Wahlergebnisse;
 - e. Alle Ordnungsanträge mit Abstimmungsergebnis.

Art. 7 Stimmenzähler

- 1 Ein Stimmenzählleiter und mindestens zwei Stimmenzähler werden von der Versammlung gewählt.
- 2 Die Stimmenzähler organisieren sich so, dass die Anzahl der Stimmen jeweils durch Konsensus von zwei Stimmenzählern bestätigt wird.

Art. 8 Wortbegehren

- 1 Wortbegehren sind in der Reihenfolge ihres Eingangs zu berücksichtigen. Bei Unklarheiten entscheidet der Vorsitzende.
- 2 Der Vorsitzende kann das Wort an Referenten und Antragsteller auch ausserhalb der Rednerliste erteilen.
- 3 Entfernt sich ein Redner zu sehr von dem in Beratung stehenden Gegenstand, so ermahnt ihn der Vorsitzende, zur Sache zu sprechen.
- 4 Missachtet ein Redner die Mahnungen und Ordnungsrufe des Vorsitzenden, so entzieht ihm dieser das Wort.



Art. 9 Abstimmungen

- 1 Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch Stimmenzähler.
- 2 Über Beschlussanträge, die voneinander unabhängig sind, wird nacheinander abgestimmt.
- 3 Über Unteranträge ist vor den Hauptanträgen abzustimmen.
- 4 Vor einer Abstimmung stellt der Vorsitzende die vorliegenden Anträge zusammen und schlägt den Abstimmungsmodus vor.
- 5 Die relative Mehrheit ist erreicht, wenn eine Position mehr Stimmen erreicht, als eine andere Position. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.
- 6 Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn eine Position mehr Stimmen erreicht, als die Summe aller anderen Positionen. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.
- 7 Die absolute Mehrheit ist erreicht wenn die Summe von Nein-Stimmen und Enthaltungen kleiner ist als diejenige der Ja-Stimmen.
- 8 Die Zweidrittelmehrheit ist erreicht wenn die Anzahl der Ja-Stimmen gleich oder grösser dem Doppel der Nein-Stimmen sind. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.
- 9 Die Stimmabgabe erfolgt offen, es sei denn, zuvor sei geheime Abstimmung beschlossen worden.
- 10 Bei offenkundigem Ergebnis kann auf die Auszählung verzichtet werden. Jeder Stimmberechtigte kann eine Auszählung verlangen.
- 11 Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmengleichheit hat er den Stichentscheid.
- 12 Der Vorsitzende gibt die Wahl- und Abstimmungsergebnisse bekannt.

Art. 10 Geheime Abstimmung

- 1 Für die geheime Abstimmung oder Wahl werden markierte Stimmzettel ausgeteilt.
- 2 Die Stimmzettel sind durch die Piraten handschriftlich auszufüllen.
- 3 Die Stimmzettel werden verdeckt eingesammelt.
- 4 Bei der Auszählung durch die Stimmenzähler ist das Vier-Augen-Prinzip einzuhalten.
- 5 Die Stimmzettel werden für den Fall einer Nachzählung in einem verschlossenen Umschlag archiviert.

Kapitel 4: Ordnungsanträge

Art. 11 Stellen von Ordnungsanträgen

- 1 Anträge zur Verhandlungs-, Abstimmungs- oder Wahlordnung können jederzeit ausserhalb der Rednerliste von Mitgliedern gestellt und begründet werden.
- 2 Begehren auf Ordnungsanträge sind mit einem Time-Out-Signal (Hände in Form eines "T") anzuzeigen, so dass sie von Wortbegehren unterschieden werden können.



- 3 Es können nur Ordnungsanträge gestellt werden, die in dieser Ordnung aufgeführt werden.
- 4 Falls nicht anders geregelt, wird die Beratung bis zur Erledigung des Ordnungsantrages unterbrochen und sofort die Abstimmung vorgenommen.
- 4 Bei Ordnungsanträgen kann eine formale Gegenrede gewährt werden, die begründet, weshalb der Ordnungsantrag aus formalen Gründen abgelehnt werden soll.

Art. 12 Ordnungsantrag auf Meinungsbildung

- 1 Der Antragsteller schlägt eine bis drei JA/NEIN-Fragen vor, über die es eine konsultative Abstimmung in der Versammlung wünscht.
- 2 Sofern der Ordnungsantrag nicht zum Abschluss der Sitzung gestellt wird, müssen die Fragen in einem direkten Zusammenhang mit dem derzeit behandelten Geschäft stehen.
- 3 Bei Wahlen, dürfen die Fragen nicht auf identifizierbare Personen gerichtet sein.
- 4 Die Fragen sind dem Vorsitzenden schriftliche zu übergeben.
- 5 Der Vorsitzende kann den Ordnungsantrag auf Meinungsbildung direkt annehmen oder eine Abstimmung darüber vornehmen.
- 6 Wird über den Ordnungsantrag abgestimmt, so benötigt er eine einfache Mehrheit.
- 7 Der Ausgang der Abstimmungen wird protokolliert, hat aber in keinem Fall unmittelbar weitergehende Auswirkungen.

Art. 13 Ordnungsantrag auf Pausierung der Sitzung

- 1 Der Antragsteller schlägt eine Zeitspanne in Minuten für einen Unterbruch der Sitzung vor.
- 2 Der Vorsitzende kann diesem ohne Abstimmung zustimmen. Will sich der Vorsitzende dem Vorschlag nicht anschliessen, erfolgt die Abstimmung über den Ordnungsantrag.
- 3 Wird über den Ordnungsantrag abgestimmt, so benötigt er eine einfache Mehrheit.
- 4 Bei Annahme des Ordnungsantrages wird die Sitzung umgehend für die vorgeschlagene Zeit pausiert und die Rednerliste danach wieder aufgenommen.

Art. 14 Ordnungsantrag auf Generelle Beschränkung der Redezeit

- 1 Der Antragsteller schlägt eine Zeitspanne vor, die bei einem Wortbegehren nicht überschritten werden darf.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.
- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages wacht der Vorsitzende über die Einhaltung der Beschränkung.
- 4 Ausnahmen von einer allgemeingültigen Regelung dürfen lediglich für die Funktionen des Antragstellers, eines Kandidierenden oder des amtierenden Vorstandes gemacht werden.
- 5 Die vorgegebene Zeitspanne kann jederzeit abgeändert werden mittels eines erneuten Ordnungsantrages auf generelle Beschränkung der Redezeit.



Art. 15 Ordnungsantrag auf Abschluss der Diskussion

- 1 Der Antragsteller schlägt vor, die Diskussion abzuschliessen.
- 2 Der Vorsitzende nimmt vor der Abstimmung vorhandene Wortbegehren auf die Rednerliste auf.
- 3 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.
- 4 Bei Annahme des Ordnungsantrages werden offene Wortbegehren berücksichtigt und die Rednerliste bleibt geschlossen.
- 5 Dem Antragssteller wird ein Schlussvotum eingeräumt, anschliessend erfolgt die Abstimmung über das behandelte Geschäft.

Art. 16 Ordnungsantrag auf Abänderung eines Antrags

- 1 Der Antragsteller schlägt vor eine redaktionelle, jedoch nicht inhaltliche, Abänderung eines vorliegenden Antrages vor.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.
- 3 Wird dem Ordnungsantrag zugestimmt, so ist der entsprechende Antrag redaktionell anzupassen.

Art. 17 Ordnungsantrag auf Änderung der Reihenfolge der Traktanden

- 1 Der Antragsteller schlägt eine geänderte Reihenfolge von Traktanden vor, die noch nicht in Behandlung standen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.
- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages gilt die geänderte Reihenfolge.

Art. 18 Ordnungsantrag auf Änderung der Reihenfolge der Wahlgänge

- 1 Der Antragsteller schlägt eine geänderte Reihenfolge der Wahlgängen vor, die noch nicht in Behandlung standen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.
- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages gilt die geänderte Reihenfolge.

Art. 19 Ordnungsantrag auf Geheime Beschlussfassung

- 1 Der Antragsteller schlägt vor eine oder mehrere Abstimmungen oder Wahlen im Geheimen vorzunehmen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt ein Viertel aller abgegebenen Stimmen.
- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages müssen die betreffenden Beschlussfassungen im Geheimen vorgenommen werden.

Art. 20 Ordnungsantrag auf Geheime Wahlberatung

- 1 Der Antragsteller schlägt während einer Wahlberatung vor eine geheime Beratung ohne Protokollierung und Aufzeichnung vorzunehmen.



2 Der Ordnungsantrag benötigt eine einfache Mehrheit.

3 Die geheime Beratung ist nicht zu protokollieren.

4 Die geheime Beratung ist nicht aufzuzeichnen.

Art. 21 Ordnungsantrag auf Änderung des Abstimmungsmodus

1 Der Antragsteller schlägt eine Änderung des Abstimmungsmodus vor.

2 Der Vorsitzende kann diesem ohne Abstimmung zustimmen. Will sich der Vorsitzende dem Vorschlag nicht anschliessen, erfolgt die Abstimmung über den Ordnungsantrag.

3 Wird über den Ordnungsantrag abgestimmt, so benötigt er eine Zweidrittelmehrheit.

4 Bei Annahme des Ordnungsantrages gilt der geänderte Abstimmungsmodus.

Art. 22 Ordnungsantrag auf Traktandierung von Anträgen

1 Der Antragsteller schlägt die Traktandierung eines nicht traktandierten aber eingereichten und gültigen Antrags vor.

2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.

3 Bei Annahme des Ordnungsantrages wird der Antrag als nächstes Geschäft behandelt..

Art. 23 Ordnungsantrag auf Nichteintreten auf Geschäfte

1 Der Antragsteller schlägt das Nichteintreten auf eines oder mehrerer Geschäfte vor.

2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.

3 Bei Annahme des Ordnungsantrages werden die betreffenden Geschäfte nicht mehr behandelt.

Art. 24 Ordnungsantrag auf Rückkommen auf ein Geschäft

1 Der Antragsteller schlägt vor ein an der PV bereits abgeschlossenes Geschäft erneut zu öffnen.

2 Eine kurze Begründung des Ordnungsantrages ist zulässig, danach erfolgt die Abstimmung.

3 Ein Rückkommensantrag auf die Wahl eines nicht-vakanten Sitzes ist nicht zulässig.

4 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.

5 Bei Annahme des Ordnungsantrages wird das wieder eröffnete Geschäft behandelt und bis zu dessen Schliessung ein allenfalls noch in Beratung stehendes Geschäft unterbrochen.

6 Werden Änderungsanträge angenommen, die einen bereits zuvor beschlossenen Hauptantrag abwandeln sollen, muss über diesen erneut abgestimmt werden.

Art. 25 Ordnungsantrag auf Verschiebung von Geschäften

1 Der Antragsteller schlägt die Verschiebung eines oder mehrerer Geschäfte auf die kommende PV vor.

2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.



- 3 Bei Annahme des Ordnungsantrages werden die betreffenden Geschäfte nicht mehr behandelt und müssen vom Vorsitzenden für die kommenden PV traktandiert werden.

Art. 26 Ordnungsantrag auf Neuwahl des Vorsitzenden

- 1 Der Antragsteller schlägt vor den Vorsitzenden durch einen anderen anwesende Person zu ersetzen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.
- 3 Wird dem Ordnungsantrag zugestimmt, so übernimmt die vorgeschlagene Person den Vorsitz.

Art. 27 Ordnungsantrag auf Neuwahl eines Stimmenzählers

- 1 Der Antragsteller schlägt vor einen gewählten Stimmenzähler durch eine anwesende Person zu ersetzen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.
- 3 Wird dem Ordnungsantrag zugestimmt, so übernimmt die vorgeschlagene Person die Funktion des betreffenden Stimmenzählers.

Art. 28 Ordnungsantrag auf Neuwahl eines Protokollanten

- 1 Der Antragsteller schlägt vor einen gewählten Protokollanten durch eine anwesende Person zu ersetzen.
- 2 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.
- 3 Wird dem Ordnungsantrag zugestimmt, so übernimmt die vorgeschlagene Person die Funktion des betreffenden Protokollanten.

Art. 29 Ordnungsantrag auf Vertagung der Sitzung

- 1 Der Antragsteller schlägt den Abbruch und die Vertagung der Sitzung vor.
- 2 Der Vorsitzende nimmt vor der Abstimmung vorhandene Wortbegehren auf die Rednerliste auf.
- 3 Der Ordnungsantrag benötigt eine Zweidrittelmehrheit.
- 4 Bei Annahme des Ordnungsantrages auf Abschluss der Sitzung werden das in Behandlung stehende und die noch nicht behandelten Geschäfte auf die nächste Sitzung verschoben.
- 5 Wortbegehren, die vor dem Ordnungsantrag auf Abschluss der Sitzung gestellt worden sind, werden noch berücksichtigt.
- 6 Die Vertagungssitzung ist binnen 6 Wochen anzusetzen und wird ordentlich einberufen; die Terminfindung obliegt dem Vorstand.
- 7 Die Vertagungssitzung kann neue Traktanden zur Traktandenliste der Ursprungssitzung hinzufügen, sofern diese gemäss den Vorschriften der Statuten eingereicht werden.



Teil XI.

Protokoll



Protokoll Piratenversammlung 11. November 2012

Ort: Volkshaus, Biel
Start: 10:00 Uhr

Einführung durch AG ROA

Moira Brülisauer führt kurz in die Halle und die Infrastruktur ein.

Marc Schäfer: Führt kurz einen Appell der Sektionen durch. Fast alle Sektionen sind vertreten.

Eröffnung der PV durch den Vizepräsidenten *Alexis Roussel*

Alexis Roussel eröffnet die Versammlung auf französisch. Er erinnert an die Aktionen gegen ACTA und an die Mobilisation der Mitglieder, sowohl online, wie auch auf der Strasse. Es war das erste mal, dass solch eine Aktion das Europäische Parlament beeinflussen konnte. Das Internet sei stärker gewesen. Auch bei INDECT würden wieder Angriffe auf die Freiheit durchgeführt. Er führt die Schweizer Situation an: Schweizer seien fichtert, sowohl vom Staat, wie auch durch Firmen wie Moneyhouse. Es soll nicht soweit kommen, dass die Überwachung der Bürger überhand nehme. Die Piratenpartei müsse dagegen kämpfen.

Er gratuliert Alex Arnold für seine Wahl zum Gemeindepräsidenten. Es gebe auch andere Abstimmungen in denen wir zwar nur sehr minimal abschneiden würden. Trotzdem hätten wir uns bereits in der Politik installiert. Darum sei es wichtig trotzdem überall anzutreten, auch wenn unsere Wahlchancen gering seien. Wir müssten Präsenz markieren. Wir müssten die Bürger aufklären. Wir müssten auch dahin gehen, wo andere Parteien nicht hin gehen würden. Daher müssten wir den Source Code des eVotings prüfen. Daher müssten wir die Diskussion mit den Autoren und den Muskschaffenden suchen. Er lässt Denis Simonet für seine Arbeit an futureofmusic.ch applaudieren.

Wichtig sei es auch Positionen zu beziehen und zwar auf jeder Ebene. Kommunal und Kantonal, nicht nur National. Wichtig sei dabei, nicht nur zu kritisieren sondern auch Lösungen vorzustellen. Wir müssten auch die neuen Mitglieder aktivieren. Wir müssten sie treffen und dabei unterstützen sich in der Partei zurecht zu finden. Jeder könne teilnehmen und etwas tun. Wir müssten auch innerhalb der Partei neue Diskussionen führen und neue Blickpunkte finden.

Er dankt den Organisatoren, besonders *Moira Brülisauer* und erklärt die Versammlung für eröffnet.

Moira Brülisauer weist in die Funktion der Antragsfabrik mit der Software Openslides ein.



Talk zu Clean IT

Pascal Gloor hält einen Vortrag über seine Arbeit bei CleanIT. Er erläutert was Clean IT ist, was dort gemacht wurde und wie es funktioniert. Clean IT ist kein EU-Projekt, sondern ein internationales Projekt. Die EU finanziert es jedoch. Nachrichtendienste, Polizei, Internetserviceprovider und NGOs machen mit. Es gehe um best practices, welche im Rahmen der heutigen Gesetze umgesetzt werden können. Die Nachrichtendienste hätten mit der Transparenz des Projektes grosse Probleme gehabt. Das Dokument stellt weder einen Gesetzesentwurf dar, noch steht es über dem Gesetz. Es soll eine unverbindliche Absichtserklärung von Prinzipien sein, welche innerhalb der bestehenden Gesetze bei der Zusammenarbeit der Teilnehmer untereinander angewendet werden sollen.

Die Kosten von CleanIT wurden hauptsächlich für Reisekosten und Lokalitäten für die Treffen benötigt. Es gab 6 Treffen, das Papier ist nun fertig. Neben den Plenarsitzungen mit 25 bis 50 Teilnehmern gab es Arbeitsgruppen für die einzelnen Punkte. Jeder konnte jederzeit an jeder Arbeitsgruppe teilnehmen.

Wir Piraten sind uns gewohnt mit öffentlichen Pads zu arbeiten. Für uns ist somit klar, dass man gewisse Ideen vorsichtig äussern sollte. Die CleanIT-Teilnehmer waren sich diese Arbeitsweise nicht gewohnt. Daher waren in den Entwurfsdokumenten auch viele seltsame und unsinnige Ideen enthalten.

Ich habe an drei Meetings teilgenommen, da es gefährlich aussah als ich das erste Mal davon gehört haben. Rein kam ich als Vertreter eines ISP-Verbandes, weil man anfangs politische Parteien gar nicht dabei haben wollte. Gegen Ende gab es dann aber keine Vorbehalte gegen Parteien mehr und sogar ein Pirat aus Deutschland nahm teil.

Ich habe mich für die Transparenz des Verfahrens eingesetzt. Die Organisatoren hatten Angst vor einem «ACTA-Effekt». Nach dem Leak durch EDRI waren sie schliesslich zur Transparenz gezwungen. Die Teilnehmerliste konnte nur nach dem expliziten OK der einzelnen Teilnehmer veröffentlicht werden. Nur etwa die Hälfte der Mitglieder wurden veröffentlicht. In der letzten Sitzung wurden die Sitzungsregeln geändert. Vorher war alles vertraulich.

Entfernt wurden die Real Identity Policy und die Semi-automated detection systems. Wir konnten sogar die Nachrichtendienste überzeugen, dass diese Massnahmen mehr schaden als nützen. Nicht nur durch uns, sondern auch durch ISPs wurde Druck gemacht.

Die Treffen sind abgeschlossen, das Dokument wird in wenigen Wochen veröffentlicht und in wenigen Monaten der Presse vorgestellt werden. Nun gibt es noch einen Vorstoss von Irland, welcher dieses Dokument als Basis nehmen möchte. Wichtig ist zu sagen, dass ich stets zu allem meine Meinung äussern konnte und alle Meinungen respektiert wurden. Jede Person war gleichberechtigt. Das Ziel war immer ein Konsens.

Mir war es wichtig, dass wir teilgenommen haben. Wir sollten nicht warten bis es schlimm wird. Wir sollten mitreden. Wir sollten soweit als möglich konstruktiv mitarbeiten. Das heisst nicht, dass das Ergebnis brauchbar ist.

Charly Pache: Ich war Anfangs begeistert, dass wir mitmachen konnten. Nach dem lesen des Papiers zweifle ich jedoch an den Zielen. Ich halte es für gefährlich, dass man bereits die Kinder vor dem Terrorismus Angst machen will.

Pascal Gloor: Es geht nicht um Terrorismus bei Kindern, sondern um Hassreden. Die Kinder sollen zu Hass aufgeklärt werden.

Bestimmung Versammlungsleiter

Moira Brülisauer: Der einzige Kandidat ist Marc-Frederic Schäfer, wir wählen ihn durch Akklamation.



Marc Schäfer wird einstimmig als Versammlungsleiter **gewählt**.

Wahl Protokollanten

Simon Rumpf wird einstimmig als Protokollant **gewählt**.

Wahl Stimmzähler und Stimmzählleiter

Sebastien Haemmerli wird als Leiter der Stimmzähler, *Benno Luthiger* und *Florian Mauchle* werden als Stimmzähler **gewählt**, alle einstimmig.

Genehmigung des Protokolls der letzten Piratenversammlung

Marc Schäfer: Gibt es Anmerkungen?

Es gibt keine.

Das **Protokoll** wird mit 6 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Genehmigung der Tagesordnung

Thomas Bruderer stellt den Änderungsantrag, die Befugnisse der Gebietsparteien nach «Finanzordnung Teil 2» zu diskutieren.

Der **Änderungsantrag** wird mit 3 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Die **Tagesordnung** wird einstimmig **angenommen**.

Marc Schäfer: Wie viele Mitglieder der Sektionen sind anwesend?

Die anwesenden Mitglieder jeder Sektionen werden gezählt:

- Aargau 6
- Beide Basel 5
- Bern 6
- Fribourg 2
- Genève 6
- St. Gallen & beide Appenzell 5
- Thurgau & Schaffhausen 2
- Vaud 7
- Zentralschweiz 3



- Zürich 9
- Wallis 5
- Neuenburg 0
- Ticino 1
- Sektionslos 3
- Total 60

Positionspapier Energie

Lukas Zurschmiede stellt kurz sein Papier vor. Er geht besonders auf die Atomenergie ein. Die jetzigen Formen der AKW sollen abgelehnt werden, jedoch sollen neue Formen der Energiegewinnung erforscht werden dürfen. Abgelehnt werden sollen alle vom Menschen nicht beherrschbaren Techniken.

Marc Schäfer: Gibt es Fragen? ... Da keine eine von mir: Ist Atomenergie überhaupt beherrschbar?

Lukas Zurschmiede Falls die Endprodukte verwertet werden können, sollte das erlaubt werden.

Cedric Meury: Arbeiten die Autoren in diesem Bereich?

Lukas Zurschmiede: Ich nicht, aber **Robert Balmer** hat mit Experten in entsprechenden Bundesorganisationen Kontakt gehabt. Das Papier wurde bewusst offen gehalten, damit die Richtung für die Zukunft vorgegeben wird ohne die exakten Lösungen einzuschränken.

Barbara Seiler: Mit der ersten Seite kann ich relativ gut leben, aber es gibt einen Widerspruch in zwei der Forderungen. Es werden Energieformen abgelehnt, bei deren Erzeugung es zu Verschmutzungen kommen kann. Bei fast jeder Energiegewinnung kann es zu Verschmutzungen kommen. Nicht alle diese Verschmutzungen sind jedoch gleich bleibend.

Lukas Zurschmiede: Mit dem ersten Punkt denke ich besonders an das Glühbirnenverbot im Vergleich zu den Firmen die sich CO2-Zertifikate kaufen dürfen.

David Herzog: Die Punkte auf der ersten Seite stimmen mit den Forderungen im Papier nicht vollständig überein. Auch scheinen dabei keine Prioritäten sichtbar zu sein. Das Papier geht in eine gute Richtung, allerdings sollte es vielleicht nochmals überarbeitet werden.

Anton Stoppel: Mir fehlt die Erwähnung des Wasserstoffantriebs.

Andreas Eigenmann: Mich stört die Forderung nach dem Brechen von Patenten. Das sollte in ein eigenes Papier. Ausserdem sollten die Lobbys gestrichen werden. Dazu stelle ich einen Änderungsantrag.

Thomas Bruderer: Wir wollen ja genau die politische Forderung zu den Patenten vertreten. Das würde natürlich eine Änderung der bestehenden Gesetze erfordern.

Der **Änderungsantrag** von **Andreas Eigenmann** wird mit 26 Ja, 17 Nein und 5 Enthaltungen **angenommen**.

Cedric Meury stellt den Änderungsantrag, den Heimatschutz vollständig aus dem Papier zu streichen, da ihm das Ortsbild wichtig sei.

Der **Änderungsantrag** von **Cedric Meury** wird mit 8 Ja, 22 Nein und 13 Enthaltungen **abgelehnt**.

Marc Schäfer: Es gibt zwei Fragen, die Position fassen und das Positionspapier annehmen.



Moira Brülisauer stellt den Ordnungsantrag auf ein Meinungsbild ob man Grundsätzlich für das oder gegen das Papier sei.

Das **Meinungsbild**, ob wir das Positionspapier grundsätzlich begrüßen wird mehrheitlich mit Ja beantwortet.

Das **Meinungsbild**, ob wir das Positionspapier annehmen würden, wird mit 12 Ja, 24 Nein und 10 Enthaltungen beantwortet.

Joseph Doekbrijder Als Leiter der AG PPP möchte ich Euch mitteilen, dass Euch klar sein sollte, dass diese Arbeit in Freiwilligenarbeit entsteht. Das Papier wurde öffentlich diskutiert. Es ist etwas schwierig einen solchen Auftrag an Freiwillige zu geben. Die Personen die hier über Monate gearbeitet haben werden nun kaum noch die Motivation haben, weiter an den Papieren zu arbeiten.

Marc Schäfer: Bitte arbeitet an der AG PPP mit, damit wir das an der nächsten Versammlung nochmals diskutieren können.

Cedric Meury: Es war nicht die Absicht jemanden zusammenzuschleissen. Es scheint nicht zu viel verlangt zu sein, dass man gewisse Punkte abändern sollte. Wir haben keine formalisierte Prozesse für solche Diskussionen. Uns fehlen die Gefässe dafür.

Marc Schäfer: Eine Piratenversammlung (PV) ist grundsätzlich der richtige Ort um solche Diskussionen zu führen.

Moira Brülisauer: Das Energiepapier wurde ausreichend früh an alle Piraten versandt. Alle Piraten waren informiert.

Es wird festgehalten, dass erst über das Meinungsbild abgestimmt wurde.

Robert Balmer: Ich habe **Lukas Zurschmiede** beim Papier unterstützt. Wichtig ist uns, dass die Technologien nach Risiko bewertet werden müssen. Das Papier ist noch nicht perfekt, aber man kann ja gerne daran weiterarbeiten.

Achille Piotti: Es gibt ein Problem mit den Prozessen. Einerseits gibt es ein gutes Papier, aber andererseits gibt es die legitime Forderung dass alle Piraten teilnehmen wollen. Wir sollten an den Prozessen arbeiten. Dann gibt es auch noch die Sprachbarriere.

Benno Luthiger: Danke für Eure Arbeit. Bitte arbeitet am Papier weiter. Das Papier scheint mir teilweise falsche Interpretationen zu ziehen. Energiepapiere dienen dem Sparen von Energie und nicht dazu die Umweltbilanz zu schönen. Das Andere was mir noch fehlt ist die Frage nach den Kosten: Wollen wir, dass die Kosten der Energie steigen, damit alternative Energie sich lohnt. Diese Überlegungen sollten wir noch aufnehmen.

Andreas Eigenmann stellt den Antrag auf Nichteintreten, da noch Arbeit am Papier nötig sei.

Der **Ordnungsantrag** auf Nichteintreten wird mit 7 Nein und 2 Enthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Vortrag Marktmodell zum Datenschutz

Alexander Novotny (Research Assistant, Institute for Management Information Systems, Vienna University of Economics and Business) hält einen Vortrag zum Datenschutz: Personendaten können zu nützlichen Diensten durch Unternehmen oder die Gesellschaft genutzt werden. Allerdings sind soziale Daten (People Data) nicht gleich personenbezogene Daten. Was wir brauchen ist ein freier Markt für soziale Daten, nicht jedoch für personenbezogenen Daten. Letztere werden für nicht vorhergesehene Zwecke genutzt.

Beispiel Webseitentracking: Nicht nur die Webseite selbst kann diese Daten nutzen, im Durchschnitt werden diese Daten 56 Parteien zur Verfügung gestellt. Es gibt einen Markt von solchen personenbezogenen Daten.



Leider gehen diese Händler mit den Daten nicht besonders sorgfältig um. Gesetze für den Datenschutz gibt es genug, aber diese Unternehmen kommen ungestraft davon und wenden diese daher nicht an. Zudem haben wir als Bürger nur einen schlechten Zugang zu den Beschwerdestellen.

Die informierte Zustimmung besorgt man sich auf leichte Weise. Tiefere Stufen sind jedoch kaum kontrolliert. Das sorgt für Unsicherheit. Wir schlagen daher ein dreistufiges Modell vor: Die erste Stufe untersteht der eigenen Entscheidung, die zweite Stufe ist die der Datensammler und deren Kunden. Die dritte Stufe darf nur noch anonymisierte Daten erhalten.

In der ersten Stufe soll man als Person sehr direkte Kontrolle über die persönlichen Daten behalten. Wir sollen diese nutzen können, ohne Angst haben zu müssen, dass diese missbraucht werden. Die Nutzungsrechte sollen explizit vertraglich festgehalten werden. Es soll nur einen klar sichtbaren Partner geben, der die Daten erhält. Im Gegenzug zum Nutzen der Daten soll der Geschäftspartner für den Missbrauch haftbar sein. Dieser soll ordentlich über den Zivilrechtsweg einklagbar sein. Der Service und der Informationsaustausch soll klar getrennt werden.

Beispiel personalisierte Suche mit personalisierter Werbung, alternativ mit Bezahloption ohne Werbung. Und es muss stets auch eine Standardoption geben, welche kostenlos und gleichwertig ist. Diese darf nicht minderwertig zu den anderen sein.

Das Problem sind die externen Dienstleister. Dies soll im Service Space geregelt werden. Es soll nachverfolgbar sein, wie die Daten verwendet werden.

Im Informationsraum dürfen anonymisierte Daten weiter gehandelt werden. Diese Anonymität soll durch Aggregation erfolgen. Die Sanktionsmittel gegen Missbrauch der Daten sollen verschärft werden.

Es gibt einen 7-Punkte-Plan, um diese Lösung umzusetzen. Dieser soll in eine innovationsstarke, aber Datenschutzstarke Zukunft führen.

Cedric Meury: Gibt es ein Beispiel für einen first-tier-Partner.

Alexander Novotny: Zum Beispiel Webshops, Amazon oder Google.

Cedric Meury: Geht es dabei um eine Art DRM für Nutzerdaten? Würden wir dadurch nicht die Kontrolle über diese Daten verlieren?

Alexander Novotny: Wir verlangen einen Vertrag. Bereits heute ist eine informierte Zustimmung erforderlich.

Positionspapier Datenschutz

Pascal Gloor: Da das Papier das erste ist, welches nur auf Französisch vorliegt, stelle ich es kurz vor. Es basiert auf dem Modell das soeben vorgestellt wurde. Wir fordern das Recht auf die eigenen Daten. Dann gibt es die zwei Märkte: Freier Markt für anonyme Daten und stark regulierter Markt für persönliche Daten. Wir fordern standardisierte Schnittstellen, um seine eigenen Daten einfach nachschauen zu können. Daten sollen nach 18 Monaten automatisch gelöscht werden. Persönliche Daten dürfen nur zweckgebunden weitergegeben werden und müssen danach gelöscht werden. Dienstleistungen welche heute nur gegen Daten angeboten werden, sollen auch kostenpflichtig angeboten werden.

Rudolf Sommer: Warum genau 18 Monate?

Pascal Gloor: Das haben wir von **Alexander Novotny** kopiert, da wir davon ausgehen, dass er sich das genau überlegt hat. Aber das können wir gerne diskutieren und anpassen.

Anton Stroppel: Könnte man die Usage Policy um eine Autotermination erweitern.



Pascal Gloor: Die Usage-Policy ist unserem Papier nicht explizit drin.

Es werden konkrete Geschäftsmodelle diskutiert, welche ohne persönliche Daten auskommen.

Cedric Meury: Ich bin für eine Befürwortung des Papiers. Die Tragweite der Dauer der Speicherung ist jedoch eine wichtige Frage. Wir sollten uns des grossen Aufwands, welcher damit verbunden ist, bewusst sein.

Pascal Gloor: Sind die 18 Monate für Euch eine wichtige Frage? Sollen wir das genauer diskutieren?

Simon Rupp: Pascal, Du hast vorhin den Vergleich zum Geistigen Eigentum gezogen. Ist «Geistiges Eigentum» nicht ein Begriff den wir Piraten ablehnen?

Pascal Gloor: Natürlich gibt es geistiges Eigentum! Auch Geld oder Aktien sind geistiges Eigentum.

Alexander Novotny: Wir sollten nicht nur die Zeitdauer diskutieren. Auch sollte die Frist erst ab dem Zeitpunkt gelten, an dem wir keine Beziehung mehr zu einem Anbieter haben.

David Herzog: Wie setzen wir das international durch?

Pascal Gloor: Das Problem haben wir mit den meisten unserer Themen. Das wird man natürlich international koordinieren müssen.

Alexis Roussel stellt noch kurz das Verfahren vor, wie das Positionspapier zustande kam.

Das **Positionspapier** wird mit 2 Nein und 4 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Der **Antrag** Vertretung des Positionspapiers durch die PPS wird mit 3 Nein und 8 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Positionspapier Laizismus

Stefan Thöni: Dieses Positionspapier soll den bestehenden Parteiprogrammpunkt ausformulieren. Kirchen, Religionsgemeinschaften, etc. sollen als normale Vereine behandelt werden und alle Privilegien für diese Organisationen sollen entfallen. Entsprechende Referenzen müssten auch aus der Verfassung entfernt werden. Zur Beschneidungsdebatte: Das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit geht vor, gegenüber der Religionsfreiheit der Eltern.

Cedric Meury stellt die folgenden Änderungsanträge:

* Die «Aufhebung aller gesetzlichen Vorgaben zu den Religionen» soll gestrichen werden. * Der Unterricht sollte durchaus auch Emotionen und Irrationales enthalten. * Liberale Feiertage sollten nicht gefordert werden. Diese Zwingen niemanden zu etwas.

Stefan Thöni: Welche Gesetze zu den Religionen soll es denn geben?

Cedric Meury: Nichts konkretes, aber es soll dazu Gesetze geben können.

Stefan Thöni: Jeder soll selber festlegen können, wann die Feiertage sein sollen und dies soll vor anderen Feiertagen Priorität haben.

Es werden Beispiele von nicht-religiösen Feiertagsregelungen aus dem Revolutionskalender in Frankreich oder aus der Sowjetunion genannt. Es wird für Toleranz gegenüber den Religionen plädiert. Einigen Piraten geht das Papier viel zu weit. Als Gegenargument wird die Situation mit der Religion im Wallis genannt, welche unerträglich sei. Man solle jedoch trotzdem Respekt im Umgang mit religiösen Menschen zeigen. Die Feiertagsregelung wird als liberaler gegenüber nicht-christlichen Religionen genannt. Das gleichsetzen säkularer Werte mit Faschismus und Totalitarismus wird abgelehnt.



Florian Mauchle fordert die Streichung der Aberkennung des Heiligen Stuhls als Staat aus dem Papier.

Alexis Roussel stellt den Antrag auf Nichteintreten.

Der **Ordnungsantrag** auf Nichteintreten wird mit 23 Ja, 20 Nein und 13 Enthaltungen **abgelehnt**, da das Zweidrittelmehr nicht erreicht wird.

[Hinweis: Für Ordnungsanträge ist ein Zweidrittelmehr nötig, für Änderungsanträge reicht jedoch ein einfaches Mehr aus.]

Der **Änderungsantrag** auf Streichen des Passus «Rationalität im Unterricht» wird mit 34 Ja, 13 Nein und 7 Enthaltungen **angenommen**.

Der **Änderungsantrag** auf Streichen des Passus «gesetzliche Vorgabe» wird mit 30 Ja, 13 Nein und 12 Enthaltungen **angenommen**.

Der **Änderungsantrag** auf Streichen des Passus «Feiertage» wird bei 22 Ja, 22 Nein und 12 Enthaltungen mit Stichentscheid durch den Versammlungsleiter **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** auf Streichen des Passus «Heiliger Stuhl» wird mit 10 Ja, 6 Nein und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Das angepasste **Positionspapier** wird mit 31 Ja, 17 Nein und 8 Enthaltungen **angenommen**.

Finanzordnung Teil 1

Marc Schäfer führt kurz in die Gründe zur Einführung der Finanzordnung (FiO) ein.

Lukas Zurschmiede und *Stefan Thöni* stellen die FiO vor: Es gehe um mehr Freiheiten für die Sektionen und um die Fairness gegenüber den schlechter verdienenden Piraten. Die Spenden sollen klar geregelt werden. Auf jeder Rechnung soll stehen, welche Gebietssektion wie viel erhalten möchte, es solle jedoch vom Mitglied frei bestimmt werden, wie viel es zahlen möchte. Die mögliche Spannbreite soll zwischen CHF 30 und 500 liegen. Auch Spenden sollen nach dem selben Schlüssel wie die Mitgliederbeiträge aufgeteilt werden. Auch anonyme Spenden würden geregelt. Es werden einige Rechenbeispiele für die Aufteilung der Mitgliederbeiträge und Spenden unter den Gebietssektionen der verschiedenen Stufen präsentiert.

Mittagspause von 12:58 bis 14:15 Uhr

Finanzordnung Teil 2

Christian Tanner: Ich vertrete den Vorstand der Sektion Aargau. Wir lehnen die FiO ab. Es handelt sich um einen ungerechtfertigten Eingriff in die Rechte der PV. Die Distanzierung der Mutterpartei von Wahlkämpfen würde es uns als Sektion verunmöglichen an Wahlkämpfen teilzunehmen. Die Einnahmen der Mitgliederbeiträge nur aus dem Aargau sind dafür viel zu niedrig. Daher stelle ich den Nichteintretensantrag.

Cedric Meury: Wenn wir auf den Antrag eintreten, wird es weitere Änderungsanträge durch *Christian Tanner* geben.

Der **Ordnungsantrag** auf Nichteintreten wird mit 7 Ja grossmehrheitlich **abgelehnt**.

Maira Brülisauer erläutert die Entstehungsgeschichte der FiO. Es wurden Vertreter aller Sektionen eingeladen. Mit der FiO sollen die Sektionen mehr finanzielle Autonomie erhalten. Die Sektionen sollen selbst bestimmen



können, ob sie ihre Wahlkämpfe durch höhere Mitgliederbeiträge finanzieren wollen. Die Revisionspflicht und das Spesenreglement soll für Transparenz sorgen.

Denis Simonet: Ich verstehe nicht, inwiefern die FiO der PV Rechte wegnehmen würde?

Lukas Zurschmiede: Die PPS wird durch die FiO durchaus politische Aktionen oder Wahlkämpfe finanzieren können. Diese werden durch die Budgetposten festgelegt werden. Wahlkämpfe sollten jedoch hauptsächlich durch die Kandidaten finanziert werden.

Thomas Bruderer: Ich kann **Christian Tanners** Position verstehen. Jedoch soll die FiO nicht dazu führen, dass die Sektionen auf dem Trockenen sitzen. Daher haben wir einen Änderungsantrag vorbereitet der die politische Arbeit garantieren soll. Das Geld der PPS soll gezielt in gewisse Wahlkämpfe investiert werden. Allgemein sind unsere Einnahmen sehr niedrig. Ob wir Wahlen gewinnen und mit den anderen Parteien konkurrieren können, hängt nicht ab von der FiO. Das hängt von der Anzahl der Mitglieder und deren Zahlungswilligkeit ab. Die vorliegende Lösung ist ein Kompromiss. Ein Kompromiss ist nicht immer ideal.

Christian Tanner: Natürlich können wir nur mit den Mitgliederbeiträgen Wahlkämpfe finanzieren. In der FiO wird geregelt, wofür die PPS die Mittel ausgeben soll. Das scheint mir ein Eingriff in die Autonomie der PV zu sein.

Moira Brülisauer: Die Mitgliederbeiträge sind Empfehlungen, jedes Mitglied darf selber entscheiden, wie viel es zahlen möchte.

Marc Schäfer stellt die zehn eingereichten Änderungsanträge vor.

Änderungsantrag zu Art. 2, Abs. 2.

Christian Tanner: Da es sich um einen Eingriff in die Hoheit der PV handelt, beantragen wir, diesen Abschnitt zu streichen.

Thomas Bruderer: Mein Änderungsantrag geht sogar in die andere Richtung.

Benno Luthiger: Ich würde **Christian Tanners** Antrag unterstützen, da wir uns hier an gewisse Ausgaben binden.

Es gibt verschiedene Voten gegen den Änderungsantrag. Danach werden die weiteren Änderungsanträge vorgestellt.

Änderungsantrag zu Art. 2, Abs. 4.

Christian Tanner: Ich möchte das einfach schriftlich festgehalten haben.

Stefan Thöni: Das «organisatorisch» stört mich dabei.

Änderungsantrag zu Art. 4, Abs. 1.

Christian Tanner: Das ist Sache der PV und nicht der Finanzordnung.

Stefan Thöni: Es handelt sich um einen Prozess, es wird nicht die Höhe der Unterstützung vorgeschrieben.

Von Schatzmeistern mehrerer Sektionen wird angemerkt, dass sie dadurch ein Budget für kleine Wahlkämpfe erstellen müssten, welches ein zu grosser Aufwand für sie wäre.



Lukas Zurschmiede: Es geht dabei um Transparenz. Wir sind es den Mitgliedern schuldig, dass wir diese Ausgaben dokumentieren.

Änderungsantrag zu Art. 10, Abs. 1.

Christian Tanner: Datensicherung ist wichtig. Aber diese Regelung ist zu kompliziert.

Lukas Zurschmiede: Wenn die Schatzmeister mit GnuCash auf unserem Server arbeiten, wurde die Anforderung bereits erfüllt.

Stefan Thöni: Der Grund für die Regelung ist, dass bereits einmal einem Piraten das Haus abgebrannt ist.

Reto Spinnler stellt den Ordnungsantrag auf Nichteintreten auf die Änderungseinträge und diese bei Annahme der FiO mit den Antragsstellern zu besprechen.

Moira Brülisauer: Die FiO wurde an alle Vorstände gesandt. Es ist unfair jetzt erst mit den Änderungseinträgen zu kommen.

Der **Ordnungsantrag** auf Nichteintreten wird mit 51 Ja, 6 Nein und 2 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Die **Statutenänderung** wird mit 48 Ja, 6 Nein und 3 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Die **Ordnung** wird mit 50 Ja, 6 Nein und 3 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Sympathisantenantrag

Marc Schäfer: Die Statutenänderung möchte die Sympathisanten aus den Statuten streichen. Der Vorstand zieht seinen ursprünglichen Antrag zugunsten des FiO-kompatiblen Gegenantrags zurück.

Stefan Thöni: Der Gegenantrag will dasselbe erreichen, ist allerdings zur FiO kompatibel.

Lukas Zurschmiede: Ich hatte einen Gegenantrag zum Vorstandssantrag gestellt. Ist das nun im Gegenantrag noch drin?

Es wird kurz recherchiert, ob diese Änderung noch enthalten ist.

Pascal Gloor: Es geht darum Transparenz in unserer Mitgliederstatistik zu schaffen. Nicht zahlende Mitglieder sollen nicht mehr als Mitglieder gezählt werden. Interessierte Personen können sich auch ohne Status in den Statuten als Sympathisanten eintragen auf Informationsverteiltern.

Marc Schäfer: Auch mit Sympathisanten kann doch die Statistik veröffentlicht werden.

Pascal Gloor: Ja, aber es sind dann trotzdem Mitglieder.

Lukas Zurschmiede: Mein Änderungsantrag soll den Aufwand für den Schatzmeister und den Registrar reduzieren.

Moira Brülisauer spricht sich für den Vorschlag von **Lukas Zurschmiede** aus.

Es gibt einige Voten dagegen und dafür.

Thomas Bruderer: Das Problem ist auch, dass wir Sympathisanten nicht mit PV-Einladungen etc. verärgern wollen.

Marc Schäfer schliesst die Rednerliste.



Moira Brülisauer: Solche technischen Lösungen benötigen keine Statutenänderung.

Die **Statutenänderung** von *Stefan Thöni* wird mit 32 Ja, 8 Nein und 11 Enthaltungen **angenommen**.

Der Gegenantrag zur **Statutenänderung** von *Lukas Zurschmiede* wird mit 26 Ja, 9 Nein und 13 Enthaltungen **angenommen**.

Der **Stichwahl** fällt mit 15 zur Statutenänderung und 27 zum Gegenantrag mehrheitlich zugunsten des Gegenantrags von *Lukas Zurschmiede* aus.

Befugnisse der Gebietsparteien

Es gibt verschiedene Voten dafür und dagegen. Es gehe um Einigkeit aller Entscheidungen in den Sektionen. Es werden Beispiele aus anderen Parteien angeführt. Einige sprechen sich für die Ablehnung sowohl des Antrags wie auch des Gegenantrags aus.

Marc Schäfer schliesst die Rednerliste.

Die **Statutenänderung** wird mit 8 Ja grossmehrheitlich **abgelehnt**. (kein 2/3 mehr)

Der Gegenantrag zur **Statutenänderung** wird mit 32 Ja, 16 Nein und 8 Enthaltungen **angenommen**.

Mitgliederbeiträge und Budget für 2013, sowie provisorisches Budget für 2014

Lukas Zurschmiede stellt das Budget vor. Er weist auf die Ausgaben für politische Aktionen hin, welche er im Budget farblich hervorgehoben hat. Zudem hat die Sektion Bern hat einen Raum in Aussicht, welcher gemeinschaftlich mit anderen Organisationen gemietet werden könnte.

Cedric Meury: Der Pressespiegel wird mit CHF 5000 budgetiert. Dies könnten die Piraten doch selbst übernehmen.

Thomas Bruderer: Gerne nehmen wir das Angebot an. Unser Pressespiegel wird nicht gepflegt. Bisher hat sich niemand gemeldet. Wenn sich jemand dafür zur Verfügung stellt, nehmen wir das gerne raus.

Es meldet sich ein Pirat der es zu zweit machen würde.

Christian Tanner: Mit Google News kann man sich diese Meldungen zusenden lassen. Aus der Schweiz hat es Null solche Meldungen gegeben.

Alex Arnold: Die Reisekosten sind zu hoch. Wir sollten erst intern arbeiten, die Kosten für Reisen ins Ausland sind zu hoch.

Stefan Thöni: Wenn dieser Posten reduziert wird, kann das nur jemand machen, der das selber zahlen kann.

Stefan Ott: Es wäre sinnvoller wenn dieses Geld innerhalb der Schweiz ausgegeben wird.

Anton Stroppel: Wir sollten das zumindest budgetieren.

Der **Änderungsantrag** auf Reduktion der Reisekosten auf CHF 1000 wird mit 15 Ja, 27 Nein und 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** auf Streichen des Pressespiegels wird bei 18 Ja, 18 Nein und 12 Enthaltungen durch Stichentscheid des Versammlungsleiters **abgelehnt**.



Der **Antrag** für das Budget 2013 inklusive provisorischem Budget 2014 wird mit 23 Ja, 4 Nein und 3 Enthaltungen **angenommen**.

Marc Schäfer: Es folgt die Diskussion über die Mitgliederbeiträge.

Lukas Zurschmiede: Der Vorstand empfiehlt CHF 95 aufgrund des Budgets welches soeben angenommen wurde.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der **Antrag** auf einen Mitgliederbeitrag von CHF 95 wird mit 42 Ja, 13 Nein und 0 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Berichte des Vorstandes und der Sektionen

Andreas Eigenmann stellt den Bericht der GL vor. Wir haben ein PV-Konzept erarbeitet. Die AG Finanzen dient als Backup für den Schatzmeister. Wir haben HowTos für die Vorstandsarbeiten in den Sektionen erstellt. Wir haben neue Rechnungs-Vorlagen zusammengestellt und arbeiten an einer Materialorganisation.

Moira Brülisauer: Ich spreche für die AG ROA. Neben dem Sommerkongress haben wir dank einem Aufruf unsere Basis verdreifachen können. Die Zusammenarbeit mit der GL und dem Präsidium ist gut. Verbessern müssen wir den Versand der Einladungen und der Publikationen zu den PVs.

Aaron Brülisauer: Ich möchte Euch unser Organigramm vorstellen. Ich rufe nun jeweils jemanden aus der AG auf, welcher etwas dazu sagen kann.

Stefan Thöni: Derzeit arbeitet die AG DI an der Migration der Server.

Andreas Eigenmann: Die AG Text und Translation konnte die Flaschenpost bis auf ein mal immer veröffentlichen.

Barbara Seiler [im Namen der AG Moderation]: Im Forum gab es viele Diskussionen und diese wurden meist konstruktiv geführt. Bei der AG Kampagnen ist dieses Jahr nichts gelaufen, da die andere Person zurücktrat.

Joseph Doekbrijder: Bei der AG Fundraising ist die andere Person ebenfalls nach kurzer Zeit zurückgetreten. Daher ist dort auch nicht mehr viel gelaufen.

Raffael Herzog: Die AG PR arbeitet an einem Konzept für Social Media und an einer neuen Webseite.

Joseph Doekbrijder: Die AG Policy trifft sich jeweils am Dienstag Abend. Es sollen nun auch noch andere Sprachen als Deutsch angeboten werden.

Jorgo Ananiadis: Wir hatten im Frühling mit der Arbeit in der AG Shop begonnen. Leider ist mir später der Dachstock abgebrannt und daher ist die Arbeit liegen geblieben. Wir warten im Moment auf die neue Webseite.

Denis Simonet: Bis Mitte Jahr haben wir einen Podcast produziert. Aufgrund mangelnden Mitgliederwachstums haben wir aber Mitte Jahr die Aktivität schweren Herzens eingestellt, da es zu viel Aufwand für nur vier Personen ist. Wir haben im Frühjahr einen European Podcast Award gewonnen.

Lukas Zurschmiede: Die AG Finanzen wurde gegründet, sie arbeitete am Budget.

Stefan Thöni: Als internationaler Koordinator habe ich die PPI-Sitzung in Barcelona besucht. Ausserdem habe ich die Generalversammlung der Piratenpartei Österreich besucht. Es wäre mein Ziel diese Arbeit fortführen zu können. Wen es interessiert was wir gemacht haben, unsere Berichte stehen im Redmine.



Charly Pache: Als internationaler Koordinator habe ich die PPI-Sitzung in Prag im Frühling besucht. Es war eine interessante Erfahrung.

Benno Luthiger: In der Sektion Zürich haben wir die Sektion Winterthur gegründet. Diese hat das Engagement in Winterthur stark erhöht. Wir haben einen Spitzenkandidatenpool eingerichtet. Dadurch werden wir für zukünftige Wahlen jeweils auf bereits bekannte Mitglieder zurückgreifen können. So können wir diese Personen genau prüfen und diese können sich langfristig engagieren. Wir haben auch den Versuch gestartet den Frauenanteil in der Sektion zu erhöhen. Daran arbeiten wir noch.

Sven Widmer: In der Sektion Bern haben wir noch 285 Mitglieder und zwei aktive Stammtische. Wir sind im Unterstützungskomitee zum Nachtleben in Bern. Wir haben Position bezogen zum Atomausstieg.

Charly Pache: In Fribourg konnten wir bei der Abstimmung zum Etat teilnehmen und uns dadurch positionieren. Wir haben versucht Debatten zur Überwachung anzustossen.

Gaël Marmillod: Wir konnten in der Sektion Vaudois an den Kantonsratswahlen teilnehmen. Wir haben die Diskussion zur Buchpreisbindung anstossen. Auch kämpfen wir gegen den Verkauf der Nummernschild-Personendaten an Marketingfirmen. Auch haben wir an den Treffen der Piratenparteien der Romandie teilgenommen und wir haben die futureofmusic.ch Initiative gestartet.

Lukas Zurschmiede: In der Sektion Thurgau und Schaffhausen haben wir versucht Stammtische zu etablieren. Leider läuft derzeit nichts.

Alex Arnold: Neben der Teilnahme an Kantons- und Stadtrats-Wahlkämpfen in St. Gallen konnten wir in Eichberg den Gemeindepräsidenten stellen. [kräftiger Applaus] In den kommenden Jahren wird es somit etwas ruhiger.

Will van Gulik: In Genf haben wir auch an den Wahlen teilgenommen. Dann befassen wir uns mit dem eVoting, welches wir derzeit am untersuchen sind.

Florian Mauchle: In der Zentralschweiz haben wir die Stammtisch neu belebt, den in Luzern und auch der in Zug konnten wir ausbauen. Leider waren wir bei einigen interessanten Themen zu spät dran. Daher arbeiten wir daran, dass wir solche Informationen rechtzeitig erhalten.

Cedric Meury: In Basel hatten wir vor allem mit dem Wahlkampf zu tun und haben es leider knapp verpasst in den grossen Rat einzuziehen. Der Vorstand wurde vergrössert auf sieben Leute. Im Frühling haben wir eine Stopp-ACTA-Demo organisiert. Ausserdem haben wir an zwei Gemeinderatswahlen teilgenommen. Wir haben uns für ein freies WLAN eingesetzt. Es gab auch ein Wahlkampfvideo. Die Sandwich-Plakate haben sich sehr bewährt, auch wenn sie im ersten Moment etwas peinlich wirken. Zumindest hat uns der Wahlkampf viele neue Mitglieder und Kontakte gebracht. Ich bin etwas enttäuscht, dass mich an dieser Versammlung bisher nur zwei Personen auf den Wahlkampf angesprochen haben. Auch habe ich keine Anrufe vom Präsidium erhalten. Sie scheinen derzeit nicht einmal zuzuhören. [Er sieht in Richtung **Thomas Bruderer** und **Joseph Doekbrijder**, welche miteinander etwas besprechen. Die anderen Präsidiumsmitglieder welche im Publikum zuhören und gucken sich verdutzt an.]

[Da der Kanton Wallis durch zwei Kopräsidenten aus den beiden Sprachregionen geleitet wird, teilen sich die beiden den Rapport zu Ihrer Sektion.]

Christian Schnidrig: Wir an den Wahlen in Sion angetreten. Heute Abend ab 21 Uhr kennen wir das Resultat.

Arnauld de Kalbermatten: Wir arbeiten daran, ein umfassendes Politikprogramm im Kanton Wallis zu etablieren.

Stefan Ott: Wir wurden zwar nicht gewählt, im Aargau, konnten aber zumindest das Resultat aus den Nationalratswahlen halten. Bewährt haben sich die Piratenkostüme bei den Standaktionen. Leider konnten viele Leute nichts mit uns anfangen. Wir haben Kontakte zur kantonalen Datenschutzbeauftragten. Wir möchten



nun in den Gemeinden die Jungbürger kontaktieren. Auch nächstes Jahr werden wir wieder an lokalen Wahlen teilnehmen können.

Aaron Brülisauer: Die Berichte der Sektionen werden wir dem Protokoll beifügen.

Parolenfassung Abzockerei

Claudio Kuster (Mitinitiant und Sekretär der «Volksinitiative gegen die Abzockerei»): Neben der Beteiligung an der Initiative bin ich Sekretär von **Thomas Minder**.

Es gibt die Initiative sowie einen indirekten Gegenvorschlag, der ca. 40% der Forderungen der Initiative aufnimmt. Unser piece de resistance sind die Vergütungssummen der Geschäftsleitung, Verwaltungsräte und Beiräte. Diese können selbst den eigenen Lohn festlegen. Wir fordern, dass diese durch die Generalversammlung (GV) bestimmt werden können. Der Gegenvorschlag lässt die Geschäftsleitung aus. Dabei finden die Exzesse genau auf jener Stufe statt.

Es geht uns auch nicht um Individuallöhne, sondern diese sollen en bloc entscheiden werden. Auch sollten folgende Posten jährlich wiedergewählt werden: Der Verwaltungsrats-Präsident, die Mitglieder des Verwaltungsrates, des Vergütungsausschusses und der unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Es soll keine jahrelangen Lohnfortzahlungen mehr geben. Die Abwahl ist schon heute jederzeit möglich und zwar innert zwei Wochen.

Über die Pensionskassen und AHV/IV/EO-Fonds sind alle Schweizer Bürger mit 800 Milliarden Franken an solchen Unternehmen beteiligt. Diese sollen künftig die GVs besuchen müssen und dort im Sinne der Versicherten abstimmen. Diese Entscheidungen sollen auch transparent veröffentlicht werden.

Es soll auch elektronische Abstimmungen geben, um die briefliche Stimmabgabe zu ergänzen. Der Gegenvorschlag verlangt lediglich die Abstimmung über die intransparenten Vergütungsberichte. Auch gibt es viele Hintertüren und Schlupflöcher, z.B. über Rentenzahlungen. Zudem wird nur die Online-Fernabstimmung während der GV erlaubt.

Und es gibt keine Strafbestimmungen. Das ist auch kein Wunder, stammt der Gegenvorschlag doch aus der Feder von Economiesuisse-Lobbyisten. Wir wollen das über die Verfassung regeln, wegen der Signalwirkung und um eine schnelle Umsetzung zu garantieren. Die Volksinitiative betrifft nur börsennotierte Gesellschaften.

Denis Simonet: Gibt es auch Nachteile?

Claudio Kuster: Die GVs gehen wohl ca. 15 Minuten länger. Andererseits kann der Unmut kanalisiert werden und es gäbe weniger Redebeiträge. Auch über das Abwandern der Firmen müssten die Aktionäre entscheiden.

Pascal Gloor: Was ist der Zusammenhang zwischen der Initiative und der Firma Trybol.

Claudio Kuster: Der Initiant ist **Thomas Minder**, welcher diese Initiative unter anderem über seine Firma finanziert hat.

Stefan Thöni: Was sagst Du zum Argument, das solche Regelungen nicht in die Verfassung gehören.

Claudio Kuster: Das ist natürlich etwas der Nachteil der direkten Demokratie. Und unsere Initiative enthält auch einen Auftrag für eine Gesetzgebung.

Es wird kritisiert, dass die Versicherten andere Interessen haben als die Rentner. Dies würde einen Widerspruch für die Pensionskassen bedeuten.



Claudio Kuster: Eine Stimmpflicht ist kein Zwang zu ja oder nein. Es kann sich auch enthalten oder im Notfall auch die Stimmen gleichmässig auf Ja und Nein aufgeteilt werden. Die Transparenz ist dort das Druckmittel, nicht die Strafbestimmung.

Zur **Volksinitiative** «gegen die Abzockerei» wird die **Ja-Parole** gefasst (Art der Parole: 35 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen / Fassen der Parole: 25 Ja, 4 Nein, 9 Enthaltungen).

Positionspapier Bankgeheimnis

Benno Luthiger: Es geht um den Schutz unserer Daten. Es geht also um den Datenschutz und darauf basiert das Positionspapier.

Alexis Roussel stellt das Papier auf französisch vor.

Stefan Thöni: Mir fehlt der Gedanke der Steuergerechtigkeit jenseits der Landesgrenzen. Trotzdem möchte ich Euch bitten das Papier anzunehmen. Ich würde mir dazu jedoch ein Meinungsbild wünschen.

Benno Luthiger: Mit der Abgeltungssteuer ist ein solcher Mechanismus enthalten.

Das **Meinungsbild** zur Frage ob das Papier in Zukunft noch erweitert werden soll um Steuergerechtigkeit gegenüber dem Ausland wird mit 31 Ja, 7 Nein und 3 Enthaltungen beantwortet.

Cedric Meury: Ich lehne das Papier ab. Unsere Banken haben den guten Ruf nicht nur wegen des Bankgeheimnisses.

Es wird diskutiert ob die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug sinnvoll ist.

Thomas Bruderer: Die Österreicher Piraten fordern gerade die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Der Staat hat berechnete Gründe zumindest den Kontostand zu kennen. Dabei geht es nicht um die einzelnen Transaktionen. Diese Daten sind schützenswert. Der Kontostand ist meines Erachtens nach jedoch nicht schützenswert.

Marc Schäfer schliesst die Rednerliste.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Bankgeheimnis bereits gefallen ist. Auch schütze das Bankgeheimnis kriminelle Transaktionen nicht. Die Schweiz solle ein unabhängiges Land bleiben.

Das **Positionspapier** wird mit 28 Ja, 9 Nein und 8 Enthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Urabstimmungsordnung

Moira Brülisauer: Die Urabstimmung ist zu kompliziert. Wenn wir es aber komplett vereinfachen ist es nicht mehr sicher. Neu soll ein Pirat, eine Gemeinde, ein Notar oder eine Poststelle ausreichend sein für die Identitätsprüfung, allerdings neu mit Ausweiskopie. Ausserdem soll auch die SwissID akzeptiert werden. Neu soll jeder einen dringlichen Antrag stellen können. Das Abstimmungskontrollorgan soll abgeschafft werden.

Die **Statutenänderung** wird mit 18 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Die **Ordnung** wird mit 0 Nein und 2 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.



Vorstand-Veto-Neuformulierung

Thomas Bruderer fasst den Antrag kurz zusammen. Die Formulierung «Veto» führe zu negative Assoziationen und sei nicht das richtige Wort für diesen Mechanismus.

Stefan Thöni: Was ändert sich dadurch rechtlich und im Vorstand?

Mehrere Vorstandsmitglieder: Nichts!

Die **Statutenänderung** wird mit 3 Nein und 6 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Amtszeit Antragskommission auf 2 Jahre erhöhen

Moirä Brülisauer: Es geht darum eine kontinuierlichere Leistung erbringen zu können. Auch könnte man durch die Verschiebung gegenüber den Vorstandswahlen um ein Jahr ein «Superwahljahr» und den damit verbundenen Zeitaufwand für die PV vermeiden.

Stefan Thöni: Ich würde mich über viele Kandidaten im nächsten Jahr für die Antragskommission freuen.

Die **Statutenänderung** wird mit 1 Nein und 3 Enthaltungen grossmehrheitlich **angenommen**.

Varia

Marc Schäfer stellt den Antrag auf ein Meinungsbild zu einem Vernehmlassungsprozess für die Anträge an die PV.

Das **Meinungsbild** zur Frage, ob ein Vernehmlassungsprozess für die Anträge an die PV befürwortet würde, wird mit 14 Ja, 0 Nein und 4 Enthaltungen beantwortet.

Simon Rupp: Falls noch jemand PiVote-Zertifikate zum Unterschreiben dabei hat, kommt bitte nachher kurz nach vorne, dann organisieren wir das.

David Herzog weist auf die Aktion der Digitalen Gesellschaft und die Unterschriftensammlung zur Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen im Foyer hin.

Ende: 18:07 Uhr



Anhang

Bericht der Sektion Zürich

Gründung Sektion Winterthur

Anfangs 2012 konnte die erste Lokalsektion der PPZH gegründet werden. Primäres Ziel dieser Sektion ist es, das Gemeinderatsmandat von **Marc Wäckerlin** zu sichern, sowie den Anteil der Piratenpartei im Winterthurer Stadtparlament auszubauen. Weiteres Ziel war es, die lokalen Parteimitglieder zu organisieren und ein Gefäss für politische Arbeiten auf lokaler Ebene zu schaffen.

Spitzenkandidatenpool

Seit diesem Sommer besitzt die PPZH einen Spitzenkandidatenpool. Bei diesem Pool geht es darum, dass die PPZH ihre Ressourcen gezielt auf eine Gruppe von Parteimitgliedern (3-7 Personen) fokussiert und versucht, diese Personen, wann immer möglich, in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wenn es in Zukunft darum geht, bei einer konkreten Wahl mit einer Spitzenkandidatin oder einem Spitzenkandidaten anzutreten (z.B. für Wahlen in den Regierungs- oder Ständerat), können wir auf unseren bewährten Pool zurückgreifen und mit einer anerkannten Person antreten, statt dass wir in aller Eile eine notdürftige Kandidatur fabrizieren müssen. Wichtig ist, dass die Personen im Kandidaten-Pool den Rückhalt der Parteibasis haben. Das gelingt nur, wenn der Auswahlprozess, wie Parteimitglieder in diesen Pool gelangen, transparent ausgestaltet ist.

Das Konzept des Spitzenkandidatenpools wurde in der Versammlung vom Mai 2012 von der PV angenommen. Im Verlauf des Sommers haben sich die ersten Interessierten beim Vorstand gemeldet und sind von diesem einem Bewerbungsverfahren unterzogen worden. An der PV vom August hat der Vorstand eine erste Liste von Bewerbungen präsentiert. Die entsprechenden Personen haben sich sowie ihre Leistungen und ihre Qualitäten der Versammlung vorgestellt. In der Folge wählte die PV den ersten Bewerber in den PPZH-Spitzenkandidatenpool.

Der Prozess verläuft in dieser Weise weiter. Es haben sich schon weitere Bewerbungen gemeldet, die an zukünftigen PVs vorgestellt und diskutiert werden.

Erhöhung des Frauenanteils

Mit einem Aufruf an alle Frauen in der PPZH wollten wir ein erhöhtes Frauenengagement in der Piratenpartei bezwecken. Konkret ging es darum, eine Frauengruppe mit folgenden Zielen zu gründen: Willkommensatmosphäre für Frauen in der PPS schaffen, Neue Frauen in der PPS empfangen und begleiten, Stolpersteine für Engagement von Frauen in der PPS identifizieren und eliminieren, Erfahrungsaustausch unter Frauen pflegen, Kandidatin für PPZH-Kandidatenpool motivieren und aufbauen.

Ende August 2012 wurde eine entsprechende Mail an 25 Frauen auf der Mitgliederliste der PPZH verschickt. Die Mail wurde von zwei Personen beantwortet, wobei sich eine Frau an einem Engagement im skizzierten



Sinn interessiert zeigte. Das Ziel eine erhöhte Frauenengagements in der Piratenpartei ist demnach nicht erreicht worden.

Piratenbrunch

Mit dem Piratenbrunch wollte wir einen zusätzlichen Treffpunkt für den sozialen Austausch einrichten für Parteimitglieder, welche den Piratenstammtisch zu speziell finden. Der Piratenbrunch findet jeden letzten Sonntag im Monat im Café Gloria statt. Das Café Gloria bietet mit seiner ruhigen Atmosphäre und seinem hellen Raum eine gute Umgebung für solche Anlässe. Der erste Brunch fand im Mai 2012 statt und übertraf mit mehr als 10 Besuchern die Erwartungen. In der Folge sanken die Besucherzahlen aber rasch und haben sich auf drei Personen stabilisiert.

Parteiinternes Podium

Mit einem parteiinternen Podium zur BGE-Initiative wollten wir einerseits die Vor- und Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens argumentative herausarbeiten, andererseits Parteimitgliedern die Gelegenheit bieten, ihre argumentative Kompetenz zu stärken und Podiumserfahrung in einer nahezu echten Umgebung zu holen. Das Podium bestand aus Pro- und Kontra-Seite von je zwei Personen sowie aus einer Diskussionsleiter. Wesentliches Element diese Diskussionsform war eine abschliessende Runde, in welcher das Publikum aufgefordert wurde, die Leistung aller Podiumsteilnehmer zu begutachten.

Die Podiumsdiskussion wurde am 16.3.2012 im GZ Schindlergut durchgeführt. Mit fünf Personen war das Publikumsinteresse nicht zufriedenstellend. In inhaltlicher Sicht wurden die Erwartungen erfüllt. Sowohl in der Diskussion wie auch durch den Review des Publikums erhielten die Podiumsteilnehmer in kurzer Zeit viele Hinweise, um ihren Auftritt an Podiumsdiskussionen zu verbessern.

Bericht der Sektion Bern

Die Sektion Bern hat aktuell 284 Mitglieder und zwei aktive Stammtische.

Der Vorstand besteht aus:

* **Sven Widmer**, Präsident * **Denis Simonet**, Vizepräsident / Mediensprecher * **Pascal Fouquet**, Vizepräsident * **Jorgo Ananiadis**, Vizepräsident * **Andreas Zimmermann**, Schatzmeister

Die Sektion Bern ist bis zum bitteren Ende im Unterstützungskomitee der Transparenz-Initiative. Ausserdem sind wir Aktiv-Mitglied im Verein «Pro Nachtleben Bern».

Im April 2012 hat die Piratenpartei Bern Einsprache gegen die Videoüberwachung in der Stadt Thun erhoben. Das hat zu einem überraschend positiven Medienecho geführt. Leider sind die Behörden nicht darauf eingetreten, da wir gemäss Verfügung nicht genügend «betroffene» Mitglieder hätten, die eine Verbandsbeschwerde legitimieren würden. Vorwiegend aus Kostengründen haben wir uns dann gegen einen Weiterzug der Einsprache zur Videoüberwachung in Thun entschieden.

Unter dem Titel «Mami du chunsch doch ned drus» haben wir im Mai und Juni in Zusammenarbeit mit der Medien-Akademie zwei interaktive Vorträge zum Thema Medienkompetenz durchgeführt. Das Feedback der wenigen Besucherinnen und Besucher war sehr positiv.



An der ausserordentlichen Parteiversammlung vom 21. August 2012 wurden die Spitzenkandidaten für die anstehenden Berner Stadtratswahlen bestimmt und Positionen zum Atomausstieg und zum Nachtleben beschlossen. Die Kandidaten wollen sich unter anderem für ein gesundes Nachtleben und Transparenz in der Verwaltung einsetzen.

Am Montag 1. Oktober 2012 haben die Berner Piraten die Untersektion «Piratenpartei Stadt Bern» gegründet! Als Präsident wurde **Manfred Pürro** gewählt. Er wird im Vorstand von **Pascal Fouquet** und **Daniel Arnold** unterstützt.

Am 28. Oktober trat in Ipsach **Denis Simonet** zu den Gemeinderatswahlen (Exekutive) an.

Bericht der Sektion Fribourg

Les événements suivants ont marqué l'année pirate 2012 sur le canton de Fribourg:

En février-mars, nous avons eu la campagne pour l'élection au Conseil des États, avec un résultat de 3.94% par Charly Pache qui a terminé 3ème sur 4 candidats. Nous avons renforcé nos contacts avec les autres politiciens et les journalistes, organisé des débats publics sur des thèmes comme la surveillance dans la société, le revenu universel, la vaccination obligatoire et les éoliennes. Nous sommes régulièrement contactés pour des réunions inter-partis ou par des comités d'initiatives. Les relations avec les autres pirates romands sont également très bonnes grâce à plusieurs rencontres.

Bericht der Sektion Vaudois

Elections cantonales, participation sur Lausanne, score de 1.7% Participation à Infrarouge à la TSR, et communication via site Réaction à diverses actualités (eVote, Service des Automobiles) Journée Pirate et réunions romandes.

Bericht der Sektion St. Gallen und beide Appenzell

Liebe Piraten

Morgen ist es ein Jahr her seit wir in St. Gallen und Appenzell offiziell mit einer Partei vertreten sind. In diesem ersten Jahr ist einiges geschehen - wir konnten tolle Erfolge feiern und haben vor allem einiges an Erfahrung bei Wahlen gesammelt.

Bereits an der Gründung mussten wir schon die nächste ausserordentliche PV ankünden, damit die Kandidaten für die Kantonsratswahlen offiziell nominiert werden konnten. So waren die ersten Monate auch bereits durch den ersten Wahlkampf geprägt. Mit Flyern zu Medienkompetenz und Transparenz sind wir auf die Strasse gegangen und haben von uns erzählt.

Ein Tip an alle die einen Wahlkampf im März vorbereiten. Zieht euch warm an. Ein Wahlkampf auf der Strasse bei minus 15 Grad ist ziemlich kalt, das war hart.

Aber die Aufwände haben sich gelohnt. Obwohl es klar nicht für einen Sitz gereicht hat, haben wir mit 1.3% in den beiden Wahlkreisen in denen wir angetreten sind, ein beachtliches Resultat erzielt. Man berücksichtige, dass wir damals noch gar nicht organisiert waren.



Zum Verschnaufen blieb nicht viel Zeit, im Herbst standen die kommunalen Wahlen an. Wir sind für die Parlamente St. Gallen und Gossau, sowie für das Gemeindepräsidium in Eichberg angetreten. Trotz all dem Optimismus aus dem Wahlkampf vom Frühling konnte beim Resultat in den beiden Städten nicht mehr Stimmen geholt werden als beim Wahlkampf im Frühling.

In besserer Erinnerung bleibt natürlich das Wahlresultat in Eichberg. Mit über 60% der Stimmen konnte ich den Wahlkampf im ersten Wahlgang klar für mich entscheiden. Ab 1.1.2013 werde ich mein neues Amt anreten und als Pirat erste Erfahrungen in der Exekutive sammeln und den Beweis erbringen, dass wir Piraten auch in der Exekutive gute Arbeit leisten können.

Es bleibt noch viel zu tun. Wir haben es in den nächsten beiden Jahren ruhiger, ohne Wahlkämpfe. Die Zeit wollen wir nutzen um an der internen Organisation zu arbeiten, die Basis zu stärken und zu vergrössern, wie auch um uns ein Profil zu verschaffen. Wir brauchen eine gute Basis für die nächsten Wahlkämpfe.

Alex Arnold 11. November 2012

Bericht der Sektion beider Basel

Aktivitäten

Stichwortartig ist hier aufgelistet, was die Sektion beider Basel im Jahr 2012 für Aktivitäten geleitet hat:

- ca. 10% der Unterschriften bei der Transparenzinitiative in Basel-Landschaft beigesteuert
- Teilnahme Gemeindewahlen Basel-Landschaft mit gutem, aber leider nicht ausreichendem Resultat (Einwohnerrat (Legislative) Reinach 1.864% / Gemeinderat (Exekutive) Thürnen 17.09%)
- PV im März: Vorstand vergrössert auf 7 Personen, erste Frau im Vorstand, Anerkennung des Piratengerichts
- Stopp ACTA-Demonstration erfolgreich mit anderen Parteien und Organisationen organisiert und durchgeführt (Bilder: 1, 2, 3)
- ACTA-Vortrag und -Workshop an Easterhegg-Konferenz durchgeführt (in Zusammenhang mit der Demo)
- Regelmässige Stammtische
- Regelmässige Vorstandsitzungen und Protokollführung
- Durchführung der Revision und Einführung einer eigenen elektronischen Buchhaltung
- Wartung und Betreuung der Webseite
- Medienarbeit: Interviews, Hintergrundgespräche, Communiqués, Pressemitteilungen, Leserbriefe





Wahlkampf

Was uns dieses Jahr am meisten beschäftigt hat, war der Wahlkampf. Für die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates des Kanton Basel-Stadt traten wir mit einer Neunerliste an.

Die Ausgangslage war genauso viel versprechend wie herausfordernd. Bei den Nationalratswahlen im vergangenen Jahr hatten wir knapp 2% der Stimmen erreicht und damit schweizweit das beste Ergebnis einer Sektion erzielt. Mit zwei Prozent könnte man sich bei Parlament mit hundert Sitzen eigentlich 2 Sitze erhoffen. Um einen Sitz im Grossen Rat zu erlangen muss man in Basel aber in einem Wahlkreis das Quorum von 4% erreichen. Für uns hiess dies, dass wir eine Verdoppelung unseres Wähleranteils anstrebten. Obwohl diese Zielsetzung mehr als sportlich war, machten wir uns mit Elan ans Werk.

Folgendes haben wir verwirklicht:

- Rekrutieren von neun Kandidaten
- Finden von je dreissig Unterstützern für drei Listen
- Erarbeiten einer lokalen Wahlplattform; Thema: freies WLAN, Open Government Data und Liquid Democracy
- Kampagnenslogan und Logo («Freies WLAN für mehr Demokratie»)
- Grundlegendes: Fotos, Flyer, Webseite
- Infoveranstaltung - Pressekonferenz, an welcher alle wichtigen Lokalmedien erschienen
- Film, der unser Programm und die Kandidaten vorstellt (mit Gastauftritt einer bekannten und umstrittenen deutschen Piratin)
- (fast) tägliches Flyer-Verteilen auf verschiedenen Plätzen während vier Wochen



- Pirateninvasion - mehr als 30 Piraten aus der ganzen Schweiz und Lörrach haben gleichzeitig in der ganzen Stadt mit Fahnen, Flyern und Sandwiches Präsenz markiert
- Anzeigen in Wahlbeilagen der Quartierzeitungen und der Tageswoche
- Kinowerbung während dreier Wochen
- Auftritte in Medien: Wahlquotes Telebasel, Regionaljournal, Radio X

Bei Einreichung dieses Berichts stand das Wahlergebnis noch nicht fest.



Bericht der Sektion Aargau

Die PPAG hat ein aktives Jahr hinter sich und in den verbleibenden Monaten noch grosse Herausforderungen vor sich. Highlight war sicher die Teilnahme an den Wahlen in den Grossen Rat des Kantons Aargau.

Sechs Kandidaten konnten dafür begeistert werden, sich für die Wahl aufstellen zu lassen: der gesamte Vorstand der Sektion, sowie der ehemalige Leiter der AG DI traten auf Liste 11 in den Bezirken Aarau und Baden an. Im Bezirk Aarau konnten wir 5 Kandidaten stellen (von insgesamt 16 möglichen), im Bezirk Baden hatten wir einen Kandidaten (von insgesamt 30 möglichen). Auf den ganzen Kanton gesehen erreichte die Piratenpartei Aargau einen Wähleranteil von 0.17%. Im Bezirk Baden betrug der Anteil 0.31% und im Bezirk Aarau konnten wir 0.85% der Wähler für uns gewinnen.

Unsere Standaktion eine Woche vor den Wahlen war ein Erfolg: Zeitweise war die Aarauer Innenstadt mit unseren Ballonen orange eingefärbt! Kinder, Mütter, Väter, aber auch Teenies und weitere potentielle Wähler hatten ihre helle Freude an unserem Auftritt (insbesondere sobald unser Präsident Stefan «Hook» Ott und unser Aktuar Dominic «Tschöck Sparrow» Zschokke in voller Piratenmontur antraten). Es war erfreulich zu sehen, wie einige unserer Kernthemen auf reges Interesse stossen (Transparenz in Politik und Staat) aber



auch ernüchternd zu erkennen, wie wenig bekannt unsere Existenz ist und wie sehr unsere Positionen miss- oder nicht verstanden werden.

Mit dem Ziel, näher bei unseren Mitgliedern aktiv zu sein, haben wir zu den bisherigen Standorten Aarau und Baden zwei neue für unsere zweiwöchentlichen Stammtische hinzugefügt: neu treffen wir uns auch in Zofingen und in Rheinfelden, wo wir einige Mitglieder neu gewinnen und für die aktive Mitarbeit begeistern konnten.

Bericht der Sektion Ticino

Ahoy Piraten

Da hier immer die Sonne scheint, fehlte uns der Mut um, in dieser Saison, von der Sonnenstube wegzufahren ;) Scherz beiseite, wenn man bedenkt, dass wir erst seit 3 Monate existieren, könnt ihr euch gut vorstellen, wie sehr wir in der Organisation beschäftigt sind; uns fehlte wirklich die Zeit für einen Ausflug.

Am 20. Juli 2012 gab es die konstituierende Versammlung, der Vorstand und die Präsidentin wurden ernannt, sowie auch die Departemente welche die Mitgliedern des Vorstands übernehmen sollen. Die Abteilungen sind: Kommunikation & Management, Treasury & Administration, Strategie, Recht und Politik, Information & Technologie.

Am 27. August hat die erste Sitzung nach der Kontitution stattgefunden, die ersten administrativen und strategische Entscheidungen wurden vorgenommen:

- Der Leiter der Treasury-Abteilung kündigte die Erstellung der offiziellen Adresse und des Postfachs der Partei an: Partito Pirata Ticino Via Stefano Franscini 7, Casella Postale 1019, 6850 Mendrisio.
- Wir entschlossen uns einen regulären «Stammtisch» oder auf Italienisch ein «Solito Tavolo» zu organisieren, der jeden ersten Dienstag des Monats um 19:00 Uhr in der Bar TRA in Lugano stattfinden soll (wir warten noch auf Bestätigung der Betreiber der Bar um dieses Treffen offiziell anzukündigen)
- Angesichts des begrenzten Inhalts der italienischer Version der Parteipage, wurde beschlossen das eine Gruppe von vier Personen, den Inhalt aus Deutsch und Französisch übersetzt.
- Es wurde beschlossen, vier ordentlichen Sitzungen pro Jahr zu machen. Die nächste ist am 18. Dezember 2012.
- Es wurde beschlossen, ein Antrag für Liquid Feedback fortzusetzen. Leiter ist der Strategie-Verantwortliche.
- Eine Arbeitsgruppe «Tessiner Politik» wurde erstellt, um die Situation des Kantons zu analysieren. An der nächsten ordentlichen Sitzung wird vom Leiter der Abteilung «Legal» ein Bericht vorgestellt werden.
- In der Zwischenzeit haben wurde das Projekt Tessin im Redmine eröffnet, der Vorstand ist am üben um das Beste aus diesem grossartigen Werkzeug zu holen.

Am 11. Oktober, gelingt es dem Leiter der Strategie eine Instanz von Liquid Feedback für Piraten der Sektion Tessin zu öffnen. Diese ist noch eine Test-Version welche uns freundlicherweise von der Piratenpartei Südtirol zur Verfügung gestellt worden ist. Die Piratenpartei Tessin entschied, die Plattform zu testen und ein Communiqué an die Medien zu senden.

Am 21. Oktober hat das zuständige Mitglied der Abteilung Strategie gekündigt und steigt aus dem Vorstand, sowie aus der Piraten Partei Tessin aus.



Seit dem 22. Oktober arbeitet der Vorstand an der internen Reorganisation um Aufgaben und Arbeitsgruppen neu zu definieren.

Wir nehmen diese Gelegenheit wahr, um den Vorstand der PPS für die grosse Unterstützung und Hilfsbereitschaft zu danken und begrüßen herzlich jedes Mitglied welches Heute dabei ist.

Der Vorstand der Piraten Partei Tessin

